

# Beteiligungsbericht 2021

## des Landkreises Rastatt



**Impressum:**

Herausgegeben von:

Landkreis Rastatt

Dezernat 1, Amt für Finanzen, Gebäudewirtschaft und Kreisschulen, SG Finanzwirtschaft

Ansprechpartner:

Burkhard Jung           Tel. 07222/ 381-1201

Christoph Kist           Tel. 07222/ 381-1222

Lisa Ernst                Tel. 07222/ 381-1255

Ivette Fübler            Tel. 07222/ 381-1226

Anna Walz                Tel. 07227/ 381-1269

Rastatt, 25. Oktober 2022

---

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	<b>A-1</b>
<b>Kapitel A Grundsätzliches</b> .....	<b>A-2</b>
A 1 Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen .....	A-2
A 2 Die rechtlichen Grundlagen der kommunalen Beteiligungen .....	A-5
A 3 Aufgaben kommunaler Gesellschafter .....	A-9
A 3.1 Die Beteiligungssteuerung .....	A-9
A 3.2 Das Beteiligungsmanagement .....	A-10
<b>Kapitel B Die Beteiligungen des Landkreises Rastatt</b> .....	<b>B-11</b>
B 1 Übersicht über alle Beteiligungen .....	B-11
B 1.1 Beteiligungen Landkreis Rastatt .....	B-13
B 1.2 Übersicht über die Abschlussprüfer der Beteiligungen 2021 .....	B-14
B 2 Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen > 25 % .....	B-15
B 2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt .....	B-17
B 2.2 Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt .....	B-22
B 2.3 Klinikum Mittelbaden gGmbH .....	B-28
B 2.4 Energieagentur Mittelbaden gGmbH .....	B-38
B 3 Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen < 25 % .....	B-45
B 3.1 Jobcenter Landkreis Rastatt .....	B-45
B 3.2 Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH .....	B-48
B 3.3 Karlsruher Verkehrsverbund GmbH (KVV) .....	B-52
B 3.4 Schwarzwald Tourismus GmbH .....	B-55
B 3.5 TechnologieRegion Karlsruhe GmbH .....	B-58
B 3.6 Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GdbR .....	B-62
B 3.7 Regionalverband Mittlerer Oberrhein .....	B-63
B 3.8 ZV Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen .....	B-66
B 3.9 EVTZ Eurodistrikt PAMINA .....	B-69
B 3.10 ZV Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken .....	B-71
B 3.11 Zweckverband 4IT .....	B-73
B 3.12 Landschaftserhaltungsverband Landkreis Rastatt e. V. ....	B-74
B 3.13 IG Wirtschaftsregion Mittelbaden .....	B-76
B 4 Geschäftsanteile .....	B-78
B 4.1 Volksbank Karlsruhe – Baden-Baden eG .....	B-78
B 4.2 Volksbank Bühl eG .....	B-79
B 4.3 Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband .....	B-80
B 4.4 Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG .....	B-81
B 5 Sonstige Mitgliedschaften .....	B-82
B 6 Stiftungen .....	B-84
B 6.1 Sozialfonds des Landkreises Rastatt .....	B-84
<b>Kapitel C Kennzahlenglossar</b> .....	<b>C-85</b>

## Vorwort

Mit dem Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives und kostengünstiges Leistungsangebot zu gewährleisten, hat der Landkreis Rastatt einige kommunale Aktivitäten aus der Kernverwaltung in (teil-)selbstständige Betriebe ausgegliedert, die eine Unternehmensführung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ermöglichen. Somit ist der Landkreis Rastatt an zahlreichen Organisationen beteiligt oder gehört ihnen an. Viele Aufgaben des Landkreises werden in nicht unerheblichem Umfang von diesen Beteiligungsgesellschaften, Eigenbetrieben oder auch Zweckverbänden und Vereinen außerhalb der Kernverwaltung wahrgenommen. Die kreiseigenen Unternehmen sind – trotz der formalen Ausgründung in Unternehmen privater und öffentlicher Rechtsform – Instrumente zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

Ein erfolgreiches Agieren der Unternehmen erfordert ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Landkreis Rastatt, den Mitgesellschaftern und den Beteiligungsunternehmen. Als „Konzernmutter“ übernimmt der Kreis wirtschaftliche und politische Verantwortung für seine Tochterorganisationen und trägt unternehmerische Risiken. Umgekehrt müssen die Tochtergesellschaften den Interessen des Kreises dienen, indem sie die übertragenen Aufgaben effizient erfüllen.

Um den Stand der Aufgabenerfüllung und den Grad der Zielerreichung der kommunalen Beteiligungen des Landkreises Rastatt transparent darzustellen, dient der Beteiligungsbericht in erster Linie der Information, Dokumentation und Rechenschaft über die Entwicklung der Beteiligungsunternehmen gegenüber der Landkreisvertretung und der Öffentlichkeit. Der Beteiligungsbericht des Landkreises Rastatt stellt im Kapitel A die gesetzlichen Grundlagen und Voraussetzungen für die kommunalen Betriebe vor. In Kapitel B wird die Struktur des Beteiligungsportfolios sowie der einzelnen Beteiligungsunternehmen in übersichtlicher Form dargestellt. In Kapitel C werden die erhobenen Kennzahlen näher erläutert. Somit leistet der Beteiligungsbericht einen Beitrag zur Schaffung von Transparenz über den Tätigkeitsbereich der ausgegliederten Unternehmen.

Die in diesem Bericht aufgeführten Kennzahlen und Leistungszahlen dienen einer noch besseren Steuerung des Konzerns Landkreis Rastatt und tragen damit auch zur Erfüllung der Erfordernisse der Gemeindeordnung Baden-Württemberg bei.

Der Beteiligungsbericht unterliegt der ständigen Weiterentwicklung hin zu einer steuerungswirksamen Konzernberichterstattung und ist in einer digitalen Version auf der Homepage des Landkreises Rastatt verfügbar.

gez.  
Dr. Christian Dusch  
Landrat

## **Kapitel A Grundsätzliches**

### **A 1 Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen**

Nicht erst seit der Weltwirtschaftskrise 2007 stehen die kommunalen Körperschaften unter finanziellem Druck. Die Kommunen stecken im Zwiespalt zwischen guter Aufgabenerfüllung auf der einen Seite und knappen finanziellen Ressourcen auf der anderen Seite. Die Forderung nach höherer Anpassungsfähigkeit und Steigerung der Effizienz bei sich ständig im Wandel befindenden Rahmenbedingungen stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Dies hat insbesondere dazu geführt, dass kommunale Aufgaben aus der Kernverwaltung ausgelagert und in selbstständige Unternehmen oder kommunale Betriebe umgewandelt wurden. Es ist der Kommune selbst überlassen, bei der Ausgliederung kommunaler Aufgaben auf öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Organisationsformen zurückzugreifen.

Angestoßen wurden diese Entwicklungen in den 90er Jahren durch die Reformbemühungen unter dem Stichwort „Neues Steuerungsmodell“ (NSM) und der Liberalisierungs- und Privatisierungsgesetzgebung der EU. Immer mehr Kommunen haben seither durch die Ausgliederung der öffentlichen Aufgabenerfüllung effektive, effiziente und bürgerorientierte Dienstleistungsorganisationen etabliert. Somit wird auch heute gern der Begriff des „Konzerns Kommune“ benutzt, da Kommunen mit ihrem differenzierten Aufgabenportfolio und ihren öffentlichen Unternehmen in Privatrechtsform flexibel auf die Anforderungen des Marktes reagieren können. Als typische Beispiele für kommunale Unternehmen können kommunale Krankenhäuser oder Verkehrsbetriebe genannt werden.

Die Beteiligungsunternehmen des Landkreises Rastatt sind von einer hohen Diversität geprägt. Ziel ist es, die Bedürfnisse der Einwohner zu befriedigen und die dafür notwendigen öffentlichen Einrichtungen zu deren Versorgung (z. B. Krankenversorgung) zu unterhalten und notwendige Dienstleistungen anzubieten. Dabei richten sie ihr Handeln nicht primär auf eine Gewinnerzielung aus. Vielmehr gilt es, dem Gemeinwohl zu dienen und die Erfüllung öffentlicher Leistungen zu gewährleisten. Diese Aufgaben gehören zu den zentralen Bausteinen der kommunalen Daseinsvorsorge und bilden den Kern der kommunalen Selbstverwaltung.

Für die Organisation der wirtschaftlichen Betätigung haben die Kommunen Spielräume in der Ausgestaltung der Rechtsform. Die folgende Abbildung zeigt die verschiedenen Möglichkeiten:

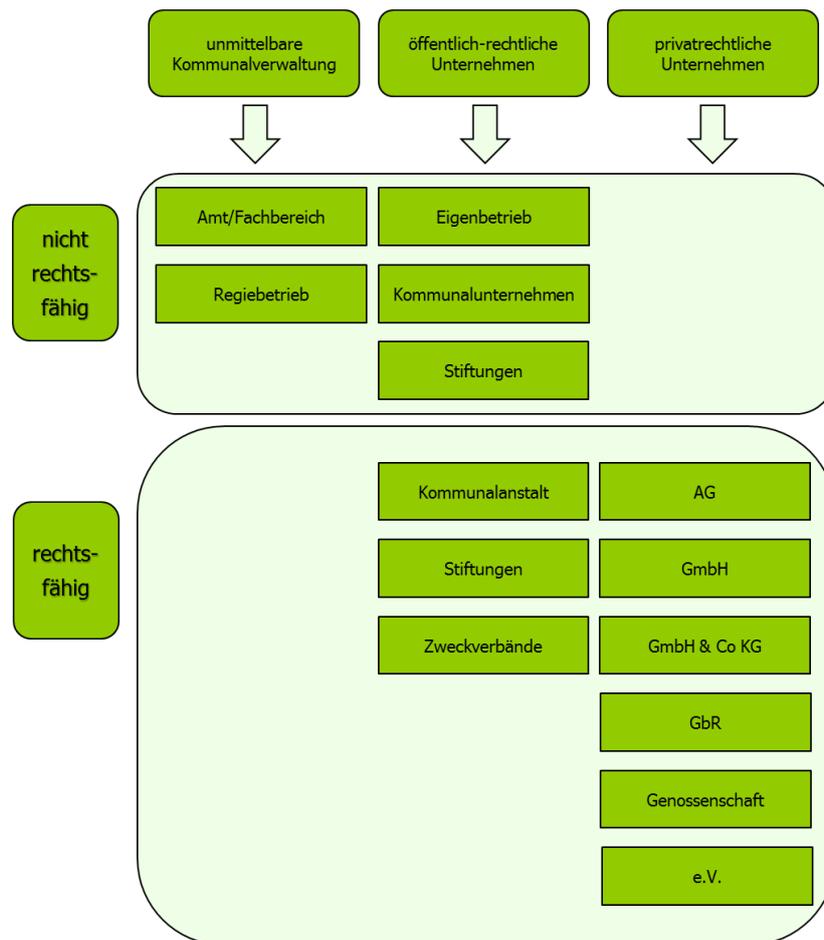


Abbildung 1: Übersicht der Rechtsformen (Quelle: i. A. an KGSt-Bericht 03/2012)

Der Landkreis Rastatt ist an Ausgliederungen unterschiedlicher Rechtsformen, wie dem Eigenbetrieb, der Stiftung, Zweckverbände, der (g)GmbH, der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) und dem eingetragenen Verein (e.V.) beteiligt. Deshalb werden diese im weiteren Verlauf näher erläutert.

### **Regiebetrieb**

Der Regiebetrieb ist keine eigenständige Rechtsform, sondern ein rechtlich, organisatorisch und wirtschaftlich unselbstständiger Teil der Kommunalverwaltung. Die Organisationsform des Regiebetriebs ist gesetzlich nicht geregelt, sondern beruht auf der Organisationsgewalt der Kommune. Die enge Einbindung des Regiebetriebs in die öffentliche Verwaltung bedeutet insbesondere, dass der Regiebetrieb keine selbstständigen Organe besitzt und die Kommunalverwaltung unmittelbare Einflussmöglichkeiten auf den Regiebetrieb hat.

### **Eigenbetrieb**

Kommunen können Unternehmen als Eigenbetriebe auf Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes führen, wenn deren Art und Umfang eine selbstständige Wirtschaftsführung rechtfertigt. Sie sind wirtschaftliche oder nichtwirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aber mit einer selbstständigen finanzwirtschaftlichen Planung. Zu dieser gehören ein eigener Wirtschaftsplan sowie eine selbstständige Buchführung (doppik-kaufmännisch) mit eigenständigem Abschluss und getrennter Vermögensverwaltung. Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebs sind durch eine Betriebssatzung zu regeln (§ 3 Abs. 2 EigBG). Es kann eine Betriebsleitung bestellt werden (§ 4 Abs. 1 EigBG). Zudem entscheidet der kommunale Vertreter über alle Angelegenheiten, die nach Kommunalrecht nicht delegierbar sind. Ebenso kann ein beratender oder beschließender Betriebsausschuss gebildet werden (§ 7 Abs. 1 EigBG).

**Zweckverband**

Gemeinden und Landkreise können zur interkommunalen Zusammenarbeit Zweckverbände bilden, um bestimmte Aufgaben gemeinsam zu erfüllen. Zweckverbände sind juristische Personen des öffentlichen Rechts und treten rechtlich selbstständig auf. Die Interessen der beteiligten Kommunen werden in der Verbandsversammlung vertreten und so wird auch der Einfluss durch die Kommune gewährleistet.

**(g)GmbH**

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist die in der Praxis am häufigsten gewählte privatrechtliche Organisationsform. Sie ist eine rechtlich selbstständige juristische Person des privaten Rechts und damit im Unterschied zum Eigenbetrieb nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich verselbstständigt. Gemäß § 1 GmbHG kann eine GmbH zu jedem zulässigen Zweck errichtet werden, sodass Kommunen diese Rechtsform sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Unternehmen (außer für Hilfsbetriebe) nutzen können. Die Haftung ist dabei auf das Betriebsvermögen beschränkt. Eine GmbH besteht aus drei Organen: dem Geschäftsführer, der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat. Letzterer ist jedoch nur dann zu bilden, sofern das Unternehmen mehr als 500 Arbeitnehmer hat. Trotzdem wird in der Praxis häufig ein fakultativer Aufsichtsrat eingerichtet. Die Kommune sichert ihren Einfluss vor allem durch die Gesellschafterversammlung, in die sie Vertreter entsendet und die zur Erteilung von Weisungen gegenüber dem Geschäftsführer befugt ist.

Die gemeinnützige GmbH (gGmbH) dient im Unterschied zu einer „normalen“ GmbH zwingend einem gemeinnützigen Unternehmensgegenstand, d. h. sie verwendet ihre Erträge für gemeinnützige Zwecke und wird daher steuerlich begünstigt.

**Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)**

Eine weitere privatrechtliche Organisationsform ist die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Diese Personenvereinigung mit eingeschränkter Rechtsfähigkeit beruht auf einem Gesellschaftsvertrag. Dabei verpflichten sich die Gesellschafter gegenseitig, die Erreichung eines gemeinsamen Zwecks zu fördern. Bei der GbR sind die Organe gesetzlich nicht vorgeschrieben und die Geschäftsführungsbefugnis sowie die Vertretungsmacht nach außen stehen allen Gesellschaftern zu, wobei deren konkreten Rechte und Pflichten im Gesellschaftsvertrag zu definieren sind.

**Eingetragener Verein (e.V.)**

Ein Verein ist ein auf Dauer angelegter Zusammenschluss von natürlichen und juristischen Personen, um einen gemeinsamen Zweck, der nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ausgerichtet ist, zu erreichen. Der eingetragene Verein ist dabei ein rechtsfähiger, im Vereinsregister eingetragener Verein, dessen Ordnung durch eine Satzung geregelt ist und der mit eigenen Organen (Mitgliederversammlung und Vorstand) ausgestattet ist.

**Stiftung**

Stiftungen verfolgen einen vom Stifter festgelegten gemeinnützigen Zweck. Dieser wird mit Hilfe von Vermögen finanziert, das vom Stifter diesem Zweck nachhaltig zur dauerhaften Erfüllung gewidmet wird. Charakteristisch ist, dass eine Stiftung im Unterschied zu einem Verein keine mitgliederschaftliche Struktur aufweist, sondern durch ihr Vermögen konstituiert wird und dabei „sich selbst gehört“. Grundsätzlich unterscheidet man bei Stiftungen hinsichtlich der Rechtsfähigkeit zwischen rechtsfähiger und nicht rechtsfähiger Stiftung und hinsichtlich der Art zwischen einer Förderstiftung und einer operativen Stiftung. Während rechtsfähige Stiftungen juristische Personen des bürgerlichen oder öffentlichen Rechts darstellen, befinden sich nicht rechtsfähige Stiftungen in der Trägerschaft eines Treuhänders. Förderstiftungen fördern die Tätigkeiten Dritter, wohingegen operative Stiftungen selbst Projekte durchführen, um den Stiftungszweck zu erfüllen.

**Gemeinsame Einrichtung „sui generis“ (Jobcenter)**

Zur einheitlichen Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende bilden die Träger, die Kommunen und die Bundesagenturen auf dem Gebiet eines kommunalen Trägers nach § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II i. V. m. § 44b SGB II eine gemeinsame Einrichtung. Die gemeinsamen Einrichtungen sind Einrichtungen „sui generis“, d. h. Einrichtungen eigener Art, da ihr gesetzlicher Rahmen bzw. ihre Rechtsform einen einzigartigen, formuntypischen Charakter besitzt. Diese Einrichtungen dienen zum Betrieb des Jobcenters.

## **A 2 Die rechtlichen Grundlagen der kommunalen Beteiligungen**

Die Aufgaben des Landkreises werden in § 2 Landkreisordnung (LKrO) definiert und unterscheiden sich wie folgt:

- freiwillige und gesetzliche (Pflicht-)Aufgaben
- weisungsgebundene und weisungsfreie Aufgaben
- hoheitliche und (privat-)wirtschaftliche Aufgaben

In den §§ 102 - 108 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) finden sich Regelungen über kommunale Unternehmen und Beteiligungen. Über § 48 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LKrO) finden die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft (§§ 77 - 117 GemO) auch bei den Landkreisen Anwendung.

### **Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen**

Nach § 102 Abs. 1 GemO i. V. m. § 48 LKrO dürfen Landkreise ungeachtet der Rechtsform wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn

1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 102 Abs. 3 GemO i. V. m. § 48 LKrO wird unterstrichen, dass die wirtschaftlichen Unternehmen so zu führen sind, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird. Außerdem sollen die wirtschaftlichen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt des Landkreises abwerfen.

### **Selbstständige Kommunalanstalt**

Der Landkreis kann durch Satzung (Anstaltssatzung) eine selbstständige Kommunalanstalt in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Eigenbetriebe durch Ausgliederung und Kapitalgesellschaften durch Formwechsel im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in selbstständige Kommunalanstalten umwandeln. Der Landkreis regelt die Rechtsverhältnisse der selbstständigen Kommunalanstalt durch die Anstaltssatzung und unterstützt sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Er ist verpflichtet, die selbstständige Kommunalanstalt mit den zur Aufgabenerfüllung notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten und für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu halten. Beihilferechtliche Regelungen sind dabei zu beachten. Eine Haftung des Landkreises für Verbindlichkeiten der selbstständigen Kommunalanstalt Dritten gegenüber besteht nicht.

### **Unternehmen in Privatrechtsform**

Um das Risiko der Beteiligung an einem Unternehmen in privater Rechtsform auf einem möglichst geringen Niveau zu halten, werden in § 103 Abs. 1 GemO i. V. m. § 48 LKrO folgende Voraussetzungen aufgeführt:

Eine Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung oder Beteiligung an einem Unternehmen des Privatrechts ist demnach nur möglich, wenn

1. das Unternehmen seine Aufwendungen nachhaltig zu mindestens 25 vom Hundert mit Umsatzerlösen zu decken vermag,
2. im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird,
3. der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält,
4. die Haftung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird,
5. bei einer Beteiligung mit Anteilen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass

- a) in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt wird,
- b) der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und in entsprechender Anwendung dieser Vorschriften geprüft werden, sofern nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bereits unmittelbar gelten oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen,
- c) dem Landkreis der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung des Unternehmens, der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers übersandt werden, soweit dies nicht bereits gesetzlich vorgesehen ist,
- d) für die Prüfung der Betätigung des Landkreises bei dem Unternehmen dem Rechnungsprüfungsamt und der für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörde die in § 54 des Haushaltsgrundsätzgesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt sind,
- e) das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 eingeräumt ist,
- f) dem Landkreis die für die Aufstellung des Gesamtabschlusses (§ 95 a) erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem von ihm bestimmten Zeitpunkt eingerichtet werden.“

Nach § 103 Abs. 2 GemO i. V. m. § 48 LKrO ist die Errichtung oder die Beteiligung an einer Aktiengesellschaft nur dann möglich, wenn der öffentliche Zweck nicht durch eine andere Rechtsform erfüllt werden kann. Die Unternehmensform der Aktiengesellschaft spielt damit im Gemeindefinanzrecht eine eher untergeordnete Rolle.

Der Landkreis hat ein Unternehmen in einer Privatrechtsform, an dem er mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, so zu steuern und zu überwachen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt und das Unternehmen wirtschaftlich geführt wird. Bei einer geringeren Beteiligung hat der Landkreis darauf hinzuwirken. Außerdem sollen Zuschüsse zum Ausgleich von Verlusten so gering wie möglich gehalten werden.

#### **Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

§ 103 a GemO i. V. m. § 48 LKrO legt Ergänzungen speziell für die Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung fest. Demnach darf ein Landkreis ein Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

1. den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstands,
3. die Errichtung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang der Gesellschaft wesentlich ist,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.

#### **Vertretung des Landkreises in Unternehmen in Privatrechtsform**

Nach § 104 Abs. 1 GemO i. V. m. § 48 LKrO vertritt generell der Landrat den Landkreis in den jeweiligen Organen der Unternehmen. Er kann einen Beamten oder Beschäftigten des Landkreises mit seiner Vertretung beauftragen. Der Landkreis kann seinen Vertretern Weisungen erteilen.

Die von dem Landkreis entsandten Mitglieder des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden Überwachungsorgans eines Unternehmens haben bei ihrer Tätigkeit die besonderen Interessen des Landkreises zu berücksichtigen (§ 104 Abs. 3 GemO i. V. m. § 48 LKrO).

### **Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht**

Gehört einem Landkreis die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens oder mindestens der vierte Teil und steht ihm mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, hat der Landkreis dafür zu sorgen, dass der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden. Gleichzeitig mit der Bekanntgabe sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. In der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

Außerdem hat der Landkreis bei den o. g. Unternehmen die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsatzgesetzes auszuüben.

Weiterhin hat der Landkreis nach § 105 Abs. 2 GemO i. V. m. § 48 LKrO zur Information des Kreistags und seiner Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Dieser Beteiligungsbericht muss mindestens enthalten:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Landkreis und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, die Gesamtbezüge der Geschäftsführung, des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.

### **Mittelbare Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform**

§ 105 a GemO i. V. m. § 48 LKrO regelt die Voraussetzungen der Beteiligung eines Unternehmens, an dem der Landkreis mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, an einem anderen Unternehmen. Dieser Beteiligung darf nur zugestimmt werden, wenn

1. die Voraussetzungen des § 102 Abs. 1 Nr. 1 und 3 GemO vorliegen,
2. bei einer Beteiligung des Unternehmens von mehr als 50 vom Hundert an dem anderen Unternehmen
  - a) die Voraussetzungen des § 103 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 GemO vorliegen,
  - b) die Voraussetzungen des § 103 a GemO vorliegen, sofern das Unternehmen, an dem der Landkreis unmittelbar beteiligt ist, und das Unternehmen Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind,
  - c) die Voraussetzung des § 103 Abs. 2 GemO vorliegt, sofern das andere Unternehmen eine Aktiengesellschaft ist.

### **Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen**

Die Veräußerung eines Unternehmens oder andere Rechtsgeschäfte, durch welche der Landkreis seinen Einfluss auf das Unternehmen verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die Erfüllung der Aufgaben des Landkreises nicht beeinträchtigt wird.

### **Sonstige Gesetze**

Die Eigenbetriebe werden nach den Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) geführt. Für Zweckverbände ist das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) maßgebend.

**Spezialgesetze**

Als weitere Rechtsgrundlage bei Beteiligungen des Landkreises ist das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu beachten. Demzufolge kann eine Gebietskörperschaft verlangen, wenn ihr die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts gehört oder mindestens der vierte Teil der Anteile und ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zusteht, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
  - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
  - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
  - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Für die Anwendung der o. g. Aufzählung rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die o. g. Rechte der Gebietskörperschaft zustehen.

Spezielle Rechtsgrundlagen für private Unternehmen, an denen sich Landkreise beteiligen können, sind das Handelsgesetzbuch (HGB), das GmbH-Gesetz (GmbHG) und das Aktiengesetz (AktG).

## A 3 Aufgaben kommunaler Gesellschafter

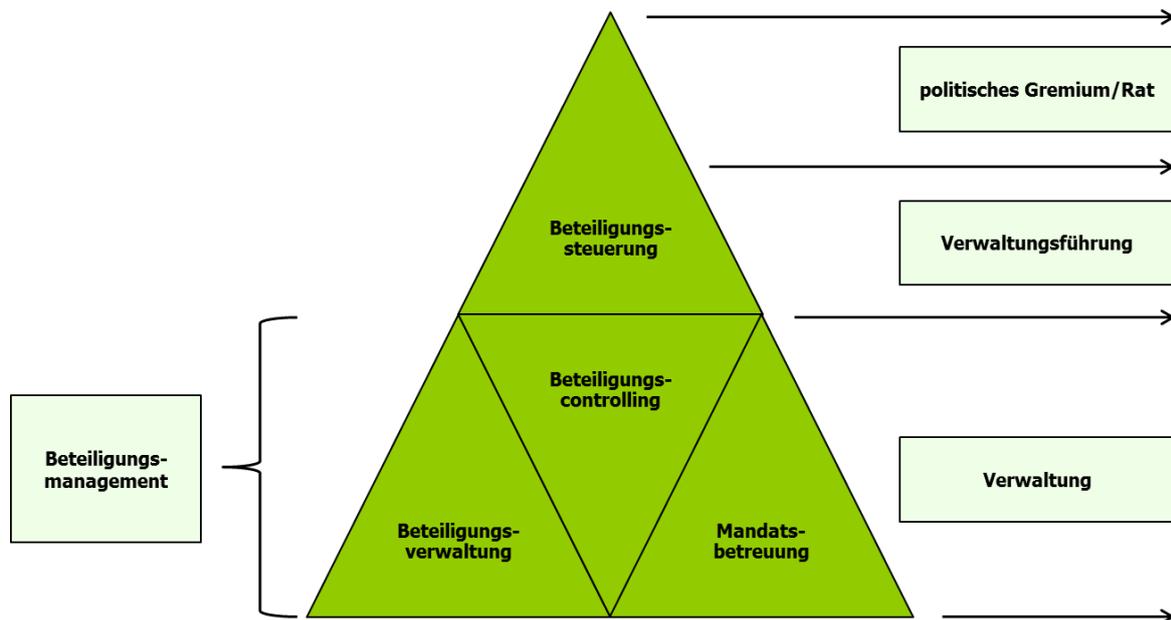


Abbildung 2: Abgrenzung der Begriffe Beteiligungssteuerung und Beteiligungsmanagement (Quelle: i. A. an KGSt-Bericht 03/2012)

### A 3.1 Die Beteiligungssteuerung

Im Interesse der Eigentümerstellung der Kommune und der damit verbundenen Steuerungsziele (Daseinsvorsorge, Wirtschaftlichkeit etc.) müssen Einwirkungsmöglichkeiten geschaffen und genutzt werden. Der Begriff **Beteiligungssteuerung** ist als Oberbegriff für alle Funktionen, die mit der Steuerung der Beteiligungen zusammenhängen, weit zu fassen. Im Sinne dieses Verständnisses beinhaltet Beteiligungssteuerung insbesondere:

- Entscheidungen über die Gründung, den Erwerb, den Verkauf, Rechtsformänderungen oder andere das Beteiligungsportfolio betreffenden Maßnahmen als Ausdruck kommunaler Organisations- und Beteiligungspolitik,
- die Festlegung von kommunalen Strategien und Zielen, die durch eine Beteiligung erfüllt werden sollen und deren Abstimmung mit den strategischen kommunalen Gesamtzielen und damit einhergehend die Festlegung des Umfangs der kommunalen Daseinsvorsorge,
- die Gestaltung von Unternehmensverträgen, genereller Kodizes und Standards wie sie beispielsweise eine Beteiligungsrichtlinie darstellt,
- die Wahrnehmung der Gesellschafterfunktionen durch die zuständigen kommunalen Gremien (insbesondere Kreistag, Verwaltungsführung) und deren Umsetzung in den Gesellschaftsgremien (Gesellschafterversammlung, Hauptversammlung),
- die Einrichtung und der Einsatz von Instrumenten und Organisationseinheiten, die zur Erfüllung der o. g. Punkte nötig sind.

Die Beteiligungssteuerung ist eine Aufgabe für Kreistag und Verwaltungsführung.

## A 3.2 Das Beteiligungsmanagement

Das **Beteiligungsmanagement** dient der Beteiligungssteuerung in Abstimmung mit der jeweiligen fachlich zuständigen Organisationseinheit durch Entscheidungsvorbereitung, -unterstützung, -durchführung und -kontrolle. Es umfasst im Wesentlichen die Funktionen der Beteiligungsverwaltung, der Mandatsbetreuung und des Beteiligungscontrollings.

Der **Beteiligungsverwaltung** kommt eine administrative Funktion zu. In der Beteiligungsverwaltung werden alle Unterlagen und Informationen zu den Beteiligungen in Beteiligungsakten verwaltet. Hinzu treten Aufgaben zur Gewährleistung formaler Rechtmäßigkeit und weitere Verwaltungsaufgaben.

Durch das **Beteiligungscontrolling** wird dieser Prozess begleitet. Dem Beteiligungscontrolling kommt eine unterstützende Funktion zu, indem entsprechende Analysen und Sachverhaltsbewertungen vorgenommen werden.

Die Informationsversorgung und Beratung kommunaler Vertreter in den Aufsichtsgremien der Beteiligungen (z. B. Aufsichtsrat), aber auch die Informationsversorgung und Beratung kommunaler Vertreter in den kommunalen Gremien zu Themen, welche die kommunalen Beteiligungen betreffen, wird unter der **Mandatsbetreuung** zusammengefasst.

In organisatorischer Hinsicht bezeichnet der Begriff des Beteiligungsmanagements die organisatorische Einheit, die die Verwaltungsführung und die Entscheidungsträger in enger Zusammenarbeit mit der fachlich zuständigen Organisationseinheit in ihrer Steuerungsverantwortung unterstützt und bei welcher die oben beschriebenen Teilfunktionen des Beteiligungsmanagements hauptsächlich angesiedelt sind.

### Hinweise:

Die Informationen beziehen sich – wenn nicht anders genannt – auf das Berichtsjahr 2021. Einzelne Informationen bzw. Ergebnisse zum Geschäftsjahr 2021 stehen noch unter dem Vorbehalt des jeweiligen Gremienbeschlusses, da zum Stand der Erstellung noch nicht alle Jahresabschlüsse in den Gremien festgestellt waren.

In der Sitzung des Ausschusses für Verwaltung und Finanzen vom 13. Oktober 2020 wurde angeregt, Änderungen gegenüber dem vorherigen Berichtsjahr farblich kenntlich zu machen. Im folgenden Beteiligungsbericht 2021 sind die Änderungen gegenüber dem Berichtsjahr 2020 daher in grüner Schriftfarbe dargestellt.

## Kapitel B Die Beteiligungen des Landkreises Rastatt

### B 1 Übersicht über alle Beteiligungen

Unternehmen		Geschäftsanteile am 31.12.2021	Beteiligungsquote Landkreis Rastatt
<b>I. EIGENBETRIEB</b>			
Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt Lyzeumstraße 23 76437 Rastatt		100,00 %	100,00 %
Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt		100,00 %	100,00 %
<b>II. KAPITALGESELLSCHAFTEN</b>			
Klinikum Mittelbaden gGmbH Dr. Rumpf-Weg 7 76530 Baden-Baden	bis 2003 Eigenbetrieb Stammeinlage Sachvermögen	21.900.000,00 € 6.382.072 €	60,00 %
Energieagentur Mittelbaden gGmbH Im Wöhr 6 76437 Rastatt	Stammeinlage	10.000 €	38,00 %
Baden Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH Victoria Boulevard A 106 77836 Rheinmünster	Stammeinlage Beteiligungseinlage	4.150 € 1.085.500 €	12,65 %
Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) GmbH Tullastraße 71 76131 Karlsruhe	Stammeinlage	5.112,92 €	8,00 %
Schwarzwald Tourismus GmbH Hauptgeschäftsstelle Wiesentalstraße 5 79115 Freiburg	Stammeinlage	3.400 €	3,35 %
TechnologieRegion Karlsruhe GmbH Emmy-Noether-Straße 11 76131 Karlsruhe	Stammeinlage	1.200 €	3,448 %
<b>III. GESELLSCHAFTEN DES BÜRGERLICHEN RECHTS</b>			
Regionales Rechenzentrum Karlsruhe VermietungsGdbR	Anteil am Eigenkapital	247.629,81 €	3,54 %
<b>IV. MITGLIEDSCHAFTEN BEI VERBÄNDEN/ZWECKVERBÄNDEN</b>			
Regionalverband Mittlerer Oberrhein Baumeisterstr. 2 76131 Karlsruhe	Umlage	333.950,59 €	18,32 %
ZV Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen Victoria Boulevard A 106 77836 Rheinmünster	Kapitalumlage	1.022.584 €	9,95462 %
EVTZ Eurodistrikt PAMINA 7 Rue de General Mittelhauser F - 67630 Lauterbourg	jährlicher Beitrag	35.361 €	6,06 %
ZV Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken (ztn) Breitenau 3 74736 Hardheim	Umlage	193.444,01 €	5,263 %
ZV 4IT Pfannkuchstr. 4 76185 Karlsruhe	Umlage	3.158,56 €	0,5169 %

Unternehmen		Geschäftsanteile am 31.12.2021	Beteiligungsquote Landkreis Rastatt
<b>V. SONSTIGE BETEILIGUNGEN</b>			
Landschaftserhaltungsverband Landkreis Rastatt (e. V.) Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	jährliche Pauschale	49.500 €	2,173 %
Interessengemeinschaft Wirtschaftsregion Mittelbaden c/o Landratsamt Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	jährliche Pauschale	3.500 €	6,6 %
<b>VI. GESCHÄFTSANTEILE</b>			
Bad. Gemeinde-Versicherungs-Verband Karlsruhe (Körperschaft des öffentl. Rechts) Durlacher Allee 56 76131 Karlsruhe		5.100 €	102 Geschäftsanteile
Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG Friedrich-Ebert-Straße 34b 76437 Rastatt		4.600 €	20 Geschäftsanteile
Volksbank Karlsruhe – Baden-Baden eG Ludwig-Erhard-Allee 1 76131 Karlsruhe		500 €	5 Geschäftsanteile
Volksbank Bühl eG Friedrichstr. 4 77815 Bühl		400 €	8 Geschäftsanteile
<b>VII. STIFTUNGEN</b>			
Sozialstiftung des Landkreises Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt		100,00 %	100,00 %

Die Mitgliedsbeiträge der sonstigen Mitgliedschaften werden unter B 5 abgebildet.

### B 1.1 Beteiligungen Landkreis Rastatt

Beteiligungen des Landkreises Rastatt	
<b>Beteiligung über 50%</b>	<b>Zweckverbände/Verbände</b>
60 %	18,32 %
Klinikum Mittelbaden gGmbH	Regionalverband Mittlerer Oberrhein
KMB MVZ GmbH	9,95 %
KMB MVZ Durmersheim gGmbH	ZV Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen
KMB Service GmbH	6,06 %
KMB Catering GmbH	EVTZ Eurodistrikt PAMINA
Aspichhof gGmbH	5,26 %
	ZV Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken
	0,5 %
	ZV 4IT
<b>Beteiligung unter 50%</b>	<b>Stiftungen</b>
38 %	100 %
Energieagentur Mittelbaden gGmbH	Stiftung Sozialfonds des Landkreises Rastatt
12,65 %	
Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH	
34,17 %	
Baden-Airpark GmbH	
8 %	
Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) GmbH	
3,448 %	
Technologieregion Karlsruhe GmbH	
3,54 %	
Regionales Rechenzentrum KA VermietungsGdBR	
3,35 %	
Schwarzwald Tourismus GmbH	
<b>Eigenbetriebe</b>	<b>Sonstige Beteiligungen</b>
100 %	6,6 %
Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt	IG Wirtschaftsregion Mittelbaden
100 %	2,17 %
Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt	Landschaftserhaltungsverband e.V.
<b>Kooperationen</b>	
Jobcenter Landkreis Rastatt	
<b>Geschäftsanteile</b>	
102 GA*	
Bad. Gemeinde-Versicherungsverband (BGV)	
20 GA*	
Baugenossenschaft Familienheim eG	
8 GA*	
Volksbank Bühl eG	
5 GA*	
Volksbank Karlsruhe - Baden-Baden eG	

\*GA = Geschäftsanteile

## B 1.2 Übersicht über die Abschlussprüfer der Beteiligungen 2021

Unternehmen	Abschlussprüfer	beauftragt seit Geschäftsjahr
<b>I. EIGENBETRIEB</b>		
Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt Lyzeumstraße 23 76437 Rastatt	Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt Landkreis Rastatt	seit Gründung
Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt Landkreis Rastatt	seit Gründung
<b>II. KAPITALGESELLSCHAFTEN</b>		
Klinikum Mittelbaden gGmbH Dr. Rumpf-Weg 7 76530 Baden-Baden	BW PARTNER Bauer Schätz Hasenclever Partnerschaft mbB, Stuttgart	2021
Energieagentur Mittelbaden gGmbH Im Wöhr 6 76437 Rastatt	Eversheim Stuible Treuberater GmbH	2017
Baden Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH Victoria Boulevard A 106 77836 Rheinmünster	RESIDENZ TREUHAND Dr. Eichhorn, Oberle und Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	2018
Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) GmbH Tullastraße 71 76131 Karlsruhe	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	2017
Schwarzwald Tourismus GmbH Wiesentalstraße 5 79115 Freiburg	BTR Bansbach GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	2019
TechnologieRegion Karlsruhe GmbH Emmy-Noether-Straße 11 76131 Karlsruhe	CL Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH & Co.KG, Karlsruhe	2019
<b>III. GESELLSCHAFTEN DES BÜRGERLICHEN RECHTS</b>		
Regionales Rechenzentrum Karlsruhe VermietungsGdBR	Rechnungsprüfungsamt Stadt Karlsruhe	seit Gründung
<b>IV. MITGLIEDSCHAFTEN BEI ZWECKVERBÄNDEN</b>		
Regionalverband Mittlerer Oberrhein Baumeisterstr. 2 76131 Karlsruhe	GPA Baden-Württemberg überörtliche Prüfung	seit Gründung
ZV Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen Victoria Boulevard A 106 77836 Rheinmünster	GPA Baden-Württemberg überörtliche Prüfung	seit Gründung
EVTZ Eurodistrikt PAMINA 7 Rue de General Mittelhauser F - 67630 Lauterbourg	Paierie Départementale du Bas-Rhin, Strasbourg	seit Gründung
ZV Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken Breitenau 3 74736 Hardheim	WIBERA AG, Stuttgart	2018
ZV 4IT Pfannkuchstr. 4 76185 Karlsruhe	Rechnungsprüfungsamt Stadt Karlsruhe	2018
<b>V. SONSTIGE BETEILIGUNGEN</b>		
Landschaftserhaltungsverband Landkreis Rastatt e. V. Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	interne Prüfung durch Mitglieder	seit Gründung
Interessengemeinschaft Wirtschaftsregion Mittelbaden Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	interne Prüfung durch Gesellschafter	seit Gründung
<b>VI. STIFTUNGEN</b>		
Sozialfonds des Landkreises Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	Kommunal- und Rechnungsprüfungsamt Landkreis Rastatt	seit Gründung

## B 2 Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen > 25 %

	Unternehmen	Stand der Geschäftsanteile am 31.12.2021	Beteiligungsquote Landkreis	Bilanzsumme 31.12.2021
1	Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt Lyzeumstraße 23 76437 Rastatt	100,00 %	100,00 %	28.341.643,50 €
2	Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	100,00 %	100,00 %	27.740.253,59 €
3	Klinikum Mittelbaden gGmbH Dr. Rumpf-Weg 7 76532 Baden-Baden	21.900.000 €	60,00 %	164.944.343,22 €
4	Energieagentur Mittelbaden gGmbH Im Wöhr 6 76437 Rastatt	10.000 €	38,00 %	206.131,29 €

### Ergebnis der unmittelbaren Beteiligungen > 25 % und des Landkreises Rastatt

	Unternehmen	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020	Ergebnis 2021	Veränderung 2020/2021 in %
1	Landkreis Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	15.599.501,98 €	14.835.599,91 €	6.405.130,96 €	-56,83 %
2	Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt Lyzeumstraße 23 76437 Rastatt	50.000,00 €	-615.700,72 €	-236.491,57 €	61,59 %
3	Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	-141.242,08 €	-211.591,45 €	-260.241,22 €	-22,99 %
4	Klinikum Mittelbaden gGmbH Dr. Rumpf-Weg 7 76532 Baden-Baden	-3.253.259,48 €	-10.453.960,67 €	-4.670.034,13 €	55,33 %
5	Energieagentur Mittelbaden gGmbH Im Wöhr 6 76437 Rastatt	18.441,23 €	-81.109,42 €	28.414,97 €	135,03 %
	Saldo	12.412.356,82 €	3.473.237,65 €	1.266.779,01 €	-63,53 %

### Schulden\* der unmittelbaren Beteiligungen > 25 % und des Landkreises Rastatt

	Unternehmen	Schuldenstand 2019*	Schuldenstand 2020*	Schuldenstand 2021*	Veränderung 2020/2021 in %
1	Landkreis Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	47.288.383,97 €	43.284.210,32 €	39.298.797,87 €	-9,21 %
2	Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt Lyzeumstraße 23 76437 Rastatt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 %
3	Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 %
4	Klinikum Mittelbaden gGmbH Dr. Rumpf-Weg 7 76532 Baden-Baden	30.171.759,40 €	23.731.996,23 €	16.724.679,91 €	-29,53 %
5	Energieagentur Mittelbaden gGmbH Im Wöhr 6 76437 Rastatt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 %
	Saldo	77.460.143,37 €	67.016.204,55 €		

\* umfasst nur die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

## B 2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt



### Grunddaten

Unternehmensname	Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt
Adresse	Lyzeumstraße 23, 76437 Rastatt
Tel.	07222/381-5555
Fax	07222/381-5599
E-Mail	awb@landkreis-rastatt.de
Homepage	www.awb-landkreis-rastatt.de

### Rechtsform

Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebs sind in der Betriebsatzung vom 30. November 1999, zuletzt geändert am 26. April 2022, geregelt.

### Rechtliche Grundlage

Seit dem 1. Januar 1996 wird die Abfallwirtschaft des Landkreises Rastatt als Eigenbetrieb nach dem Eigenbetriebsgesetz des Landes Baden-Württemberg geführt.

### Gegenstand des Unternehmens

In Baden-Württemberg gehört die Abfallentsorgung nach § 6 Abs. 1 LKreiWiG zu den Aufgaben der Stadt- und Landkreise. Aus dem Amt für Abfallwirtschaft ging zum 1. Januar 1996 der als Eigenbetrieb organisierte Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt (AWB) hervor. Dieser nimmt die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen hoheitlichen Aufgaben wahr.

Die Durchführung dieser Aufgabe erfolgt auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) zum Zwecke der Schonung der natürlichen Ressourcen. Hierbei gilt es, die in § 6 Abs. 1 KrWG festgelegte Abfallhierarchie einzuhalten. Diese besagt, dass Maßnahmen der Vermeidung und der Abfallbewirtschaftung in folgender Reihenfolge stehen:

1. Vermeidung,
2. Vorbereitung zur Wiederverwendung,
3. Recycling,
4. Sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung,
5. Beseitigung.

Bei der Umsetzung der Abfallwirtschaft beschränkt sich der Abfallwirtschaftsbetrieb ganz bewusst auf seine Kernaufgaben. Hierzu gehören:

- Festlegung der Rahmenbedingungen der Abfalleinsammlung und Gebührenveranlagung
- Betrieb von Entsorgungsanlagen
- Kundenberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Der Großteil der operativen Dienstleistungen, wie zum Beispiel das Einsammeln der Abfälle, wird über öffentliche Ausschreibungsverfahren an private Unternehmen (Entsorgungsfachbetriebe) vergeben, um flexibel auf die Veränderungen in der Abfallwirtschaft reagieren zu können. Die Abfallwirtschaftsatzung des Landkreises Rastatt regelt die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung der Dienstleistung Abfallentsorgung.

## **Beteiligungsverhältnisse**

Der Landkreis Rastatt ist alleiniger Anteilseigner des Abfallwirtschaftsbetriebs.

## **Organe**

Die Organe des Eigenbetriebs sind nach § 4 der Betriebssatzung der Kreistag, der Betriebsausschuss als beschließender Ausschuss, der Landrat und die Betriebsleitung.

Mitglieder des Betriebsausschusses zum Ende des Berichtsjahres waren:

<b>Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Rastatt</b>	
<b>Vorsitzender:</b>	Herr Landrat Toni Huber †, Herr Landrat Dr. Christian Dusch
<b>Kreisräte/Kreisrätinnen des Landkreises Rastatt:</b>	
• Erik Ernst	• Yvonne Zick
• Johannes van Daalen	• Beate Benning-Gross
• Dr. Michael Götz	• Tanja Hofmeister
• Christian Greilach	• Laura Bader
• Jürgen Pfetzer	• Peter Hirn
• Hartwig Rihm	• <b>Walter Jüngling</b>
• Markus Burger	• Alois Degler
• Christof Florus	• Armin Kellert
• Dieter Kohler	• Theodor Josef Gehrman
• Robert Wein	• Dieter Balle

Erster Betriebsleiter des Eigenbetriebs ist Herr Dr. Jörg Peter.

Kaufmännische Betriebsleiterin ist Frau Claudia Gärtner.

Technische Betriebsleiterin ist Frau Regine Krug.

## **Personalentwicklung**

	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
Vollzeitkräfte	33	30	35
Teilzeitkräfte	7	8	6
Aushilfen	9	10	9
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>49</b>	<b>48</b>	<b>50</b>

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der Abfallwirtschaftsbetrieb stellt für die Bevölkerung Entsorgungs- und Verwertungsmöglichkeiten für Abfälle zweckmäßig und nach dem Stand des technischen Fortschritts zur Verfügung. Diese erbrachten Leistungen stimmen mit dem Unternehmensgegenstand gemäß der Betriebssatzung überein. Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt ist für den Betrieb folgender Einrichtungen zuständig:

- Bodenaushubdeponie Durmersheim
- Bodenaushubdeponie Gernsbach
- Bodenaushubdeponie Bühl-Balzhofen
- Wertstoffhof Bühl Vimbuch
- Entsorgungsanlage "Hintere Dollert" Gaggenau-Oberweier

## **Grundzüge des Geschäftsverlaufs**

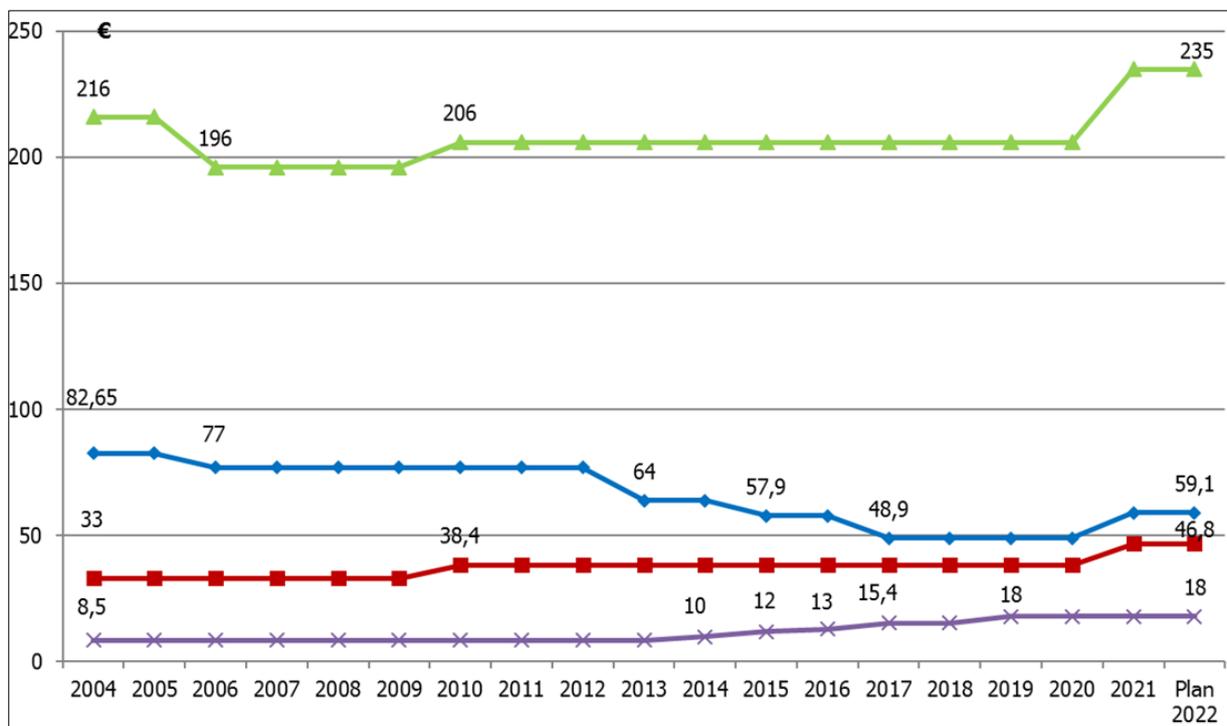
Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt agiert als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und führt die Abfallwirtschaft im Landkreis Rastatt. Der Betrieb gliedert sich dabei in folgende Betriebszweige:

- Betriebszweig „Siedlungsabfall“
- Betriebszweig „Einsammeln und Befördern“
- Betriebszweig „Bodenaushub“

### Entwicklung der Abfallwirtschaft im Landkreis Rastatt

Nachdem der Abfallwirtschaftsbetrieb in den vergangenen Wirtschaftsjahren bis auf Anpassungen vereinzelter Gebührensätze größtenteils Gebührenstabilität bei den Abfallentsorgungsgebühren vermelden konnte, wurde bereits bei der Erstellung der Gebührenkalkulation im Herbst 2020 schnell klar, dass diese Zielformulierung für das Wirtschaftsjahr 2021 nicht erreicht werden kann. Weder bei den Selbstanlieferergebühren auf der Entsorgungsanlage "Hintere Dollert", dem Wertstoffhof Bühl-Vimbuch und den Bodenaushub- und Bauschuttdeponien, noch bei den Behältergebühren konnte eine flächendeckende Gebührenstabilität erreicht werden. Weitere Informationen können dem [Jahresabschluss 2021 des AWB](#) vom 13. Juni 2022 entnommen werden.

### Entwicklung der Abfallgebühren



**Lage des Unternehmens**

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
	Aktiva		Passiva		
		2021		2021	
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>11.064.411,93 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>-935.860,07 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	40.990,00 €	<b>B</b>	<b>Empfangene Ertragszuschüsse</b>	<b>0,00 €</b>
	II. Sachanlagen	7.853.311,51 €	<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>26.832.150,78 €</b>
	III. Finanzanlagen	3.170.110,42 €	<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>2.445.352,79 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>14.055.632,76 €</b>	<b>E</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
	I. Vorräte	66.318,64 €			
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.547.569,01 €			
	III. Wertpapiere	0,00 €			
	IV. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	9.441.745,11 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>3.221.598,81 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>28.341.643,50 €</b>		<b>Summe</b>	<b>28.341.643,50 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
OZ		2019	2020	2021
1	Umsatzerlöse	12.317.113,62 €	12.868.642,98 €	15.368.110,33 €
2	akt. Eigenleistung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3	sonst. betriebliche Erträge	2.868.052,14 €	3.037.642,60 €	5.568.930,85 €
4	Materialaufwand	10.581.354,56 €	11.377.577,47 €	12.573.233,18 €
5	Personalaufwand	2.507.614,12 €	2.621.976,95 €	2.706.285,84 €
6	Abschreibungen	463.801,25 €	506.118,77 €	627.706,38 €
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	1.621.838,45 €	2.021.324,30 €	5.249.448,31 €
8	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	69.743,63 €	51.882,17 €	36.333,94 €
9	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29.448,10 €	46.211,89 €	52.787,69 €
<b>12</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>50.812,91 €</b>	<b>-615.041,63 €</b>	<b>-236.086,28 €</b>
13	außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
<b>15</b>	<b>außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>
16	Steuern	812,91 €	659,09 €	405,29 €
<b>17</b>	<b>Jahresgewinn/Jahresverlust</b>	<b>50.000 €</b>	<b>-615.700,72 €</b>	<b>-236.491,57 €</b>

**Kapitalzuführungen/-entnahmen, Gesellschafterzuschüsse und Bürgschaften des Landkreises Rastatt**

Der Landkreis Rastatt hat 2021 keine Kapitalzuführungen/Gesellschafterzuschüsse an den Abfallwirtschaftsbetrieb geleistet. Ebenso wenig erfolgte eine Bürgschaft durch den Landkreis Rastatt.

**Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

<b>Kennzahlen zur wirtschaftlichen Lage<sup>1</sup></b>				
	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>%-Veränderung</b>
Roherttrag	4.603.811 €	4.528.708 €	8.363.808 €	84,68 %
Roherttrag pro Mitarbeiter	93.955 €	94.348 €	167.276 €	77,30 %
Umsatzerlös pro Mitarbeiter	251.370 €	268.097 €	307.362 €	14,65 %
Personalaufwandsquote	20,36 %	20,37 %	17,61 %	-13,57 %
Materialaufwandsquote	85,91 %	88,41 %	81,81 %	-7,46 %
Abschreibungsquote	3,77 %	3,93 %	4,08 %	3,85 %
Anlagenintensität	55,01 %	53,50 %	39,04 %	-27,03 %
Umlaufintensität	44,92 %	46,43 %	49,59 %	6,82 %
Vorratsintensität	0,24 %	0,25 %	0,23 %	-7,70 %
Forderungsintensität	10,29 %	11,58 %	16,05 %	38,61 %
Umschlagsdauer (in Jahren)	2,01	1,84	1,84	0,15 %
Forderungsreichweite (in Tagen)	75,61	77,81	108,01	38,82 %
Lieferantenziel (in Tagen)	46,30	42,17	61,34	45,48 %
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit	838.418,98 €	233.501,23 €	990.517,81 €	324,20 %

**Ausblick**

Mit Blick in die Zukunft hofft der Abfallwirtschaftsbetrieb, die Pandemie hinter sich lassen zu können, um sich wieder schwerpunktmäßig auf seine Kernaufgaben konzentrieren zu können.

So ist die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzepts des Landkreises Rastatt Ende 2022/Anfang 2023 vorgesehen. Der kontinuierliche Prozess der Digitalisierung schreitet zudem auch im Abfallwirtschaftsbetrieb zunehmend voran. Aktuell wird unter Hochdruck an der erweiterten Digitalisierung der Online-Behälterdienste gearbeitet. Bis zum Jahresende 2022 wird sich der Abfallwirtschaftsbetrieb intensiv mit der Novellierung des Eigenbetriebsrechts auseinandersetzen. Ein weiteres Projekt, das ebenfalls zum 1. Januar 2023 in die Praxis umgesetzt werden muss, ist die Einführung des neuen § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG). Weitere Informationen über zukünftige Projekte können dem [Jahresabschluss 2021 des AWB](#) vom 13. Juni 2022 entnommen werden.

<sup>1</sup> Die Kennzahlenbildung ist in Kapitel C erläutert.

## B 2.2 Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

### Grunddaten

Unternehmensname	Eigenbetrieb Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt
Adresse	Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt
Tel.	07222/381 – Durchwahl: 3001, 3105, 3112, 3113, 3114, 3115
Fax	07222/381-3199
E-Mail	breitband@landkreis-rastatt.de
Homepage	www.breitband-landkreis-rastatt.de

### Rechtsform

Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebs sind in der Betriebssatzung vom 11. Dezember 2018 geregelt.

### Rechtliche Grundlage

Der Eigenbetrieb Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt wurde zum 1. Januar 2019 gegründet und wird seither nach dem Eigenbetriebsgesetz und der darauf basierenden Eigenbetriebsverordnung des Landes Baden-Württemberg geführt.

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Eigenbetriebs Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt ist die Schaffung und Bereitstellung einer Breitband-Infrastruktur zur Versorgung der „weißen Flecken“ (Versorgung < 30 Mbit) in Gewerbegebieten, einzelnen Wohngebieten sowie 54 Schulen und einem Krankenhaus in 18 Kommunen (Au am Rhein, Bietigheim, Bischweier, Bühlertal, Durmersheim, Elchesheim-Illingen, Forbach, Gernsbach, Hügelsheim, Iffezheim, Kuppenheim, Loffenau, Muggensturm, Ötigheim, Rastatt, Sinzheim, Steinmauern und Weisenbach sowie einem singulären Schulanschluss in Gaggenau) im Landkreis Rastatt und in daran angrenzenden Regionen nach Maßgabe der §§ 2 Abs. 1, 48 LKrO i. V. m. § 102 GemO in Form eines NGA-Netzes (Next Generation Access Network). Hierzu gehört sowohl die Errichtung erforderlicher Leitungsverbindungen, als auch die Anmietung vorhandener Infrastrukturen mit dem Ziel der Verpachtung des gesamten NGA-Netzes an einen Netzbetreiber, dem diese gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung kann der Eigenbetrieb alle seinen Gegenstand fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben, insbesondere mit Städten und Gemeinden Pachtverträge zur Nutzung derer vorhandenen Infrastruktur abschließen, sowie deren Unterverpachtung an den Netzbetreiber vornehmen.

### Beteiligungsverhältnisse

Der Landkreis Rastatt ist alleiniger Anteilseigner des Eigenbetriebs Breitbandversorgung und brachte ein Stammkapital von 20.000 € ein.

## Organe

Die Organe des Eigenbetriebs sind nach § 3 der Satzung der Kreistag, der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen (AVF) als beschließender Ausschuss, der Landrat und die Betriebsleitung.

Als beschließender Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt fungiert der Ausschuss für Verwaltung und Finanzen. Mitglieder des Betriebsausschusses im Berichtsjahr waren:

<b>Betriebsausschuss Ausschuss für Verwaltung und Finanzen</b>	
<u>Vorsitzender:</u>	Herr Landrat Toni Huber †, Herr Landrat Dr. Christian Dusch
	Stellvertretende Vorsitzende: Herr ELB Dr. Jörg Peter, Herr Kreisrat Hartwig Rihm
<b>Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Verwaltung und Finanzen:</b>	
• Hans Jürgen Pütsch	• Veronika Laukart
• Andreas Merkel	• Brigitte Schäuble
• Georg Feuerer	• Jürgen Pfetzer
• Frank Kiefer	• Hartwig Rihm
• Christian Schmid	• Reiner Dehmelt
• Hans-Peter Braun	• Christian Greilach
• Karsten Mußler	• Arne Pfirrmann
• Dietmar Späth	• Hubert Schnurr
• Christof Florus	• Helmut Pautler
• Markus Burger	• Rolf Spiegelhalder
• Klaus Föry	• Sabine Katz
• Beate Benning-Gross	• Hans-Peter Behrens
• Manuel Hummel	• Matthias Schmälzle
• Susanne Detscher	• Annika Hummel
• Walter Jüngling	• Laura Bader
• Peter Hirn	• Johannes Ernst Kopp
• Michael Pfeiffer	• Renate Schwarz
• Alois Degler	• Dr.-Ing. Volker Kek
• Constantin Sperneac-Wolfer	• Armin Kellert
• Lutz Jäckel	• Michael Weber

Betriebsleiter des Eigenbetriebs: Herr Mario Mohr.  
 Technischer Projektleiter: Herr Matthias Möhrle  
 Kaufmännische Projektleiterin: Karin Kuklok

## Personalentwicklung

	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
Vollzeitkräfte	2	6	5
Teilzeitkräfte	3	2	2
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>5</b>	<b>8</b>	<b>7</b>

Die beiden Teilzeitkräfte wurden innerhalb des Jahres 2021 zeitlich befristet beim Eigenbetrieb Breitbandversorgung eingesetzt.

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sicherstellung leistungsfähiger Internetzugänge ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Hierzu wurde der Eigenbetrieb Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt am 1. Januar 2019 gegründet. Vorrangiges Ziel ist daher der Aufbau eines landkreisweiten NGA-Netztes (Next Generation Access Network), welches ein passives Glasfasernetz (Backbone, Backhaul, Anbindung Gewerbegebiete,

Verteilnetz) mit Anschlüssen in den „weißen Flecken“ beinhaltet. Als „weiße Flecken“ gelten im Sinne der Breitbandförderung unterversorgte Bereiche, in denen der bisherige Internetzugang keine 30 Mbit/s (als Downloadgeschwindigkeit) erreicht. In diesem Landkreisprojekt wird der Ausbau in 18 Kommunen des Landkreises Rastatt in den berechtigten Gewerbe- und Wohngebieten sowie an 54 Schulen und einem Krankenhaus realisiert. Damit kann mit Abschluss des Projektes eine Breitbandversorgung mit leistungsfähigen Internetzugängen in dem NGA-Netz gewährleistet werden. Bis Ende 2021 wurde bereits ein Großteil des NGA-Netzes errichtet.

### **Grundzüge des Geschäftsverlaufs**

Der Kreistag sprach sich bereits 2016 dafür aus, dass der Breitbandausbau mit einem glasfaserbasierten NGA-Netz und die Erschließung von sog. „weißen Flecken“ im Landkreis als leistungsfähiges Grundgerüst für eine spätere flächendeckende Versorgung mit Breitband angegangen wird.

### **Bundes- und Landesförderung**

Deshalb hat der Landkreis eine Förderung des Bundes im Rahmen des sogenannten Betreibermodells nach der Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland (Förderrichtlinie des Bundes) sowie nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Mitfinanzierung der Förderung aus der Richtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland durch das Land Baden-Württemberg (VwV Breitbandmitfinanzierung) beantragt, die mit den vorläufigen Bescheiden des Bundes vom 27. Juli 2017 und des Landes vom 22. November 2017 bewilligt wurde.

Am 30. Januar 2020 wurde der finale Förderantrag beim Projektträger des Bundes, der atene KOM, gestellt. Nach zwei Nachforderungsrunden im April und Juni 2020 erging der finale Förderbescheid des Bundes am 27. Juli 2020 an den Eigenbetrieb Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt. Der Bund erkennt darin 39.945.201,00 € als förderfähigen Gesamtaufwand an und fördert das Breitbandprojekt entsprechend der Förderquote von 50 % mit 19.972.600,00 €. Der Änderungsbescheid des Landes Baden-Württemberg mit der finalen Zuwendung von 8.392.086,30 € erging am 13. November 2020. Hierbei werden die förderfähigen Projektkosten zu 20 % kofinanziert, die Anbindung der Schulen im Landkreis hingegen zu 40 %.

### **Fördermittelabruf**

Die bewilligten Fördergelder müssen unter Einhaltung verschiedenster Vorgaben beim Projektträger des Bundes (atene KOM GmbH) und dem Land abgerufen werden. Im November 2020 tätigte der Eigenbetrieb Breitbandversorgung den ersten Mittelabruf ohne Zwischenverwendungsnachweis. Daraufhin zahlte der Bund Fördergelder für einen Teil der Baunebenkosten von 579.451,39 € aus. Wird der Fördermitteleingang von 2019 von 50.000 € berücksichtigt, so ergibt sich einschließlich dem Geschäftsjahr 2020 eine Gesamtsumme von 629.451,39 €. Entsprechend der abgerechneten Baukosten wurden im Jahr 2021 beim Bund 17.933.291,15 € mit Zwischennachweis und Baunebenkosten von 951.494,41 € ohne Zwischennachweis abgerufen. Es folgte zunächst die Auszahlung der Fördergelder für die Baukosten von 8.951.987,67 €. Dabei wurde ein Teilbetrag von 29.315,80 € vom Fördergeber nicht als förderfähig bewertet und somit 14.657,91 € einbehalten. Die Auszahlung der Fördergelder für die Baunebenkosten wird im Januar 2022 erfolgen. Die vom Bund anerkannten förderfähigen Kosten wurden anschließend beim Land abgerufen. Das Land zahlte Anfang 2021 zunächst 231.780,55 € und am Ende des Jahres 2021 einen Betrag von 1.088.114,37 € (20 % Förderung: 1.051.666,52 € + 40 % Förderanteil Schulen: 36.447,85 €) aus. Für das Jahr 2021 ergab sich vom Bund der o.g. Zahlungsbetrag von 8.951.987,67 € und vom Land ein Betrag von 1.319.894,92 €, was einer Gesamtauszahlung von 10.271.882,59 € entspricht. In der jahresübergreifenden (2019-2021) Betrachtung wurde das Breitbandprojekt durch die Fördergeber bislang mit einer Fördersumme von 10.901.333,98 € bezuschusst.

### **Darlehen**

Gemäß Refinanzierungsvereinbarung gewähren die beteiligten Kommunen dem Landkreis ein Darlehen für die nichtförderfähigen Kosten zur Errichtung des innerörtlichen Netzes. Der Darlehensabruf

soll gemäß der Vereinbarung in zwei Tranchen an den Eigenbetrieb Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt erfolgen. Im November 2020 wurde zunächst die erste Tranche des Darlehens mit einer Summe von 3.992.480,00 € abgerufen. Im Juni 2021 folgte dann der Abruf für die zweite Tranche von 5.649.449,00 €. Für die geplanten nichtförderfähigen Kosten des Breitbandausbaus gewährten die am Projekt beteiligten 18 Kommunen somit einen Gesamtdarlehensbetrag von 9.641.929,00 €. Die in 2021 vorgenommene Darlehensrückzahlung (Zins/Tilgung) von insgesamt 167.397,22 € setzt sich aus einem Tilgungsbetrag von 159.699,20 € und einem Zinsbetrag von 7.698,02 € zusammen. Auf das kommunale Darlehen bezogen beläuft sich der Schuldenstand bis zum 31. Dezember 2021 auf 9.482.229,80 €.

### **Investitionskostenzuschuss Landkreis Rastatt**

Der Landkreis Rastatt fördert das Breitbandprojekt in Form eines Investitionskostenzuschusses. Demnach wurde in den Jahren 2020 und 2021 jeweils ein Investitionskostenzuschuss von 2.500.000 € an den Eigenbetrieb geleistet. Zusammen mit dem Zuschuss des Jahres 2019 von 1.980.000 € ergibt sich damit ein Gesamtinvestitionskostenzuschuss von 6.980.000 €.

### **Baubeginn und Baufortschritt**

Der Ausbau des Breitbandnetzes startete am 24. August 2020 in allen drei Clustern (Baulose) gleichzeitig. Der offizielle Spatenstich fand mit dem Aufstellen des zentralen POP-Gebäudes am 23. September 2020 unter reger Beteiligung von Bundes- und Landespolitik, den Fraktionsvorsitzenden des Kreistages, von projektbeteiligten Firmen und der regionalen Presse statt.

Der Baufortschritt wird auf der Homepage des Eigenbetriebs ([www.Breitband-Landkreis-Rastatt.de](http://www.Breitband-Landkreis-Rastatt.de)) insbesondere für die Bevölkerung in Form einer Karte dargestellt und jeden Monat aktualisiert.

Vorgängig zum Baustart konnten durch das Erteilen von Unbedenklichkeitsbescheinigungen insgesamt 24 kleinere Baumaßnahmen bzw. die Mitverlegung von Rohrverbänden (bei Kommunen, Stromversorgern, Telekommunikationsunternehmen) durchgeführt oder beauftragt werden. Dies führte zu einer Kostenersparnis von rund 112.000 €, da die Tiefbaukosten anteilmäßig aufgeteilt werden. Durch die Mitverlegung wurden Einschränkungen für die Bürger im Straßenverkehrsraum reduziert, da nicht zwei getrennte Baumaßnahmen (Energieversorger und Landkreis) erforderlich waren. Im Rahmen der Mitverlegungsmaßnahmen wurden 29 km Breitbandtrasse realisiert.

Insgesamt konnten im Jahr 2020 rund 70 km Breitbandtrasse gebaut werden, damit wurde in etwa ein Drittel des Netzes im Tiefbau errichtet. In einigen Ortsteilen (z. B. Herrenwies, Bischweier, Steinmauern, Gernsbach) konnten bereits die Glasfaserkabel eingeblasen werden. Im Jahr 2021 wurde eine Tiefbaustrecke von etwa 115 km errichtet, sodass seit Baubeginn insgesamt 185 km Tiefbau realisiert wurden. Dabei sind 43 km durch effiziente Mitverlegungsmaßnahmen umgesetzt worden, die bisher zu einer Kosteneinsparung von rund 249.405 € führten. Die im Jahr 2020 begonnenen Glasfaserarbeiten wurden im Jahr 2021 fortgeführt und bis auf eine Länge von ca. 116 km eingezogen. Aufgrund der Corona-bedingten Ausnahmesituation und damit verbundenen Personalausfällen sowie Lieferschwierigkeiten beim Material, ist eine merkliche Bauverzögerung gegenüber dem ursprünglichen Bauzeitenplan nicht abwendbar gewesen.

**Lage des Unternehmens**

Der Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebs Breitbandversorgung im Landkreis Rastatt wird in der Kreistagssitzung am 25. Oktober 2022 festgestellt. Die Bilanz sowie die GuV sind daher vorläufig.

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
	Aktiva		Passiva		
		2021		2021	
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>24.793.523,64 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>-240.241,22 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.785,00 €		I. Stammkapital	20.000,00 €
	II. Sachanlagen	24.785.738,64 €		II. Jahresfehlbetrag	-260.241,22 €
	III. Finanzanlagen	0,00 €	<b>B</b>	<b>Empfangene Ertragszuschüsse</b>	<b>17.881.333,98 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>2.695.351,21 €</b>	<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>0,00 €</b>
	I. Vorräte	0,00 €	<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>10.099.160,83 €</b>
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	681.333,58 €	<b>E</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
	III. Wertpapiere	0,00 €			
	IV. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.014.017,63 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>251.378,74 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>27.740.253,59 €</b>		<b>Summe</b>	<b>27.740.253,59 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
OZ		2019	2020	2021
1	Umsatzerlöse	141.242,07 €	0,00 €	66,00 €
2	akt. Eigenleistung	0,00 €	103.269,67 €	128.173,94 €
3	sonst. betriebliche Erträge	0,00 €	211.591,44 €	260.241,15 €
4	Materialaufwand	0,00 €	7.234,68 €	60.909,82 €
5	Personalaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	Abschreibungen	6.076,94 €	2.972,34 €	4.079,93 €
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	278.734,12 €	516.245,54 €	576.034,54 €
8	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.326,91 €	0,00 €	0,00 €
10	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	7.698,02 €
<b>12</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-141.242,08 €</b>	<b>-211.591,45 €</b>	<b>-260.241,22 €</b>
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €
<b>14</b>	<b>Jahresgewinn/Jahresverlust</b>	<b>-141.242,08 €</b>	<b>-211.591,45 €</b>	<b>-260.241,22 €</b>

**Kapitalzuführungen/-entnahmen, Gesellschafterzuschüsse und Bürgschaften des Landkreises Rastatt**

Der Landkreis Rastatt hat im Jahr 2021 einen Investitionskostenzuschuss von 2,5 Mio. € (Plan: 2,5 Mio. €) geleistet und wird nach der Feststellung des Jahresabschlusses einen Betriebskostenzuschuss

zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags von 260.241,22 € leisten. Eine Bürgschaft durch den Landkreis Rastatt wurde nicht übernommen.

### **Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

<b>Kennzahlen zur wirtschaftlichen Lage</b>				
	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>%-Veränderung</b>
Anlagenintensität	89,01 %	60,72 %	89,38 %	47,20 %
Umlaufintensität	10,99 %	36,48 %	9,72 %	-73,36 %
Eigenkapitalquote	-5,09 %	-2,04 %	-0,87 %	-57,60 %
Fremdkapitalquote	19,85 %	47,58 %	36,41 %	-23,48 %
Eigenkapitalrendite	116,50 %	110,44 %	108,32 %	-1,91 %

### **Ausblick**

Der Eigenbetrieb differenziert seinen Ausblick nach den Bereichen der Projektfinanzierung und der Erstellung und Inbetriebnahme NGA-Netz, um eine übersichtliche Prognose für den angestrebten Projektverlauf zu vermitteln.

### **Projektfinanzierung**

#### Mittelabruf

Alle bis zum Projektende angefallenen und noch nicht abgerufenen förderfähigen Kosten sollen im Jahr 2022 vollumfänglich beim Fördergeber abgerufen werden. Zur Umsetzung ist dafür lediglich ein Mittelabruf vorgesehen. Dem Eigenbetrieb ist bekannt, dass der Fördergeber Bund eine gebietsmäßige Neuaufteilung der zuständigen beliehenen Projektträgerschaft vornimmt. Daher wird voraussichtlich im Frühjahr 2022 der Wechsel vom bisherigen Projektträger atene KOM GmbH auf PricewaterhouseCoopers GmbH WPG in Zusammenarbeit mit VDI/VDE Innovation + Technik GmbH und TÜV Rheinland Consulting GmbH erfolgen. Der Eigenbetrieb muss mit neuen Anforderungen (z. B. geänderter Web-Oberfläche des Breitbandportals) insbesondere bezogen auf den Mittelabruf rechnen.

#### Darlehensrückzahlung

Die Darlehensrückzahlung wird auf Basis der Refinanzierungsvereinbarung zum 1. Juni 2022 in einer Höhe von 418.532,23 € (4 % Tilgung: 385.677,16 €, Zins: 32.855,07 €) erfolgen. Sobald die Projektkosten abschließend feststehen und die Fördermittelendabrechnung erfolgt ist, wird die Darlehenssumme entsprechend angepasst.

#### Projektkosten

Sofern sich die positive Entwicklung in Bau und Baukostenentwicklung im folgenden Projektjahr fortsetzt, ist eine signifikante Abweichung des Volumens der rund 43,7 Mio. € (Baukosten 40,6 Mio./Pachtkosten 3,1 Mio.) geplanten Projektkosten nicht zu erwarten.

### **Erstellung und Inbetriebnahme NGA-Netz**

Im Jahr 2022 soll der Breitbandausbau (Tiefbauarbeiten und Glasfaserarbeiten) abgeschlossen werden. Auch die Kopplung mit den Pachtstrecken der bereits bestehenden Infrastruktur soll in diesem Jahr realisiert werden. Die Übergabe zur Inbetriebnahme des Netzes an den Betreiber und somit die Versorgung der Kunden mit schnellem Internet, wird nach Baufortschritt in Abschnitten erfolgen. Der Netzbetreiber wird den Einbau der Aktivtechnik vornehmen und die Kundenakquise intensivieren, sobald die Netze und die Netzelemente (POP, Backbone und Access-Netz) durch den Eigenbetrieb an den Betreiber offiziell übergeben sind. Danach haben alle berechtigten Eigentümer die Möglichkeit zur Nutzung der Glasfasertechnologie.

## B 2.3 Klinikum Mittelbaden gGmbH



### Grunddaten

Unternehmensname	Klinikum Mittelbaden gGmbH
Adresse	Dr.-Rumpf-Weg 7, 76530 Baden-Baden
Tel.	07221/91-1900
Fax	07221/91-1919
E-Mail	info@klinikum-mittelbaden.de
Homepage	www.klinikum-mittelbaden.de

### Rechtsform

Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)

### Rechtliche Grundlage

Gesellschaftsvertrag vom 1. Oktober 2003, zuletzt geändert durch Beschluss vom 13. Dezember 2021. Eintragung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung in das Handelsregister – Abt. B. – des Amtsgerichts Baden-Baden am 20. November 2003; letzte Eintragung am 16. Dezember 2021.

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Kliniken, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sowie Krankenhäusern. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens – mittelbar oder unmittelbar – dienen. Das Unternehmen kann sich im Rahmen des kommunal- und gemeinnützigkeitsrechtlich Zulässigen an weiteren, dem Betriebszweck dienenden Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

### Beteiligungsverhältnisse

Der Gesellschafterbeschluss zur Erhöhung des Stammkapitals von 18,25 Mio. € auf 36,5 Mio. € erfolgte am 23. Februar 2021 im Kreistag und wurde am 13. Dezember 2021 notariell beurkundet. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 16. Dezember 2021.

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landkreis Rastatt	21.900.000 €	60,00 %
Stadt Baden-Baden	14.600.000 €	40,00 %
<b>Summe</b>	<b>36.500.000 €</b>	<b>100,00 %</b>

### Beteiligungen des Unternehmens

Aspichhof gGmbH	Gesellschaftsvertrag vom 5. August 2004, zuletzt geändert durch Beschluss vom 2. August 2016 Eintrag ins Handelsregister 14. Dezember 2004, letzte Eintragung am 25. September 2020 Stammkapital 25.000 € Gesellschafter Klinikum Mittelbaden gGmbH 49 % Geschäftsführung Dr. Ewald Glaser
-----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Klinikum Mittelbaden  
Service GmbH

Gesellschaftsvertrag vom 23. Dezember 2004, zuletzt geändert durch Beschluss vom 13. Dezember 2021  
Eintrag ins Handelsregister 14. März 2005, letzte Eintragung am 20. Dezember 2021  
Stammkapital 25.000 €  
Gesellschafter Klinikum Mittelbaden gGmbH 100 %  
Geschäftsführer Daniel Herke

Klinikum Mittelbaden  
Catering GmbH

Gesellschaftsvertrag vom 28. Juli 2008, zuletzt geändert durch Beschluss vom 13. Dezember 2021  
Eintrag ins Handelsregister 25. August 2008, letzte Eintragung am 17. Dezember 2021  
Stammkapital 25.000 €  
Gesellschafter Klinikum Mittelbaden gGmbH 100 %  
Geschäftsführer Daniel Herke

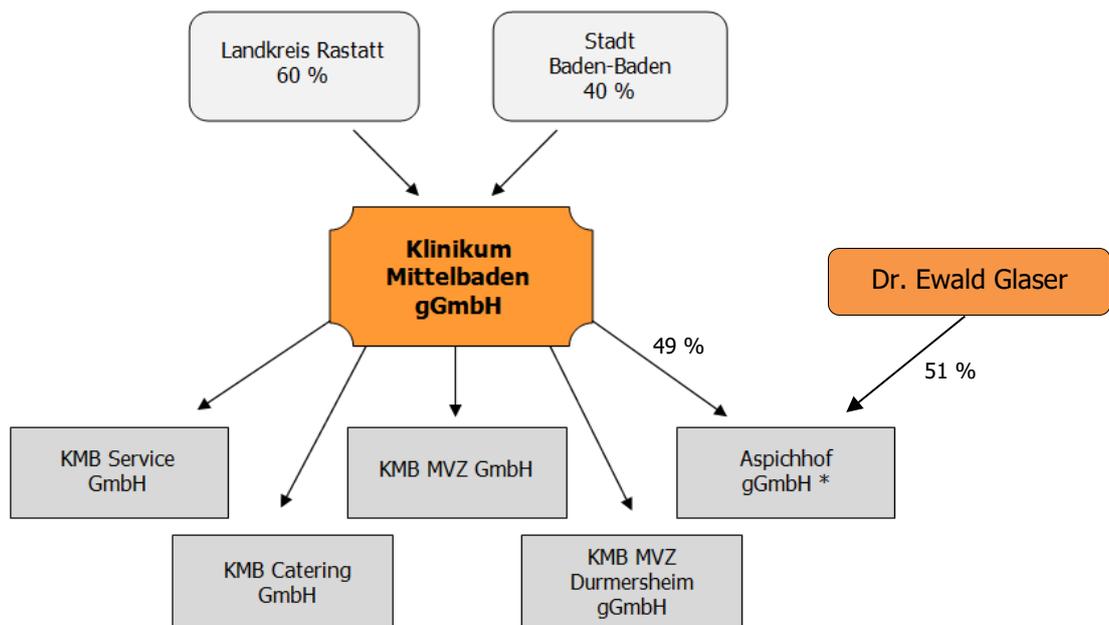
Klinikum Mittelbaden MVZ  
GmbH

Gesellschaftsvertrag vom 1. Dezember 2008, zuletzt geändert durch Beschluss vom 13. Dezember 2021  
Eintrag ins Handelsregister 11. Februar 2009, letzte Eintragung am 21. Dezember 2021  
Stammkapital 25.000 €  
Gesellschafter Klinikum Mittelbaden gGmbH 100 %  
Geschäftsführer PD Dr. Thomas Iber

Klinikum Mittelbaden  
MVZ Durmersheim gGmbH

Gesellschaftsvertrag vom 24. Oktober 2013, zuletzt geändert durch Beschluss vom 13. Dezember 2021  
Eintrag ins Handelsregister 26. November 2013, letzte Eintragung am 20. Dezember 2021  
Stammkapital 25.000 €  
Gesellschafter Klinikum Mittelbaden gGmbH 100 %  
Geschäftsführer PD Dr. Thomas Iber

### **Beteiligungsstruktur Klinikum Mittelbaden gGmbH**



\*gemäß KT-Beschluss vom 26. Juli 2016 beträgt die Beteiligung an der Aspichhof gGmbH 49 %.

**Organe**

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr waren:

<b>Aufsichtsratsvorsitzende(r)</b>	
Herr LR Toni Huber (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bis 30. Mai 2021) Herr LR Dr. Christian Dusch (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ab 1. Dezember 2021)	Frau OB Margret Mergen (Aufsichtsratsvorsitzende)
<b>Kreisräte/Kreisrätinnen des Landkreises Rastatt:</b>	<b>Stadträte/Stadträtinnen der Stadt Baden-Baden:</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dr. Jörg Peter (ab 31. Mai 2021 bis 30. November 2021 ständiger allg. Vertreter des Landrats)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Heinz Gehri</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verena Bäuerle</li> <li>• Manuel Hummel</li> <li>• Walter Jüngling</li> <li>• Andreas Merkel</li> <li>• Karsten Mußler (bis 14.12.2021)</li> <li>• Arne Pfirrmann (ab 15.12.2021)</li> <li>• Hans Jürgen Pütsch</li> <li>• Hubert Schnurr</li> <li>• Simone Walker</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sabine Iding-Dihlmann</li> <li>• Dr. Ingrid Kath</li> <li>• Prof. Dr. Heinrich Liesen</li> <li>• Barbara Nießen</li> <li>• Werner Schmoll</li> </ul>
<b>Für die Arbeitnehmer der Gesellschaft:</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gerhard Klug</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jutta Trefzger</li> </ul>

Die Fachbediensteten für das Finanzwesen des Landkreises Rastatt und des Stadtkreises Baden-Baden nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrats mit beratender Stimme teil.

Sprecher und kaufmännischer Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Daniel Herke. Herr PD. Dr. Thomas Iber zeichnet sich als medizinischer Geschäftsführer verantwortlich. Alle Geschäftsführer sind einzelvertretungsberechtigt.

**Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates**

Die Gesamtbezüge (Gesamtaufwendungen) der Mitglieder der Geschäftsführung betragen im Jahr 2021 332.000 €.

Die Gesamtbezüge früherer Geschäftsführer betragen insgesamt 174.000 €.

Der Aufsichtsrat erhielt eine Aufwandsentschädigung (Sitzungsgelder) von insgesamt 17.000 €.

**Personalentwicklung KMB (ohne Tochtergesellschaften)**

	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
Vollzeitkräfte	1.303	<b>1.258</b>	1.283
Teilzeitkräfte	1.370	<b>1.410</b>	1.413
Auszubildende	193	<b>210</b>	201
Aushilfen	26	<b>11</b>	7
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>2.892</b>	<b>2.889</b>	<b>2.904</b>

### **Personalentwicklung Tochtergesellschaften**

	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
Vollzeitkräfte	159	163	169
Teilzeitkräfte	462	449	437
Auszubildende	2	0	5
Aushilfen	18	14	19
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>641</b>	<b>626</b>	<b>630</b>

### **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Klinikum Mittelbaden gGmbH versorgt die Bevölkerung mit medizinischen und pflegerischen Leistungen bedarfsgerecht, zweckmäßig und nach dem Stand des medizinischen Fortschritts. Die erbrachten Leistungen stimmen mit dem Unternehmensgegenstand nach dem Gesellschaftsvertrag überein. Mit Kreistagsbeschluss vom 26. Juli 2016 wurde die Klinikum Mittelbaden gGmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut.

Das medizinische und pflegerische Leistungsangebot der Klinikum Mittelbaden gGmbH wurde im Berichtszeitraum an folgenden Standorten ausgeübt:

- KMB Baden-Baden Bühl (Akutkrankenhaus) mit den Kliniken Balg, und dem Standort Bühl
- KMB Rastatt-Forbach (Akutkrankenhaus) mit der Klinik Rastatt
- KMB Kurzzeitpflege Forbach
- KMB Hub (stationäre Pflege, Kurzzeitpflege und Behindertenbetreuung)
- KMB Lichtental Theresienheim (stationäre Pflege und Kurzzeitpflege)
- KMB Lichtental Schafberg (stationäre Pflege, Kurzzeitpflege)
- KMB Erich-Burger-Heim in Bühl (stationäre Pflege, Tages- und Kurzzeitpflege)
- KMB Haus Fichtental in Kuppenheim (stationäre Pflege und Kurzzeitpflege)
- KMB Martha-Jäger-Haus in Rastatt (stationäre Pflege und Kurzzeitpflege)
- Ambulanter Pflegedienst mit Sitz in Ottersweier
- Hospiz Kafarnaum in Ebersteinburg

### **Grundzüge des Geschäftsverlaufs**

An zwölf Standorten mit 890 Planbetten in den Akutkliniken und 623 Plätzen für vollstationäre Pflege und integrierter Kurzzeitpflege, 16 Tagespflegeplätzen und 30 Kurzzeitpflegeplätze in den Pflegeeinrichtungen sowie 94 Plätzen für Menschen in der Eingliederungshilfe, 12 Hospizplätzen und einem betreuten Wohnangebot betreuen jahresdurchschnittlich 2.890 Mitarbeitenden rund 32.600 Patientinnen und Patienten sowie rund 1.000 Pflegegäste jährlich.

Das Geschäftsjahr 2021 war für die Klinikum Mittelbaden gGmbH geprägt von:

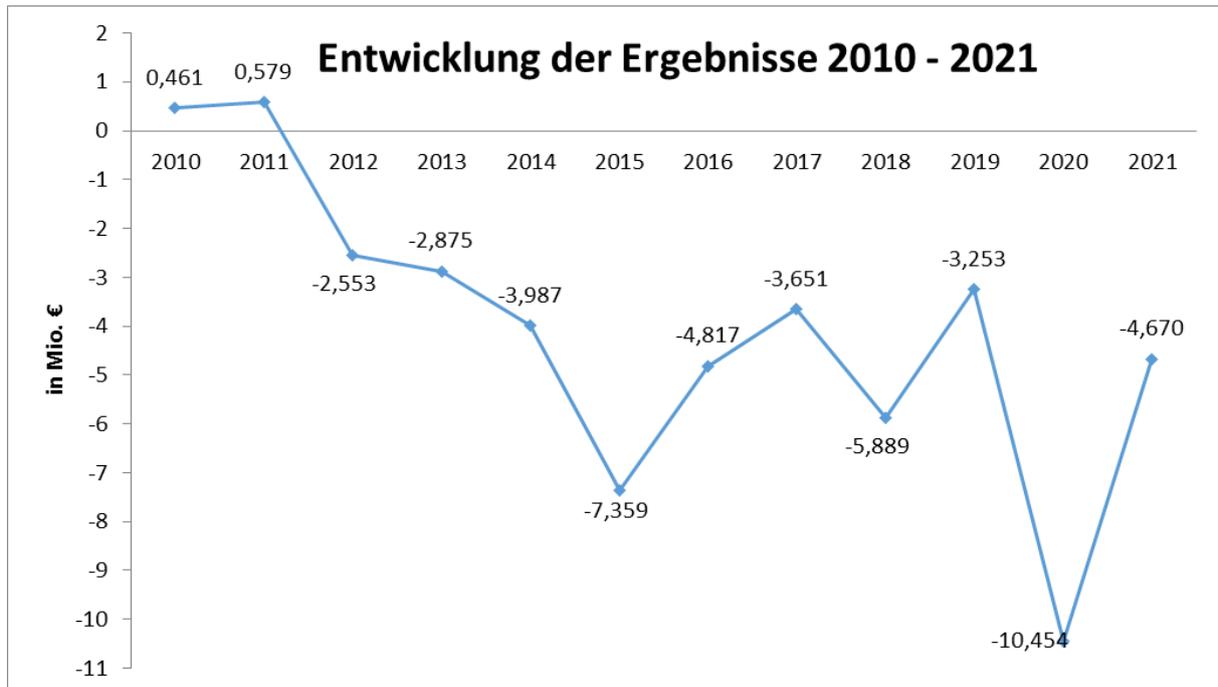
- Anpassung an die wechselnden Corona-Bedingungen und deren Kompensationsfinanzierung
- der Umsetzung der Landesheimbauverordnung Baden-Württemberg für unsere Pflegeeinrichtungen
- strukturelle Änderungen in den Akutkliniken aufgrund der Corona-Pandemie (zeitweise Verlagerung der stationären und ambulanten Onkologie vom KMB Baden-Baden in das KMB Bühl, Erweiterung der Intensivkapazitäten u. a.)
- Bezug des neuen Mutter-Kind-Zentrums mit fünf neuen Kreißsälen
- Durchführung von Brandschutzmaßnahmen auf Stationen

Die Klinikum Mittelbaden gGmbH weist zum 31. Dezember 2021 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 16,7 Mio. € aus, exklusive Liquiditätsunterstützung durch die Gesellschafter.

**Lage des Unternehmens**

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
Aktiva		2021	Passiva		2021
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>108.988.344,71 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>27.349.271,84 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.166.558,45 €	<b>B</b>	<b>SoPo aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens</b>	<b>54.598.914,47 €</b>
	II. Sachanlagen	107.487.486,27 €	<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>21.267.298,48 €</b>
	III. Finanzanlagen	334.299,99 €	<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>61.593.435,04 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>47.509.766,01 €</b>	<b>E</b>	<b>Ausgleichsposten aus Darlehensförderung</b>	<b>10.257,43 €</b>
	I. Vorräte	8.206.359,94 €	<b>F</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>125.165,96 €</b>
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	37.442.790,20 €			
	III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.860.615,87 €			
<b>C</b>	<b>Ausgleichsposten nach dem KHG</b>	<b>7.413.505,55 €</b>			
<b>D</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.032.726,95 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>164.944.343,22 €</b>		<b>Summe</b>	<b>164.944.343,22 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
OZ		<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
1	Erlöse aus allgemeinen Krankenhaus-/ Pflegeleistungen	182.997.987,51 €	200.259.306,11 €	197.668.216,09 €
2	Erlöse aus Wahlleistungen	7.826.210,24 €	6.789.035,06 €	5.613.079,27 €
3	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	4.034.785,42 €	3.619.987,10 €	5.831.816,71 €
4	Nutzungsentgelte der Ärzte	2.629.053,59 €	2.459.754,57 €	600.657,29 €
4a	Umsatzerlöse nach § 277 HGB, soweit nicht in den Nr. 1-4 enthalten	20.524.702,30 €	21.266.132,16 €	26.907.980,11 €
5	Erhöhung/Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	501.222,96 €	-554.158,66 €	117.233,15 €
6	andere aktivierten Leistungen	294.337,15 €	211.907,26 €	322.398,44 €
7	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	5.311.930,13 €	541.737,77 €	419.521,86 €
8	sonstige betriebliche Erträge	8.955.342,02 €	5.459.852,45 €	6.712.441,32 €
9	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	117.533.732,48 €	126.726.952,15 €	125.292.647,33 €
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	29.256.839,48 €	30.769.943,62 €	31.876.926,15 €
10	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	32.548.643,76 €	33.567.451,08 €	37.523.332,21 €
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.016.580,99 €	28.127.366,50 €	25.332.508,87 €
11	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	3.284.168,30 €	3.553.212,84 €	3.391.922,35 €
12	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten u. für Eigenmittelförderung	7.361,37 €	7.361,38 €	7.361,37 €
13	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	6.751.730,94 €	6.989.762,02 €	6.571.308,31 €
14	Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	23.827,11 €	23.816,72 €	1.139,72 €
15	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.622.143,90 €	3.248.860,26 €	2.657.738,65 €
16	Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	869.062,09 €	869.579,76 €	856.915,71 €
17	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	10.697.232,14 €	10.999.504,68 €	10.927.160,86 €
18	sonstige betriebliche Aufwendungen	25.720.342,75 €	25.321.460,86 €	23.610.991,46 €
19	Erträge aus Beteiligungen	46,39 €	0,00 €	34,98 €
20	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	104.202,01 €	86.382,55 €	80.193,42 €
21	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.119.722,70 €	1.083.688,27 €	915.934,21 €
22	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.137.392,25 €	-10.000.717,85 €	-4.748.851,06 €
23	Steuern	115.867,23 €	453.242,82 €	78.816,93 €
<b>24</b>	<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	<b>-3.253.259,48 €</b>	<b>-10.453.960,67 €</b>	<b>-4.670.034,13 €</b>
25	Verlustvortrag	-15.164.884,75 €	-18.418.144,23 €	-28.872.104,90 €
26	Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00 €	0,00 €	10.453.960,67 €
27	Bilanzverlust (-) / Bilanzgewinn (+) des Geschäftsjahres	-18.418.144,23 €	-28.872.104,90 €	-23.088.178,36 €



Die nachfolgende Übersicht stellt die finanzielle Unterstützung (Schuldendienst, Kapitalerhöhung und Investitionszuschüsse) des Landkreises Rastatt an die Klinikum Mittelbaden gGmbH ab 2012 dar:

	Schuldendienst	Investitionszuschuss	Verlustausgleich	Kapitalerhöhung	Gesamt
<b>2012</b>	563.792 €	500.000 €	0 €	0 €	<b>1.063.792 €</b>
<b>2013</b>	543.611,55 € 5.451.997,84 €*	500.000 €	0 €	0 €	<b>6.495.609,39 €</b>
<b>2014</b>	0 €	800.000 €	0 €	0 €	<b>800.000 €</b>
<b>2015</b>	0 €	0 €	0 €	0 €	<b>0 €</b>
<b>2016</b>	0 €	0 €	0 €	1.725.000 €	<b>1.725.000 €</b>
<b>2017</b>	0 €	0 €	0 €	1.725.000 €	<b>1.725.000 €</b>
<b>2018</b>	0 €	2.000.000 €	0 €	0 €	<b>2.000.000 €</b>
<b>2019</b>	0 €	2.000.000 €	0 €	0 €	<b>2.000.000 €</b>
<b>2020</b>	0 €	2.400.000 €	3.036.214,89 €	0 €	<b>5.436.214,89 €</b>
<b>2021</b>	0 €	0 €	6.272.376,40 €	10.950.000 €	<b>17.222.376,40 €</b>

\* Übernahme Schuldenstände KKH Bühl, Forbach, Rastatt

Im Jahr 2013 erfolgte die Übernahme der Schuldenstände vom Kreiskrankenhaus Bühl, Forbach und Rastatt von 5.451.997,84 € (bisher hatte der Landkreis schon Zins und Tilgung bezahlt).

Gemäß dem Kreistagsbeschluss vom 1. März 2011 erhielt die Klinikum Mittelbaden gGmbH für die Baumaßnahme „Zentrale Aufnahmestation“ am Kreiskrankenhaus Rastatt insgesamt einen Investitionskostenzuschuss des Landkreises Rastatt von 1,8 Mio. €, der wie abgebildet in Raten in den Jahren 2012 bis 2014 erfolgte.

Die Stammkapitalerhöhung in den Jahren 2016 und 2017 wurde in 2 Tranchen von jeweils 1.725.000 € vollzogen. Im Rahmen der Stammkapitalerhöhung für die KMB gGmbH wurde das sog. „Hub-Darlehen“ mit einer Restschuld von 0,76 Mio. € übernommen und getilgt sowie die Verrechnung mit bereits gewährten Liquiditätskrediten des Landkreises Rastatt vorgenommen.

Entsprechend dem Beschluss des Ausschusses für Verwaltung und Finanzen vom 5. Dezember 2017 wurden in den Jahren 2018 und 2019 jeweils 2 Mio. € als Investitionszuschuss an die KMB gGmbH

ausbezahlt. Im Jahr 2020 wurden weitere 2,4 Mio. € in dieser Form für Brandschutz- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie ein Verlustausgleich von rund 3,0 Mio. € geleistet.

Im Jahr 2021 wurde ein Verlustausgleich von rund 6,3 Mio. € geleistet. Darüber hinaus nahmen die Gesellschafter des KMB im Jahr 2021 eine Stammkapitalerhöhung durch Umwandlung der bisher in Vorjahren geleisteten Betriebsmittelkredite vor. Auf den Landkreis Rastatt entfiel gemäß seiner Beteiligungsquote von 60 % ein Anteil an der Stammkapitalzuführung von 10,95 Mio. €, wovon 10,3 Mio. € bereits als Betriebsmittelkredite in den Vorjahren geleistet und dann umgewandelt wurden. Die Liquidität des Landkreises wurde damit lediglich mit rund 0,65 Mio. € belastet.

### Bürgschaften durch den Landkreis Rastatt:

Im Geschäftsjahr 2018 übernahm der Landkreis Rastatt eine Bürgschaft für eine Darlehensaufnahme der Klinikum Mittelbaden gGmbH von insgesamt 2,4 Mio. € gegenüber dem Badischen Gemeindeversicherungs-Verband sowie 4,8 Mio. € gegenüber der BGV Versicherungs AG. Die Übernahme der Ausfallbürgschaft erfolgte entsprechend den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Anteilen (60 % Landkreis Rastatt und 40 % Stadt Baden-Baden). Die Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde wurde mit Schreiben vom 27. März 2018 erteilt. Durch den Betrauungsakt vom 26. Juli 2016 ist die Abgabe von Bürgschaftserklärungen für die Aufnahme von Betriebsmittelkrediten und Bankdarlehen beihilfenrechtlich gerechtfertigt.

<b>Kennzahlen zur wirtschaftlichen Lage</b>				
	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>%-Veränderung</b>
Rohrertrag	174.510.347 €	178.358.736 €	181.337.503 €	1,67 %
Rohrertrag pro Mitarbeiter	60.342 €	61.737 €	62.444 €	1,14 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag pro Mitarbeiter	-1.125 €	-3.619 €	-1.608 €	-55,56 %
Gesamtkapitalrendite	-1,15 %	-5,60 %	-2,32 %	-58,53 %
Umsatzrendite	-1,40 %	-4,26 %	-2,00 %	-53,09 %
Umsatzerlös pro Bett/Heimplatz	131.218 €	139.390 €	142.546 €	2,26 %
Eigenkapital	13.769.306 €	3.315.345 €	27.349.272 €	724,93 %
wirtschaftliches Eigenkapital	71.035.730 €	57.660.331 €	81.948.186 €	42,12 %
Eigenkapitalquote 1 (bilanzielles EK)	7,82 %	2,08 %	16,58 %	695,95 %
Eigenkapitalquote 2 (wirtschaftliches EK)	40,35 %	36,23 %	49,68 %	37,13 %
Eigenkapitalrendite 1 (bilanzielles EK)	-22,79 %	-301,65 %	-17,36 %	-94,24 %
Eigenkapitalrendite 2 (wirtschaftliches EK)	-4,42 %	-17,34 %	-5,79 %	-66,59 %
Fremdkapitalquote	53,51 %	53,61 %	37,34 %	-30,34 %
Personalaufwandsquote	65,50 %	67,14 %	66,18 %	-1,42 %
Materialaufwandsquote	26,13 %	26,30 %	26,47 %	0,64 %
Anlagenintensität	62,54 %	68,28 %	66,08 %	-3,23 %
Umlaufintensität	32,24 %	26,32 %	28,80 %	9,42 %
Vorratsintensität	4,29 %	4,80 %	4,98 %	3,56 %
Forderungsintensität	24,87 %	18,60 %	22,70 %	22,03 %
Lagerreichweite (in Tagen)	33,82	35,43	38,08 Tage	7,49 %
Lieferantenziel (in Tagen)	47,19	26,87	29,87 Tage	11,16 %
Anlagendeckungsgrad I (wirtschaftliches EK)	64,74 %	54,52 %	76,55 %	40,39 %
durchschn. Fremdkapitalkosten	3,71 %	4,57 %	5,48 %	19,93 %

## **Ausblick**

Für eine Erreichung der Ergebnisansätze des Wirtschaftsplanes 2022 wird es im Segment „Akut“ insbesondere auf die Entwicklung der stationären Leistungserbringung der Kliniken ankommen. Nachdem in den ersten Wochen des neuen Jahres die Leistungszahlen bedingt durch die anhaltende Corona-Pandemie noch nicht das Niveau des Referenzjahres 2019 erreichen konnten, wird erst für die zweite Jahreshälfte von einer Stabilisierung der Belegungssituation in unseren Kliniken ausgegangen. Die Pflegeeinrichtungen rangieren seit Jahresbeginn auf einem stabilen Leistungsniveau. Inwieweit die vom Gesetzgeber aus dem Rettungsschirm für die Kliniken beschlossenen Maßnahmen die dabei zu erwartenden Erlösausfälle und steigenden Mehrkosten im stationären und ambulanten Bereich ausgleichen können, wird erst die weitere Entwicklung zeigen. Bis 18. April 2022 wurden weiterhin auf die Vorhaltung freier Bettenkapazitäten Bettenfreihaltepauschalen sowie bei der Behandlung von Covid-19 erkrankten Patienten für die hieraus entstehenden Mehraufwendungen erstmals befristet bis 30. Juni 2022 ein Versorgungsaufschlag gewährt. In einem nicht quantifizierbaren Maße können sich die durch die kriegerische Auseinandersetzung in Osteuropa einhergehenden Preisexplosionen auf den Rohstoff- und Energiemärkten auf die einzelnen Planansätze der KMB auswirken. Im Hinblick auf die Erreichung der Planansätze unserer Akutkliniken wird es auch entscheidend darauf ankommen, in welcher Höhe das mit den Kostenträgern noch zu verhandelnde Pflegebudget 2021 für das Jahr 2022 fortgeschrieben werden kann. Negative Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2022 können auch durch zur Jahresmitte 2022 auslaufende Kompensationszahlungen für coronabedingte Mehrkosten entstehen.

Die Erreichung des für das Geschäftsjahr 2022 geplanten Jahresfehlbetrages von ca. 7,1 Mio. € für die Akutkliniken hängt maßgeblich von den zuvor genannten pandemiebedingten Sondereffekten ab. Die Auflösung von in Vorjahren gebildeten Rückstellungen könnte ergebnisrelevante Verbesserungen auslösen, wenn die Sachgründe der Bildung einer Konkretisierung und Klarstellung überführt werden könnten. Weitere Herausforderung wird die Umstellung des Krankenhausbetriebs nach der Pandemie werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Patienten mit Ende der Pandemie die Leistungen der Krankenhäuser gleich wieder so nachfragen wie vor der Pandemie. Begleitend wird der Konzentrationsprozess in unseren akutstationären Einrichtungen weitergeführt. Durchzuführende Brandschutzmaßnahmen auf den Stationen werden insbesondere am Krankenhausstandort Balg den klinischen Alltag vor neue Herausforderungen stellen und eine hohe Flexibilität aller Akteure einfordern. Das Bestreben des Unternehmens ist unverändert, trotz dieser den Klinikalltag einschränkenden Sanierungsmaßnahmen das Leistungsvolumen nach den Planansätzen erbringen zu können.

Die Belegung in den Pflegeeinrichtungen entwickelte sich im 1. Quartal 2022 auf einem ähnlich konstant hohen Niveau wie 2021. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Umzug des KMB Martha-Jäger-Haus am 29. März 2022 vom bisherigen Standort in der Herrenstraße 40 in Rastatt in die Kapellenstraße 21/3 in Rastatt erfolgt ist. Im Rahmen dieses Umzuges hat sich die Platzzahl von 110 auf nun 71 weiter verringert. Ergänzend zu dem stationären Angebot wird an dem neuen Standort ab Mitte 2022 eine Tagespflege mit 15 Plätzen angeboten werden.

Für das in Kuppenheim gemeinsam mit der Stiftung Friedrich Ganz geplante Neuprojekt „Junge Pflege“ mit angeschlossener solitärer Kurzzeitpflegeeinrichtung sind die Bauarbeiten aktuell noch im Zeitplan. Sofern die Auswirkungen der angespannten weltwirtschaftlichen Lage zu keinen weiteren Verzögerungen führen werden, ist mit einer Eröffnung im 1. Quartal 2023 zu rechnen.

Von einer noch stärkeren Einbindung der medizinischen Führungskräfte in die wirtschaftliche Verantwortung und einer Steigerung der Effizienz in der Leistungserbringung wird maßgeblich die Erreichung des für das Geschäftsjahr 2022 in der Klinikum Mittelbaden gGmbH geplanten Jahresergebnisses von 6,8 Mio. € abhängen.

Im März 2021 wurde das Projekt „Strategie KMB 2025“ gestartet, um den gesetzlichen Anforderungen sowie den strukturellen Änderungen durch den geplanten Klinikneubau und dem konstanten Bedarf an Prozessevaluation und Prozessoptimierung Genüge zu tun. Vision und Mission sowie Ziele zur Erreichung der „Strategie KMB 2025“ wurden für das Klinikum Mittelbaden definiert. Insgesamt wird das Projekt durch neun Programme und 22 Projekte gesteuert. Diese bedienen die Bereiche Arbeitgeberattraktivität, Medizin und Pflege, Unternehmenskultur, Infrastruktur, Finanzen, Prozessneustrukturierung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Bis 2025 sollen die Projekte umgesetzt sein.

Mit Datum vom 22. Februar 2021 und 23. Februar 2021 haben die Gesellschafter den Beschluss herbeigeführt, die bestehende dezentrale Krankenhausstruktur in ein Zentralklinikum zur nachhaltigen Sicherung des Versorgungsauftrages, der personellen Besetzung vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sowie zur Verbesserung der Ertragskraft zu überführen. Die möglichen Stärken hierfür liegen in der Versorgungssicherheit aller Einwohnenden in Mittelbaden durch eine zentrale Lage des Neubaus mit einer guten Erreichbarkeit, höheren Qualität der medizinischen Leistungserbringung durch Bündelung von Fachkompetenzen und für den Patienten ideale Abläufe und Strukturen. Die nachhaltige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit wird durch den Abbau von doppelten Vorhaltestrukturen erreicht und Synergieeffekte können ebenfalls gehoben werden. Wie bereits in den Vorjahren werden die Gesellschafter auf Grundlage des Betrauungsaktes die bis dahin strukturell bedingten Jahresverluste dauerhaft übernehmen und die Investitionstätigkeit des Unternehmens sicherstellen.

## B 2.4 Energieagentur Mittelbaden gGmbH



### Grunddaten

Unternehmensname	Energieagentur Mittelbaden gGmbH
Adresse	Im Wöhr 6, 76437 Rastatt
Tel.	07222/159080
Fax	07222/1590819
E-Mail	kontakt@energieagentur-mittelbaden.de
Homepage	www.energieagentur-mittelbaden.de

### Rechtsform

Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)

### Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft mit Sitz in Rastatt wurde am 18. Oktober 2010 gegründet. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 26. Juli 2019 geschlossen und der Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim, Abteilung B unter HRB 710594 erfolgte am 30. September 2019. Mit Beschluss vom 21. Mai 2019 hat der Kreistag der Entfristung der Energieagentur Mittelbaden gGmbH ab dem 19. Oktober 2020 zugestimmt. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer weitergeführt.

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Energieagentur Mittelbaden gGmbH ist die Durchführung von Beratungen und die Erbringung von Serviceleistungen im Landkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden zu folgenden Themen:

- Energieeinsparung und Klimaschutz
- Steigerung der Energieeffizienz
- Einsatz erneuerbarer Energien
- Reduzierung der Umweltbelastung
- Stärkung der regionalen Wirtschaft

### Beteiligungsverhältnisse

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	<b>Anteil*</b>
Landkreis Rastatt	10.000 €	38,0 %
Stadt Baden-Baden	2.500 €	9,5 %
Stadtwerke Baden-Baden	3.750 €	14,3 %
Stadtwerke Bühl	3.750 €	14,3 %
Stadtwerke Rastatt	3.750 €	14,3 %
Stadtwerke Gaggenau	1.250 €	4,8 %
Gemeindewerke Sinzheim	1.250 €	4,8 %
<b>Summe</b>	<b>26.250 €</b>	<b>100,00 %</b>

\*Durch Aufnahme der Gemeindewerke Sinzheim als Gesellschafter der Energieagentur kam es 2019 zu einer Erhöhung des Stammkapitals und zu einer Umverteilung der Gesellschaftsanteile. Da mit Gründung der Energieagentur festgelegt wurde, dass sich mindestens 50 % der Gesellschaftsanteile in

der Hand des Landkreises Rastatt und Stadtkreises Baden-Baden befinden sollen, wurde in der Gesellschafterversammlung am 12. Mai 2022 die Erhöhung derer Stammkapitalanteile auf 40 % bzw. 10 % durch Nachzahlung beschlossen.

### **Beteiligungen**

Die Energieagentur Mittelbaden gGmbH ist an keinen Unternehmen beteiligt.

### **Organe**

<b>Geschäftsführung</b>	Fabienne Körner
<b>Gesellschafterversammlung</b>	Vertreter von: Landkreis Rastatt Stadt Baden-Baden Stadtwerke Baden-Baden Stadtwerke Bühl Stadtwerke Rastatt Stadtwerke Gaggenau Gemeindewerke Sinzheim

### **Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung**

Die Geschäftsführerbezüge beliefen sich im Geschäftsjahr 2021 auf 87.000 €. Ab dem 19. Oktober 2020 wird der Geschäftsführer zusätzlich zu seinem festen Jahresgehalt eine variable Vergütung von max. 10.000 € brutto bei 100 % Zielerreichung pro Jahr erhalten.

### **Personalentwicklung**

	2019	2020	2021
Vollzeitkräfte	3	2	2
Teilzeitkräfte	3	4	5
Bundesfreiwilligendienstleistende			2
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>9</b>

Seit dem 1. April 2021 ist Frau Fabienne Körner als alleinige Geschäftsführerin tätig. Für die ersten drei Monate des Jahres 2021 war Herr Martin Appel als alleiniger Geschäftsführer tätig. Für die Monate April und Mai war Herr Appel noch für die Energieagentur beschäftigt, allerdings von allen Aufgaben freigestellt. Als Assistenz der Geschäftsleitung ist - über Personalgestellung durch den Landkreis Rastatt - Frau Sabine Meisch mit 19,5 Stunden pro Woche eingesetzt.

Es bestehen Rahmenverträge mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg über die Erstberatung, die mit freien Mitarbeitern abgewickelt werden.

Herr Kevin Schad ist mit 32 Stunden pro Woche als Projektingenieur mit Schwerpunkt Energieeffizienz sowie als PV-Berater und VZ-Berater tätig. Herr Simon Friedmann ist als Klimaschutzmanager vom Landkreis Rastatt seit dem 1. Juli 2020 in Vollzeit an die Energieagentur abgestellt. Die Personalkosten werden vom Landkreis Rastatt übernommen.

### **Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF)**

Bei der anteiligen Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF) ist seit 1. Januar 2021 eine Effizienz-Moderatorin mit 32 Stunden pro Woche tätig. Zudem ist seit dem 1. Januar 2021 die Assistenz der Kompetenzstelle für Energieeffizienz (KEFF) mit 12 Stunden pro Woche eingesetzt.

### **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der offizielle Start der Energieagentur war am 3. Januar 2011. Sie bietet kostenfrei eine neutrale und persönliche Erstberatung zu Energiethemen an. Außerdem werden folgende Leistungen angeboten:

- Analyse der persönlichen Situation und Einschätzung des Energieverbrauchs
- Beratung zu technischen Möglichkeiten hinsichtlich Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbarer Energien auch unter Berücksichtigung relevanter Gesetze, Verordnungen und Fördermöglichkeiten
- Information über das weitere Vorgehen
- Vermittlung kompetenter Ansprechpartner
- Informationsbroschüren

### **Grundzüge des Geschäftsverlaufs**

Die Gesellschafterversammlung definierte vier Geschäftsfelder:

- 1) Erstberatung und Information
- 2) Netzwerkarbeit und gemeinsame Aktionen
- 3) Kommunales Energiemanagement/Sensibilisierung an Schulen
- 4) Energiekonzepte und Energieausweise

Die Zahl der kostenfreien Erstberatungen in Kooperation mit der Verbraucherzentrale konnte in 2021 nochmals deutlich gesteigert werden. Die Gründe hierfür liegen in den sich verschärfenden gesetzlichen Auflagen (insbesondere in Baden-Württemberg) sowie den gleichermaßen steigenden finanziellen Fördermöglichkeiten für Privatpersonen und damit einhergehender Beratungsbedarf. Mittels neu erstelltem Leitfadens fand eine Optimierung der eingehenden Erstanrufe statt, so können einzelne Anfragen im direkten Gespräch auch per Telefon oder Email beantwortet werden. Die telefonische Erreichbarkeit der Agentur wurde von 4 auf 5 Wochentage erweitert.

An einer Veröffentlichung von Energie-Tipps in den Amtsblättern wurde weiterhin festgehalten. Ebenso erfolgte eine enge Kooperation mit den lokalen Energieversorgern und deren Marketingkanälen (z. B. Bonusheft der Klimaschutzinitiative Baden-Baden).

Ein Schwerpunkt im Jahr 2021 war eine Erweiterung der digitalen Präsenz in den Sozialen Medien. Neben dem Aufbau eines Instagram-Accounts konnte auch das Angebot auf Facebook ausgebaut werden. Ein weiterer wichtiger Bestandteil bleibt das umfassende Angebot der Homepage sowie die Informationsverbreitung über diverse Emailverteiler.

Das Kursangebot der EAMB im Bereich Erwachsenenbildung, in Verbindung mit den Volkshochschulen in der Region wurde trotz Corona aufrechterhalten und auf Online-Formate umgestellt. Die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Vorträge und Veranstaltungen konnten größtenteils auf Online-Formate umgestellt und somit durchgeführt werden. Im Juni 2021 konnte der erste digitale Energietisch gemeinsam mit der Wirtschaftsregion Mittelbaden realisiert werden. Die Messe musste coronabedingt auch in 2021 entfallen, da eine digitale Realisierung zu kostenintensiv gewesen wäre.

Das kommunale Energiemanagement bezeichnet die verschiedenen Tätigkeiten und Initiativen, um den Energieverbrauch in kommunalen Gebäuden und innerhalb einer Kommune zu senken und durch regionale und dezentrale Erzeugung, insbesondere durch erneuerbare Energie, sicherzustellen.

Das pausierte Projekt Kommunales Energiemanagement (KEM) in Baden-Baden konnte in 2021 fortgesetzt werden. Im Projekt KEM Durmersheim wurden Beratungstage für die Verwaltung durchgeführt. Die angedachten Hausmeisterschulungen wurden coronabedingt auf 2022 verschoben.

Außerplanmäßige Umsätze konnten im Bereich der Energiedatenerfassung nach Klimaschutzgesetz §7b sowie für die Ausstellung von Energieausweisen im kommunalen Bereich erzielt werden.

Die 50/50-Projekte mit dem Landkreis Rastatt und der Kommune Iffezheim wurden coronabedingt auf 2022 verschoben, da in 2021 noch kein durchgehender Unterricht und damit Nutzung der Gebäude stattfinden konnte.

Auch außerhalb des Wirtschaftsplans wurde die Erstellung und Begleitung von Förderrichtlinien für die Stadt Baden-Baden angestoßen. Dieses Projekt wird auch in 2022 fortgeführt.

Die geplante Informationsvermittlung für Mandatsträger und Multiplikatoren konnten in Verbindung mit dem Antrittsbesuch der neuen Geschäftsführerin der Energieagentur Mittelbaden erfolgreich durchgeführt werden. Allerdings werden die Fördermittel des Landes Baden-Württemberg hierfür erst im Jahr 2022 ausgezahlt.

Durch die Etablierung des Klimaschutzmanagers im Landkreis Rastatt und seine Ansiedlung in der EAMB konnte im Jahr 2021 erfolgreich ein Konzept mit dem Schwerpunkt klimafreundliche Wärme und Kältenutzung erstellt werden. Der zu finanzierende Anteil der Personalkosten wurde vom Antragsteller, dem Landkreis Rastatt, erbracht. Das Konzept soll in 2022 in die Umsetzung gehen und den Landkreis bei seiner langfristigen Ausrichtung im Bereich Klimaschutz unterstützen.

Im Photovoltaik-Netzwerk-Projekt konnten neben einer Vielzahl von Beratungsgesprächen auch mehrere Aktionswochen (z. B. mit der RegioEnergie und der Stadt Rastatt) erfolgreich durchgeführt werden. Durch innovative digitale Konzepte (Webinare, Hybridveranstaltungen, Expertenrunden) konnte die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich weiter gesteigert werden. Des Weiteren wurden eigene Beratungstermine nur für den Bereich Photovoltaik eingerichtet. Die Fördermittel wurden wie geplant in 2021 abgerufen und ausgezahlt. Die erste Förderphase des Projektes ist zum Jahresende 2021 ausgelaufen. Ein Förderbescheid für ein Projektanschlussvorhaben konnte erfolgreich gestellt werden.

Im Bereich kommunaler Klimaschutz wurden zwei Fokusberatungen für die Kommunen Ottersweier und Sinzheim begonnen. Im Rahmen der Fokusberatung findet eine detaillierte Analyse und Beteiligung für Klimaschutzmaßnahmen innerhalb der Kommune statt. Beide Projekte werden über Bundesmittel des Umweltministeriums gefördert und laufen Haushaltsjahrübergreifend. Demnach findet eine Mittelauszahlung erst in 2022 und 2023 statt.

Neu in das Aufgabenportfolio der Energieagentur aufgenommen wurde auch der Bereich der Quartiersprojekte für Kommunen. Quartierskonzepte ermöglichen eine detaillierte Betrachtung im Bereich Wärme, Energie, Mobilität und Klimaanpassung für definierte Teilbereiche einer Kommune. Sie gliedern sich in die Konzepterstellung und das Sanierungsmanagement. Schwerpunkt liegt meist in der Etablierung einer Nahwärmeversorgung auf Quartiersebene. In Ottersweier wurde mit der Konzepterstellung für ein Quartier in Mitte in 2021 begonnen. Die Energieagentur hat hier die Projektleitung und -steuerung. In Rastatt Mitte befindet sich das Quartiersprojekt bereits in der Sanierungsmanagement-Phase. Hier ist die Energieagentur Unterauftragnehmer. Beide Teilbereiche werden aus Bundesmitteln über die KfW-Bank gefördert und laufen über mehrere Jahre. Diese Projekte werden einen wichtigen Beitrag zur Grundfinanzierung der Energieagentur in den nächsten Jahren leisten.

Die in den Schulen geplanten Projekte wie Stand-by oder Sensibilisierung auf Müllvermeidung konnten erfolgreich durchgeführt werden. Im Schuljahr 2020/2021 war dies hauptsächlich über Online-Einheiten zu realisieren. Im ersten Halbjahr des Schuljahres 2021/2022 waren auch wieder Einheiten in Präsenz möglich. Das Förderkontingent des Landes Baden-Württemberg wurde für jeden Kreis (Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden) um 25 % erhöht. Dadurch wurde einer verstärkten Nachfrage aus dem Bildungssektor stattgegeben, welche die Energieagentur Mittelbaden gut abdecken kann.

Die regionale Kompetenzstelle für Energieeffizienz in Unternehmen (KEFF) wurde auch in 2021 erfolgreich weitergeführt. Durch die Einstellung von zwei neuen Mitarbeiterinnen (Moderatorin und Assistentin) konnte eine kontinuierliche Beratung von Unternehmen, u. a. aus dem Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, sichergestellt werden. Umrahmt werden die individuellen Beratungstermine von stetigem Informationsangebot in Form von Vorträgen, Energietischen, Newslettern o. Ä. Das Projekt läuft im Februar 2023 aus. Ein Förderantrag für eine Anschlussfinanzierung über KEFF+ (Energie- und Ressourceneffizienz in Unternehmen) konnte gestellt werden. Die neue Förderperiode beginnt im September 2022 und überlappt sich mit dem Erstvorhaben um 6 Monate. Es handelt sich bei KEFF um eine Förderung über EFRE (EU-Mittel) mit einer Co-Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg.

Die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Einführung eines Klimafonds im Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden und dessen Ansiedlung bei der Energieagentur wurden im Jahr 2021 geschaffen. Der Klimafonds Mittelbaden soll Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen die Möglichkeit zur Kompensation von Emissionen im Rahmen eines gemeinnützigen Fonds geben. Gleicher-

maßen sollen emissionsbindende Projekte über den Fonds finanziert werden. Als erster Kompensator für den Fonds konnte der Landkreis Rastatt gewonnen werden. Ein vom Kreistag eingesetzter Fachbeirat, welcher unter Leitung der Energieagentur berät, entscheidet über die Verwendung der Mittel. Die organisatorische und fachliche Betreuung wird von der Energieagentur übernommen.

### Lage des Unternehmens

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
	Aktiva		Passiva		
		2021		2021	
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>49.560,00 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	97.077,53 €
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.189,00 €	<b>B</b>	<b>Rückstellungen</b>	18.339,41 €
	II. Sachanlagen	48.371,00 €	<b>C</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	90.714,35 €
	III. Finanzanlagen	0,00 €	<b>D</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,00 €
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>156.347,06 €</b>			
	I. Vorräte	0,00 €			
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.947,92 €			
	III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	130.399,14 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>224,23 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>206.131,29 €</b>		<b>Summe</b>	<b>206.131,29 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
OZ		2019	2020	2021
1	Umsatzerlöse	234.990,02 €	131.478,42 €	211.465,90 €
2	Erhöhung/Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4.907,56 €	-4.907,56 €	0,00 €
3	sonst. betriebliche Erträge	131.138,63 €	131.957,71 €	269.078,79 €
4	Materialaufwand	47.944,42 €	19.798,30 €	25.438,79 €
5	Personalaufwand	197.681,00 €	175.819,38 €	277.393,26 €
6	Abschreibungen	4.149,05 €	15.276,99 €	18.829,64 €
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	102.820,51 €	128.725,82 €	129.959,58 €
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	17,50 €	508,45 €
<b>9</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>18.441,23 €</b>	<b>-81.109,42</b>	<b>28.414,97 €</b>
<b>10</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>18.441,23 €</b>	<b>-81.109,42</b>	<b>28.414,97 €</b>

### Kapitalzuführungen/-entnahmen, Gesellschafterzuschüsse und Bürgschaften des Landkreises Rastatt

Gemäß der Zusatzvereinbarung zum Gesellschaftsvertrag leistete der Landkreis Rastatt 2021 einen anteiligen Kostenbeitrag von 50.160 €.

**Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

<b>Kennzahlen zur wirtschaftlichen Lage</b>				
	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>%-Veränderung</b>
Rohertag	323.092 €	238.730,27 €	455.105,90 €	90,64 %
Rohertag pro Mitarbeiter	53.849 €	39.788,38 €	65.015,13 €	63,40 %
Gesamtkapitalrendite	11,03 %	-35,94 %	13,78 %	-138,36 %
Umsatzrendite	7,85 %	-61,69 %	13,44 %	-121,78 %
Eigenkapital	149.771,98 €	68.662,56 €	97.077,53 €	41,38 %
Eigenkapitalquote	89,61 %	30,42 %	47,09 %	54,80 %
Eigenkapitalrendite	12,31 %	-118,13 %	29,27 %	-124,78 %
Fremdkapitalquote	10,39 %	69,58 %	52,91 %	-23,96 %
Umsatzerlös pro Mitarbeiter	39.165 €	21.913,07 €	30.209,41 €	37,86 %
Personalaufwandsquote	84,12 %	133,72 %	131,18 %	-1,91 %
Materialaufwandsquote	20,40 %	15,06 %	12,03 %	-20,11 %
Anlagenintensität	5,98 %	28,66 %	24,04 %	-16,10 %
Umlaufintensität	93,83 %	71,26 %	75,85 %	6,44 %
Vorratsintensität	2,94 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Forderungsintensität	40,21 %	25,83 %	12,59 %	-51,27 %
Umschlagsdauer (in Jahren)	0,71	1,72	0,97	-43,22 %
Forderungsreichweite (in Tagen)	104,21	144,95	32,82	-77,36 %
Lieferantenziel (in Tagen)	21,72	1.191,89	253,85	-78,70 %

**Ausblick**

Das Angebot im Bereich der Beratungen in Kooperation mit der Verbraucherzentrale soll weiterhin aufrechterhalten und optimiert werden. Insbesondere die Beratungen im Zusammenhang mit der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben und Fördermöglichkeiten im Bereich PV und Wärme soll ausgedehnt werden. Auch der Beratungsbedarf im Bereich Sanierungen wird weiter steigern und muss ausgebaut werden.

Die öffentliche Wahrnehmung der Energieagentur soll erweitert und die Zusammenarbeit mit dem Energieberater Netzwerk und dem Fachberat intensiviert werden. Als zusätzliche Marketingaktivität soll der Bereich Homepage und die Sozialen Medien weiter ausgebaut und personell verstärkt werden. Im Rahmen der Weiterentwicklung soll die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsregion Mittelbaden ausgebaut und gemeinsame Projekte durchgeführt werden.

Die Schulprojekte wie Fifty-Fifty und Standby sollen ebenfalls flächendeckend angeboten werden. Durch die Projekte erhalten die Schüler bereits in jungen Jahren Erkenntnisse über das Konsumverhalten und regionale Wertschöpfungsketten im Kontext zu Energiebedarfen und Rohstoffen, welche sie in ihrem zukünftigen Lebensweg gemeinorientiert und klimaschonend einsetzen können.

Eine langfristige Etablierung des Klimaschutzmanagers im Landkreis Rastatt und seine Ansiedlung in der EAMB sollen forciert werden. Nach Fertigstellung des Konzeptes soll in 2022 die Umsetzung angestrebt werden. Hierfür ist zunächst die Beantragung einer Anschlussförderung notwendig. Dabei sollen nach Möglichkeit alle Kommunen mit eingebunden werden.

Ein Schwerpunkt der Energieagentur soll zukünftig im Bereich der Wärmeplanung gesetzt werden. Im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung hat das Land Baden-Württemberg 14 regionale Beratungsstellen für die kommunale Wärmeplanung über eine 90 %-ige Förderung eingerichtet. Die Energieagentur konnte sich erfolgreich für die Region Mittlerer Oberrhein bewerben und wird in 2022 mit einer neuen Projektstelle ein Netzwerk starten.

Darüber hinaus ist die Begleitung und die Umsetzung von weiteren Quartiersprojekten geplant. Als Output aus den kommunalen Wärmeplänen wird es für die Folgejahre möglich sein, sinnvolle weitere

Quartiersprojekte zu entwickeln und zu generieren. Diese Projekte leisten einen wichtigen Beitrag zur Grundfinanzierung der Energieagentur in den nächsten Jahren.

Ein weiteres wichtiges Standbein der Energieagentur und auch essentieller Bestandteil für die Erreichung der kommunalen Klimaschutz- und Energieziele stellt das Instrument der European Energy Award dar. Dieses Qualitäts- und Managementverfahren soll im Landkreis Rastatt und den beteiligten Kommunen peu à peu von der Energieagentur etabliert und betreut werden.

Weitergeführt wird auch die Begleitung von Förderrichtlinien für die Stadt Baden-Baden.

Intensiviert wird der Bereich des Kommunalen Energiemanagement für Kommunen (KEM). Hier wurden in den letzten Monaten schon verstärkt Fördermöglichkeiten von Bundes- und Landesseite geschaffen. Die Kommunen benötigen fachliche und personelle Unterstützung durch die Energieagentur. Weiterhin besteht auch Unterstützungsbedarf im Bereich der Energiedatenerfassung nach Klimaschutzgesetz § 7b sowie für die Ausstellung von Energieausweisen.

Der Klimafonds Mittelbaden soll unter Leitung der Energieagentur in 2022 starten und dann auch weiteren Gruppen (Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen) die Möglichkeit zur Kompensation bieten. Zusätzlich sollen je nach Möglichkeit auch erste Projekte finanziell unterstützt werden.

Besonders wichtig ist die langfristig strategische Ausrichtung der Energieagentur Mittelbaden auf möglichst allen Ebenen: dem Klimaschutz aber auch der Klimaanpassung. Dies muss auf Landkreisebene noch mit entsprechenden Zielen verankert werden. Zwingend notwendig ist ein regional starkes Netzwerk aus vielen Akteuren, dessen Dreh- und Angelpunkt die Energieagentur Mittelbaden sein sollte.

## B 3 Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen < 25 %

### B 3.1 Jobcenter Landkreis Rastatt



#### Grunddaten

Unternehmensname	Jobcenter Landkreis Rastatt
Adresse	Karlstraße 18, 76437 Rastatt
Tel.	07222/930-311
Fax	07222/930-204
E-Mail	Jobcenter-Landkreis-Rastatt@jobcenter-ge.de
Homepage	www.jobcenter-landkreis-rastatt.de

#### Rechtliche Grundlagen

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) wurden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zum 1. Januar 2005 zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ im Sozialgesetzbuch II (SGB II) zusammengeführt. Danach sind für die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende grundsätzlich die Bundesagentur für Arbeit und die Stadt- und Landkreise zuständig. Im Landkreis Rastatt werden nach § 6 in Verbindung mit § 44 b SGB II die Aufgaben in einer gemeinsamen Einrichtung, dem „Jobcenter Landkreis Rastatt“, wahrgenommen.

#### Gegenstand des Unternehmens

Neben leistungsrechtlichen Angelegenheiten berät, vermittelt und fördert das Jobcenter seine Kunden. Ziel ist es, durch die Aufnahme einer Beschäftigung den Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten zu können. Verschiedenste Qualifizierungen, wie Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung oder berufliche Weiterbildungen sowie Leistungen für Arbeitgeber, stehen dafür zur Verfügung. Das Jobcenter gibt auch Hilfestellung bei fehlender Kinderbetreuung oder bei besonderen persönlichen Problemen, wie Schulden oder Sucht. Dank eines umfangreichen Netzwerkes kann den Kunden vielfältige Hilfestellung angeboten werden. Rund 100 Mitarbeitende sind an den drei Standorten Rastatt, Bühl und Gaggenau vor Ort die Ansprechpartner in allen Fragen der Grundsicherung.

#### Beteiligungsverhältnisse

Das Jobcenter Landkreis Rastatt besteht seit dem 1. Mai 2005 als gemeinsame Einrichtung des Landkreises Rastatt und der Agentur für Arbeit Karlsruhe-Rastatt. Die Aufgaben des Jobcenters umfassen nach § 1 Abs. 3 SGB II die Leistungen zur Beratung, Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit und Sicherung des Lebensunterhalts.

Seit dem 1. April 2011 beträgt der kommunale Finanzierungsanteil an den gesamten Verwaltungskosten des Jobcenters Landkreis Rastatt 15,2 %.

**Organe**

Trägerversammlung	Ingo Zenkner, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Karlsruhe-Rastatt
	Michael Dick, Geschäftsführer Interner Service der Agentur für Arbeit Karlsruhe-Rastatt
	Stefan Faust, Bereichsleiter der Geschäftsstelle Rastatt der Agentur für Arbeit Karlsruhe-Rastatt
	Toni Huber, Landrat (bis 30. Mai 2021 †) Dr. Christian Dusch, Landrat (seit 1. Dezember 2021)
	Stefan Biehl, Sozialdezernent des Landkreises Rastatt
	Burkhard Jung, Kämmerer des Landkreises Rastatt
Beirat	<p>Folgende Institutionen sind hier vertreten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landkreis Rastatt (Amt für Soziales, Teilhabe und Versorgung), Vorsitz</li> <li>• Agentur für Arbeit</li> <li>• Arbeitgeberverband Südwestmetall</li> <li>• Deutscher Gewerkschaftsbund DGB Nordbaden</li> <li>• Industrie- und Handelskammer IHK Karlsruhe</li> <li>• Kreishandwerkerschaft</li> <li>• Liga der Wohlfahrtsverbände (Caritas, Diakonie)</li> </ul>

**Personalentwicklung**

	2019	2020	2021
Vollzeitkräfte	70	68	68
Teilzeitkräfte	37	38	38
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>107</b>	<b>106</b>	<b>106</b>

**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Zum Stand 12/2021 belief sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auf 3.957 mit insgesamt 8.023 Personen. Die Gesamtansprüche/Auszahlungen Arbeitslosengeld II (ALG II) und Sozialgeld sowie Kosten der Unterkunft (KdU) beliefen sich 2021 auf 54,93 Mio. €. Hiervon entfielen 33,66 Mio. € auf ALG II/Sozialgeld sowie 21,27 Mio. € auf die KdU. Das Jobcenter bearbeitete im Gesamtjahr 2021 insgesamt 6.715 Anträge (Neu- und Fortzahlungsanträge) auf Leistungen der Grundsicherung. Hiervon waren 1.634 Neuanträge und 5.081 Fortzahlungsanträge.

**Grundzüge des Geschäftsverlaufs**

Der gesamte Geschäftsbetrieb stand auch 2021 deutlich im Zeichen der Corona-Pandemie bzw. deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Im Bereich des Jobcenters Landkreis Rastatt verlief die Entwicklung des Bestandes an Arbeitslosen (bezogen auf die Jahresdurchschnittswerte) konstant. Der Bestand verringerte sich im Jahresdurchschnitt nur marginal um 0,4 % von 2.036 auf 2.027 Arbeitslose.

Insgesamt konnten 564 Langzeitleistungsbezieher und 34 schwerbehinderte Menschen wieder in den Markt integriert werden. Die Gesamtzahl an Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt konnte 2021 mit 1.508 im Vergleich zum Vorjahr (1.143) mit + 31,9 % deutlich gesteigert werden.

Der Trend steigender Zahlen an Bedarfsgemeinschaften hielt auch 2021 weiter an. Während 2020 der Jahresdurchschnittswert an Bedarfsgemeinschaften gegenüber 2019 um 4,4 % gestiegen ist, so ist dieser 2021 gegenüber 2020 erneut um 2,8 % angestiegen. Bei der Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist wie im Vorjahr erneut ein Anstieg zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt stieg dieser 2021 gegenüber 2020 um 1,9 %.

**Lage des Unternehmens**

Insgesamt stand dem Jobcenter Landkreis Rastatt 2021 ein Globalbudget von 14,6 Mio. € zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich aus der Zuteilung an Bundesmitteln sowie dem kommunalen Finanzierungsanteil zusammen.

Für Eingliederungsleistungen standen 2021 insgesamt 5,94 Mio. € zur Verfügung, während für die Deckung der Verwaltungskosten insgesamt 8,66 Mio. € veranschlagt wurden. Die vorhandenen finanziellen Mittel wurden zu 99,99 % ausgeschöpft.

## B 3.2 Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH

### Grunddaten

Unternehmensname      Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH  
 Adresse                    Victoria Boulevard A 106, 77836 Rheinmünster

### Rechtsform

Die Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH wird als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

### Rechtliche Grundlagen

Gesellschaftsvertrag vom 20. Dezember 2000 in der Fassung vom 11. Juli 2007

### Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung von Kommunen, Landkreisen und sonstigen öffentlichen Körperschaften sowie ggfs. Privaten aus der Region an der als Tochtergesellschaft der Flughafen Stuttgart GmbH gegründeten Baden-Airpark GmbH. Deren Zweck ist im Wesentlichen die Errichtung und der Betrieb des Gewerbeparks Baden-Airpark sowie des Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden (FKB) und die Übernahme der dafür erforderlichen Grundstücke und Anlagen, sowie die Einrichtung und der Betrieb bzw. die Ermöglichung von Freizeiteinrichtungen auf dem Konversionsgelände. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die Gesellschaft kann alle mit dem Geschäftszweck zusammenhängenden Geschäfte tätigen.

### Beteiligungsverhältnisse

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	<b>Anteil</b>	<b>Stimmen</b>
Stadt Karlsruhe	14.400 €	43,90 %	44
Stadt Baden-Baden	5.100 €	15,55 %	15
Landkreis Karlsruhe	4.150 €	12,65 %	13
Landkreis Rastatt	4.150 €	12,65 %	13
Gemeinde Hügelshausen	1.600 €	4,88 %	5
Gemeinde Rheinmünster	1.600 €	4,88 %	5
Stadt Bühl	1.400 €	4,27 %	4
Stadt Rheinau	400 €	1,22 %	1
<b>Summe</b>	<b>32.800 €</b>	<b>100,00 %</b>	<b>100</b>

### Organe

<u>Gesellschafterversammlung</u>	
Vorsitzender	Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister
Stellvertretung	Toni Huber, Landrat (bis 30. Mai 2021 †) Dr. Christian Dusch, Landrat (seit 1. Dezember 2021) Dr. Jörg Peter, Erster Landesbeamter (vertretungsweise)
Geschäftsführer	Dieter Au, Stadtverwaltungsdirektor
Prokurist	Burkhard Jung, Ltd. Kreisverwaltungsdirektor

### Personalentwicklung

	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>

### **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH (BTG) ist am Stammkapital der Baden-Airpark GmbH (BAG) mit einem Anteil von 34,17 % beteiligt. Der Hauptanteil mit 65,83 % wird von der Flughafen Stuttgart GmbH gehalten. Zur Fortentwicklung der Baden-Airpark GmbH haben sich die Gesellschafter der BAG und das Land Baden-Württemberg am 30. Juli 2003 in einer Rahmenvereinbarung verpflichtet, in den Jahren 2003 bis 2015 in jährlich gleichbleibenden Teilbeträgen insgesamt 114 Mio. € im Verhältnis 2/3 Flughafen Stuttgart GmbH (FSG) zu 1/3 BTG zu leisten.

Die BTG war im Jahr 2015 an den Entscheidungen der Baden-Airpark GmbH entsprechend der im Gesellschaftsvertrag verankerten Zuständigkeiten eingebunden. In der Fortführungsvereinbarung vom 22. Dezember 2015 wurde festgehalten, dass die Baden-Airpark GmbH derzeit eine weitere Zuführung zur Kapitalrücklage nicht mehr benötigt, weswegen die Beteiligungsgesellschaft keine weiteren Zahlungen mehr vornimmt. Im Jahr 2021 haben die Gesellschafter eine Betriebskostenumlage von insgesamt 28.190 € bezahlt. Der Anteil des Landkreises Rastatt betrug 3.491 €.

### **Grundzüge des Geschäftsverlaufs**

#### **Finanzen:**

Die Baden-Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH hält eine Beteiligung von 34,17 % an der Baden-Airpark GmbH mit Sitz in Rheinmünster-Söllingen. Im Jahr 2021 betrug das Betriebsergebnis der BAG vor Abschreibungen, Zinsen und sonstigen Steuern rund 1,273 Mio. € (Vorjahr: -3,364 Mio. €). Abschreibungen auf das Anlagevermögen von rund 6,8 Mio. € wurden vorgenommen. Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses von rund 99.500 € und der sonstigen Steuern von rund 79.000 € ergibt sich für die BAG ein Jahresfehlbetrag von rund -5,5 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in das Anlagevermögen von rund 1,2 Mio. € getätigt.

<b>Bilanz der BAG zum 31.12.2021</b>					
Aktiva		2021	Passiva		
			2021		
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>61.263.501,98 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>100.112.906,41 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>43.025.018,36 €</b>	<b>B</b>	<b>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	<b>1.494.781,58 €</b>
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>100.772,52 €</b>	<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>1.595.900,00 €</b>
			<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.185.704,87 €</b>
			<b>E</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
	<b>Summe</b>	<b>104.389.292,86 €</b>		<b>Summe</b>	<b>104.389.292,86 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung der BAG</b>				
<b>OZ</b>		<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
1	Umsatzerlöse	20.593.159,92 €	10.289.558,53 €	12.822.995,26 €
2	Andere akt. Eigenleistungen	100.000,00 €	52.695,00 €	0,00 €
3	sonstige betriebliche Erträge	2.558.171,92 €	2.545.946,39 €	6.745.332,86 €
4	Materialaufwand	4.410.384,38 €	3.695.158,43 €	4.372.696,86 €
5	Personalaufwand	9.461.263,04 €	7.859.172,32 €	8.677.952,08 €
6	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.570.704,04 €	7.216.712,42 €	6.804.383,78 €
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.486.125,46 €	4.697.697,67 €	5.244.239,18 €
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	114.066,10 €	113.266,06 €	99.486,72 €
<b>9</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-4.563.078,98 €</b>	<b>-10.467.274,86 €</b>	<b>-5.431.457,06 €</b>
10	Sonstige Steuern	80.639,35 €	76.643,74 €	78.855,45 €
<b>11</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>-4.643.718,33 €</b>	<b>-10.543.918,60 €</b>	<b>-5.510.312,51 €</b>

### **Verkehrsentwicklung:**

Am Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (FKB) wurden im Jahr 2021 618.687 Passagiere (Vorjahr 401.153 Passagiere) abgefertigt; davon 605.523 sogenannte gewerbliche Passagiere im Linien-, Pauschalflug-, Tramp- und Anforderungsverkehr. Damit liegt die Zahl der abgefertigten Passagiere 37,5 % über dem Planwert. Insgesamt fanden 36.894 Flugbewegungen (Vorjahr 30.441) statt. Durch Frachtflugzeuge wurden 2.013 t Luftfracht befördert (Vorjahr 1.915 t). Dies entspricht einer Planüberschreitung von 61 %. Das Geschäftsergebnis im Flughafenbereich war stark beeinflusst von den Verkehrszahlen unter der pandemischen Entwicklung.

### **Lage des Unternehmens**

Aufgrund der stetig hohen Abschreibungen der Baden-Airpark GmbH, die zu wesentlichen Teilen durch den laufenden Betrieb nicht erwirtschaftet werden können, nimmt deren Anlagevermögen jährlich ab. Dies hat Auswirkungen auf den Wert der Beteiligung der Gesellschafter, konnte bisher aber durch im Betriebsvermögen der BAG enthaltene stille Reserven aufgefangen werden.

Erstmals 2019 war aber eine rätierliche Wertberichtigung in der Bilanz der BTG von 1.912.153 € vorzunehmen. Aufgrund des pandemiebedingt höheren Jahresverlustes der Baden-Airpark GmbH und des vollständigen Verzichts auf den bisherigen Ansatz für stille Reserven musste 2020 eine weitere Abschreibung des Beteiligungswertes der BTG an der BAG von 8.420.932 € erfolgen. **Im Jahr 2021 wurde erneut eine Teilwertberichtigung von 1.882.874 € vorgenommen.** Der hierdurch entstehende Aufwand führt zu negativen Betriebsergebnissen der BTG, welche durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in gleicher Höhe neutralisiert werden. Hierdurch wird eine zahlungswirksame Belastung der Gesellschafter vermieden.

Die Gesellschafter der BTG haben analog Teilwertberichtigungen in den kommunalen Bilanzen entsprechend ihres jeweiligen Anteils an der BTG vorzunehmen, welche die Ergebnisrechnung belasten. Der Landkreis Rastatt hatte daher bereits im Jahr 2019 eine Teilwertabschreibung seines Beteiligungswertes an der BTG vorgenommen und im Jahr 2020 seine Beteiligung mit einem Restwert von 892.002 € vollständig abgeschrieben. Der Anlage gegenüber stand auch ein passiver Sonderposten mit 167.000 € aus der Übernahme der Anteile von Bühl und Iffezheim. Dieser wurde analog aufgelöst.

Aufgrund der Pandemie und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Nachteile war darüber hinaus eine Stabilisierung der finanziellen Entwicklung der BAG im Jahr 2021 notwendig. Das Land Baden-Württemberg hat der BAG als Betreiberin eines Flugplatzes auf Antrag einen einmaligen Zuschuss von 500.000 € als Billigkeitsleistung mit der Bedingung gewährt, dass auch die Gesellschafter (FSG und BTG) eine ergänzende finanzielle Unterstützungsleistung in gleicher Höhe entsprechend ihrer Gesellschafteranteile erbringen. Die FSG war dabei von der Zahlungspflicht befreit, da sie selbst zum Ausgleich von finanziellen Schäden im Zeitraum des Lockdowns im Luftverkehr eine finanzielle Unterstützung aus Bundes- oder Landesmitteln erhielt. Die BTG leistete wiederum entsprechend ihres Beteili-

gungsanteils von 34,17 % einen Zuschuss von 170.850 €. Auf den Landkreis Rastatt entfiel dabei eine anteilige Förderung von 21.610 €, der der AVF in seiner Sitzung am 20. April 2021 zugestimmt hatte.

Bilanz der BTG zum 31.12.2021					
Aktiva			Passiva		
		2021	2021		
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>34.209.617,00 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>34.241.380,00 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	<b>B</b>	<b>Empfangene Ertragszuschüsse</b>	<b>0,00 €</b>
	II. Sachanlagen	1.037,00 €	<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>9.835,00 €</b>
	III. Finanzanlagen	34.208.580,00 €	<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>0,00 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>41.598,00 €</b>	<b>E</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
	I. Vorräte	0,00 €			
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.539,78 €			
	III. Wertpapiere	0,00 €			
	IV. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	40.058,22 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>34.251.215,00 €</b>		<b>Summe</b>	<b>34.251.215,00 €</b>

Gewinn- und Verlustrechnung der BTG				
OZ		2019	2020	2021
1	sonst. betriebliche Erträge	29.558,99 €	27.344,58 €	200.882,27 €
2	Personalaufwand	11.985,90 €	11.933,65 €	11.949,27 €
3	sonst. betriebliche Aufwendungen	17.573,09 €	15.410,93 €	188.903,62 €
4	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,00 €	0,00 €	29,38 €
6	Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.912.153,00 €	8.420.932,00 €	1.882.874,00 €
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
<b>8</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.912.153,00 €</b>	<b>-8.420.932,00 €</b>	<b>-1.882.874,00 €</b>
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €
<b>10</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-1.912.153,00 €</b>	<b>-8.420.932,00 €</b>	<b>-1.882.874,00 €</b>
<b>11</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>-1.912.153,00 €</b>	<b>-8.420.932,00 €</b>	<b>-1.882.874,00 €</b>

### Ausblick

Die Entwicklung der Baden Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH ist an die Entwicklung des Baden-Airparks gekoppelt. Ein Schwerpunkt der eigenen Aktivitäten 2022 wird die Begleitung und Unterstützung der Baden-Airpark GmbH auf dem Weg zu einem Flugbetrieb ohne pandemiebedingte Einschränkungen sein. Auf dem Weg dahin zeigt sich gerade die Stärke des Airparks mit dem zweiten Standbein eines Gewerbeparks. Wenn auch dort die Pandemie wirtschaftliche Auswirkungen zeigt, sind diese doch bei weitem nicht so existentiell wie derzeit beim Flugbetrieb und damit ein Stabilisierungsfaktor für die Baden-Airpark GmbH. Umso wichtiger ist damit die Unterstützung der Baden Airpark Beteiligungsgesellschaft mbH für die Baden-Airpark GmbH und den Zweckverband bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen des Gewerbeparks, z.B. durch eine marktgerechte Anpassung des Bebauungsplans, über den 2022 im Zweckverband beschlossen werden wird.

### B 3.3 Karlsruher Verkehrsverbund GmbH (KVV)



#### Grunddaten

Unternehmensname	Karlsruher Verkehrsverbund GmbH
Adresse	Tullastraße 71, 76131 Karlsruhe
Tel.	0721/6107-0
E-Mail	info@kvv.karlsruhe.de
Homepage	www.kvv.de

#### Rechtsform

Die Karlsruher Verkehrsverbund GmbH wird als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

#### Rechtliche Grundlagen

Gesellschaftsvertrag vom 15. März 1994 in der Fassung vom 14. Dezember 1998

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient den Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie nimmt im Rahmen eines Verkehrsverbundes vor allem Aufgaben der Verkehrsplanung, der Abstimmung des verkehrlichen und betrieblichen Leistungsangebotes sowie des Vertriebssystems, der Erstellung und Weiterbildung eines Gemeinschaftstarifes (Verbundtarifes) und der Beförderungsbedingungen, des Marketings und der Aufteilung von Einnahmen wahr. Sie betreibt Öffentlichkeitsarbeit für den Verbundverkehr.

#### Beteiligungsverhältnisse

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	<b>Anteil</b>
Stadt Karlsruhe	33.233,97 €	52 %
Landkreis Karlsruhe	12.782,30 €	20 %
Landkreis Germersheim	5.112,92 €	8 %
Landkreis Rastatt	5.112,92 €	8 %
Stadt Baden-Baden	5.112,92 €	8 %
Landkreis Südl. Weinstraße	1.278,23 €	2 %
Stadt Landau	1.278,23 €	2 %
<b>Summe</b>	<b>63.911,49 €</b>	<b>100 %</b>

#### Organe

<u>Aufsichtsrat</u>	
Vorsitzender	Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister
Stellvertreter	Dr. Fritz Brechtel, Landrat (Germersheim)
	Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat (Karlsruhe)
Mitglieder Landkreis	Toni Huber, Landrat (†) (bis Mai 2021) Dr. Christian Dusch, Landrat (seit Dezember 2021)
Mitglieder Städte und Gemeinden	Robert Wein, Bürgermeister Reiner Dehmelt, Bürgermeister
Geschäftsführer	Dr. Alexander Pischon

**Personalentwicklung**

	2019	2020	2021
Vollzeitkräfte	41	47	49
Teilzeitkräfte	37	35	35
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	78	82	<b>84</b>

**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der KVV zählt zu den größten Verkehrsverbänden in Baden-Württemberg. 1994 gegründet, umfasst er 29 Verkehrsunternehmen. Für rund 270 Linien innerhalb des KVV gibt es damit ein einheitliches Verkehrs- und Tarifsystem. Markenzeichen des KVV ist ein leistungsfähiges Gesamtnetz mit einem international beachteten Stadtbahnssystem, das die Region umsteigefrei mit der Karlsruher Innenstadt verbindet. Die Zahl der Fahrgäste lag 2021 bei 93,6 Mio. Fahrgästen. Die Tarifeinnahmen sind Corona-bedingt auf 110,7 Mio. € gesunken (Vorjahr: 121,2 Mio. €).

**Lage des Unternehmens**

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>			
Aktiva	2021	Passiva	2021
<b>A Anlagevermögen</b>	<b>2.721.682,93 €</b>	<b>A Eigenkapital</b>	<b>63.911,49 €</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.279.133,93 €	<b>B Rückstellungen</b>	<b>918.619,61 €</b>
II. Sachanlagen	442.549,00 €	<b>C Verbindlichkeiten</b>	<b>31.877.141,38 €</b>
III. Finanzanlagen	0,00 €	<b>D Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>6.255.120,00 €</b>
<b>B Umlaufvermögen</b>	<b>36.378.746,79 €</b>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	36.375.884,45 €		
II. Kassenbestand	2.862,34 €		
<b>C Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>14.362,76 €</b>		
<b>Summe</b>	<b>39.114.792,48 €</b>	<b>Summe</b>	<b>39.114.792,48 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
OZ		<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
1	Umsatzerlöse	4.775.746,10 €	4.667.191,20 €	5.380.745,21 €
2	akt. Eigenleistung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3	sonst. betriebliche Erträge	12.019.586,45 €	11.502.236,45 €	10.559.375,06 €
4	Materialaufwand	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	Personalaufwand	3.554.031,78 €	3.920.802,59 €	4.241.455,56 €
6	Abschreibungen	76.855,57 €	116.638,76 €	527.134,98 €
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	17.362.983,04 €	17.104.295,59 €	16.216.949,10 €
8	Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	88.484,97 €	107.539,52 €	127.768,68 €
11	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.357,55 €	341,56 €	3,87 €
<b>13</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-4.117.410,42 €</b>	<b>-4.865.111,33 €</b>	<b>-4.917.654,56 €</b>
14	Sonstige Steuern	3.519,66 €	511,00 €	322,00 €
15	Erträge aus Verlustübernahme	4.120.930,08 €	4.865.622,33 €	4.917.976,56 €
<b>16</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>	<b>0,00 €</b>

### Ausblick

Als wesentliche Chance für die KVV wird langfristig die Realisierung der Kombilösung gesehen sowie die Projekte „Testfeld Autonomes Fahren“ und „regiomove“ als Entwicklung zu einem modernen Mobilitätsverbund. Im Zuge des vom Land Baden-Württemberg und der EU geförderten Projekts regiomove hat der KVV das Mobilitätsangebot in der Region weiter vernetzt bzw. multimodal ausgestaltet. So wurden unter anderem Carsharing- und Leihfahrradanbieter in das bestehende Nahverkehrssystem des KVV integriert. Für die Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel werden hierfür an zentralen Punkten im Verbundgebiet sogenannte Mobilitätsstationen aufgebaut. Ein bedeutender Baustein bei der Fortentwicklung des KVV zu einem Mobilitätsverbund wird zudem das autonome Fahren sein. Im Jahr 2019 ist das Testfeld autonomes Fahren bedarfsgerecht ausgebaut und die Website zum Testfeld weiter ausgestaltet worden. Der KVV hat 2020 die Funktion als Testfeldbetreiber weiter wahrgenommen und nutzt mit dem Betrieb des Testfelds eine weitere Möglichkeit, um sich als Mobilitätsverbund weiterzuentwickeln. Neben der Realisierung der Kombilösung als infrastrukturelles Rückgrat für die Entwicklung zu einem modernen Mobilitätsverbund ist der KVV mit verschiedenen Projekten ebenfalls auf einem guten Weg dorthin. Mit Projekten wie regiomove, MyShuttle oder KVV.nextbike versucht er deshalb den Kunden das Buchen von anbieterübergreifenden und erweiterungsfähigen Dienstleistungen anzubieten. Aber auch neue Tarifprodukte und hier insbesondere die geplante „HomeZone“ verfolgen das Ziel, den ÖPNV langfristig durch einfache und innovative Lösungen attraktiver zu gestalten.

Als Risiko bei der weiteren Entwicklung des ÖPNV ist die Corona-Pandemie zu berücksichtigen. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen im KVV ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nur schwer prognostizierbar.

## B 3.4 Schwarzwald Tourismus GmbH



### Grunddaten

Unternehmensname	Schwarzwald Tourismus GmbH
Adresse	Wiesentalstraße 5, 79115 Freiburg
Tel.	0761/89646-0
Fax	0761/89646-70
E-Mail	mail@schwarzwald-tourismus.info
Homepage	www.schwarzwald-tourismus.info

### Rechtsform

Die Schwarzwald Tourismus GmbH wird als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

### Rechtliche Grundlagen

Gesellschaftsvertrag vom 9. Juli 2009 in der Fassung vom 22. Juli 2020; HRB 6742 Amtsgericht Freiburg

### Gegenstand des Unternehmens

Ziel dieser Gesellschaft ist es, den Tourismus im Schwarzwald zu fördern, die Kräfte des Marketings für die Dachmarke Schwarzwald zu bündeln und den Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad des Schwarzwaldes als Urlaubs- und Erholungsregion zu steigern. Die Gesellschaft ist der Tourismusdachverband und die Marketingorganisation der Ferienregion Schwarzwald. Die Schwarzwald Tourismus GmbH vertritt 321 Gemeinden in ihren touristischen Belangen im In- und Ausland. Sie hat ihren Sitz in Freiburg und eine Geschäftsstelle in Pforzheim.

### Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt laut Kapitalerhöhungsbeschluss vom 9. Juli 2009 101.400 €. Die Gesellschafter halten folgende Anteile:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	<b>Anteile</b>
Freiburg Wirtschaft, Touristik und Messe GmbH & Co. KG	1.250 €	1,23 %
Karlsruhe Tourismus GmbH	1.000 €	0,99 %
Stadt Pforzheim	250 €	0,25 %
Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH	900 €	0,89 %
Landkreise:		
Rastatt	3.400 €	3,35 %
Breisgau-Hochschwarzwald	26.600 €	26,23 %
Calw	8.300 €	8,19 %
Emmendingen	3.100 €	3,06 %
Enzkreis	800 €	0,79 %
Freudenstadt	10.700 €	10,55 %

Karlsruhe	1.400 €	1,38 %
Lörrach	6.850 €	6,75 %
Ortenaukreis	17.150 €	16,91 %
Rottweil	1.700 €	1,68 %
Schwarzwald-Baar-Kreis	9.550 €	9,42 %
Waldshut	8.450 €	8,33 %
<b>Summe</b>	<b>101.400 €</b>	<b>100,00 %</b>

Der Landkreis Rastatt leistete 2021 einen Beitrag zum Defizitausgleich von 60.451,20 €. Die Ausgleichszahlungen richten sich nach der ab 1. Januar 2014 gültigen Beitragsordnung. Grundlage sind die Übernachtungszahlen aus der Jahresstatistik des Statistischen Landesamtes.

### **Beteiligungen**

Die Schwarzwald Tourismus GmbH ist mit 20,3 % an der Tourismus Marketing GmbH, Stuttgart beteiligt.

### **Organe**

<b><u>Gesellschafterversammlung</u></b>	
Vorsitzende	Dorothea Störr-Ritter, Landrätin
<b><u>Aufsichtsrat</u></b>	
Vorsitzender	Frank Scherer, Landrat
Mitglied	Toni Huber, Landrat (+) bis Mai 2021, Dr. Jörg Peter, Erster Landesbeamter ab Juli 2021 Dr. Christian Dusch, Landrat (seit 1. Dezember 2021)
<b><u>Geschäftsführung</u></b>	
Geschäftsführer	Hansjörg Mair
Prokurist	Ewald Knapps

### **Personalentwicklung**

	2019	2020	2021
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>28</b>

### **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Zum 1. September 2009 erfolgte die Neustrukturierung der Gesellschaft, wobei die Stadt- und Landkreise unmittelbar Gesellschafter wurden. Die Schwarzwald Tourismus GmbH führt das Destinationsmanagement unter der Dachmarke „Schwarzwald – herz.erfrischend.echt.“, deren Inhaber sie ist. Schwerpunkte der Arbeit sind Imagebildung, Themenprofilierung, Service- und Angebotsoptimierung, Tourismuswerbung und PR-Kommunikation. Die Schwarzwald Tourismus GmbH als moderne Marketinggesellschaft möchte die Wertschöpfung im Tourismus steigern und den Wirtschaftsfaktor durch Qualitätstourismus stabilisieren und ausbauen. Mit der KONUS-Karte wird seit 2005 die umweltfreundliche und für den Gast kostenlose Urlaubsmobilität mit dem ÖPNV ermöglicht. Die Schwarzwald Card ermöglicht freien Eintritt in über 200 Erlebnisattraktionen.

Mit Beschluss des Kreistags vom 9. Dezember 2014 wurde die Schwarzwald Tourismus GmbH mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) i. S. d. Art. 4 der Entscheidung der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 betraut.

**Lage des Unternehmens**

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
	Aktiva		Passiva		
		2021		2021	
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>212.696,00 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>254.220,97 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	41.136,00 €	<b>B</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>72.500,00 €</b>
	II. Sachanlagen	148.157,00 €	<b>C</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>387.937,77 €</b>
	III. Finanzanlagen	23.403,00 €	<b>D</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>42.505,00 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>432.542,94 €</b>			
	I. Vorräte	8.022,88 €			
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	261.733,59 €			
	III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	162.786,47 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>111.924,80 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>757.163,74 €</b>		<b>Summe</b>	<b>757.163,74 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
OZ		2019	2020	2021
1	Umsatzerlöse	3.795.454,37 €	2.334.460,52 €	1.583.973,35 €
2	akt. Eigenleistung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3	sonst. betriebliche Erträge	355.552,97 €	2.313.805,44 €	2.642.841,11 €
4	Materialaufwand	2.027.361,29 €	2.525.685,64 €	2.109.070,83 €
5	Personalaufwand	1.465.238,49 €	1.415.414,84 €	1.494.671,63 €
6	Abschreibungen	40.031,80 €	66.520,65 €	69.357,70 €
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	615.656,85 €	705.004,53 €	550.820,89 €
8	Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	880,97 €	0,21 €	913,92 €
11	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.415,06 €	2.181,47 €	2.014,29 €
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.687,12 €	-52,53 €	0,20 €
<b>14</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>497,70 €</b>	<b>-66.488,43 €</b>	<b>1.792,84 €</b>
15	sonstige Steuern	1.999,78 €	0,03 €	-0,07 €
<b>16</b>	<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	<b>-1.502,08 €</b>	<b>-66.488,46 €</b>	<b>1.792,91 €</b>

## B 3.5 TechnologieRegion Karlsruhe GmbH



### Grunddaten

Unternehmensname	TechnologieRegion Karlsruhe GmbH
Adresse	Emmy-Noether-Straße 11, 76131 Karlsruhe
Tel.	0721/40244-712
Fax	0721/40244-718
E-Mail	info@technologieregion-karlsruhe.de
Homepage	www.technologieregion-karlsruhe.de

### Rechtsform

Die TechnologieRegion Karlsruhe GmbH wird als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

### Rechtliche Grundlagen

Am 7. April 2017 wurde die TechnologieRegion Karlsruhe GmbH gegründet. Rechtsgrundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 7. April 2017. Der Eintrag ins Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim unter HRB 728435 erfolgte zum 22. August 2017.

### Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung und Weiterentwicklung der Wirtschafts-, Wissenschafts-, Innovations- und Technologieregion Karlsruhe durch intensive Zusammenarbeit aller Gesellschafter und Gesellschaftergruppen untereinander. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Geschäftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

### Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 34.800 €. Hiervon werden Geschäftsanteile von jeweils 1.200 € (= 3,448 %) von folgenden 29 Gesellschaftern übernommen:

• Stadt Baden-Baden	• Landkreis Südliche Weinstraße
• Stadt Bretten	• Regionalverband Mittlerer Oberrhein
• Stadt Bruchsal	• EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH
• Stadt Bühl	• SEW Eurodrive GmbH & Co KG
• Stadt Ettlingen	• Grenke AG
• Stadt Gaggenau	• 4L Vision GmbH
• Stadt Karlsruhe	• Karlsruher Institut für Technologie (KIT)
• Stadt Landau	• FZI Forschungszentrum Informatik
• Stadt Rastatt	• Industrie- und Handelskammer Karlsruhe
• Stadt Rheinstetten	• Handwerkskammer Karlsruhe
• Stadt Stutensee	• evohaus GmbH
• Stadt Waghäusel	• MiRO Mineralölraffinerie Oberrhein GmbH & Co. KG
• Landkreis Germersheim	• BGV-Versicherung AG
• Landkreis Karlsruhe	• Collectivité européenne d'Alsace
• Landkreis Rastatt	

Zur Deckung des Finanzbedarfs der Gesellschaft wird von den Gesellschaftern eine Gesellschafterumlage erhoben. Im Jahr 2021 hat der Landkreis Rastatt einen Jahresbeitrag von 20.000 € geleistet.

### **Organe**

<b>Aufsichtsrat</b>	
Vorsitzender	Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister
Stellvertreter	Michael Gutjahr
Beratendes Mitglied	
Ordentliches Mitglied	Dr. Jörg Peter
<b>Gesellschafterversammlung</b>	
Vorsitzender	Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister
Stellvertreter	Michael Gutjahr
Mitglied	Dr. Jörg Peter
<b>Geschäftsführung</b>	
Geschäftsführer	Jochen Ehlgötz

### **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die TechnologieRegion Karlsruhe GmbH (TRK) fokussiert seit 2017 als regionaler, bundeslandübergreifender Standortvermarkter die Themen Energie, Mobilität und Digitalisierung. Bei Kooperationsprojekten agiert sie als Plattform, übernimmt die Steuerung unterschiedlicher Akteure, trägt zur Co-Finanzierung bei und macht die Ergebnisse im nationalen und internationalen Umfeld sichtbar. Durch diese strategische Verbindung von Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kammern und öffentlicher Hand werden Pilotprojekte vorbereitet und umgesetzt. Zudem steht über das Welcome Center der TechnologieRegion Karlsruhe die internationale Fachkräftegewinnung im Fokus. Darüber hinaus werden neue Geschäftsfelder erschlossen (Bioökonomie). In besonderer Weise hat die Corona-Pandemie die Arbeit der Geschäftsstelle der TRK beeinflusst. Beispiele der Arbeit der TRK im Jahr 2021 sind u.a.:

- RegioWIN 2030 – Erfolgreicher Abschluss des Wettbewerbs: Prämierung der/von
  - Regionalen Entwicklungsstrategie „Region in Bewegung – Transformation gemeinsam gestalten“,
  - drei 3 Leuchtturmprojekte „regioKargoTramTrain“ (Karlsruhe), „RegioMORE“ (Bühl) und „LastMileCity Lab“ (Bruchsal) sowie
  - 4 Schlüsselprojekte „IQnet Future“, „#KlimaMachen“, „HealthNET PAMINA“ und „DachnetzInno TRK“;
- Mitwirkung bei der Erstellung der Vollerträge
- Beitritt zur Genossenschaft „Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg i. G.“
- Beteiligung am Wettbewerb des Umweltministeriums BW zur „Modellregion Grüner Wasserstoff“ mit dem Projektvorschlag „WINFRID Wasserstoff INFRAstruktur In Demonstration“ mit einem ganzheitlichen, systematischen Ansatz zur technischen und nicht-technischen Erprobung der H<sub>2</sub>- und Brennstoffzellentechnologie in einem realen Umfeld
- Konstituierung der Koordinierungsgruppe Geothermie „Politische Positionierung zur Tiefen-Geothermie in der TechnologieRegion Karlsruhe“
- UITP Regional Training Centre Karlsruhe: Fortschreibung der UITP-Karlsruhe Mobility Innovation Partnership; Fortführung der virtuellen Trainings mit jeweils mehr als 40 TeilnehmerInnen aus jeweils mehr als 20 Nationen
- Organisation und Durchführung der 4. Regionalkonferenz Mobilitätswende Baden-Baden „Neue Konzepte und Lösungen nach Corona“
- Innogator: Freischaltung des Kompetenzatlas im Rahmen einer Veranstaltung bei der SEW EURO-DRIVE in Graben-Neudorf; Fortführung des Expertennetzwerks
- EU-Projekt TetRRIS (Territorial Responsible Research and Innovation for Smart Specialisation):
- Vergabe des NEO - Innovationspreis der TechnologieRegion Karlsruhe zum Thema „Innovationen für erfolgreiche Transformation von Unternehmen“
- Vergabe des „GLOBAL“, dem Außenwirtschaftspreis der TechnologieRegion Karlsruhe
- Welcome Center der TechnologieRegion Karlsruhe: Ausbildung und Zertifizierung von Welcome Guides; Kooperationsvereinbarung mit dem Badischen Staatstheater; Beratungsgespräche; zahlreiche Veranstaltungen

- Bioökonomie: Strategische Positionierung auf Landes- und Bundesebene
- Internationale Standortvermarktung im Rahmen des High Level Forums in Grenoble

### **Lage des Unternehmens**

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
Aktiva		2021	Passiva		
		2021			
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>51.809,00 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>510.025,18 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17.071,00 €	<b>B</b>	<b>Empfangene Ertragszuschüsse</b>	<b>0,00 €</b>
	II. Sachanlagen	34.738,00 €	<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>46.326,90 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>561.131,07 €</b>	<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>63.950,39 €</b>
	I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48.974,94 €	<b>E</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
	II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	512.156,13 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>7.362,40 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>620.302,47 €</b>		<b>Summe</b>	<b>620.302,47 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
<b>OZ</b>		<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
1	Umsatzerlöse	1.137.389,69 €	982.266,14 €	996.292,57 €
2	sonst. betriebliche Erträge	156.325,99 €	297.275,57 €	148.981,26 €
3	Materialaufwand	249.801,57 €	237.827,33 €	304.302,84 €
4	Personalaufwand	451.102,74 €	581.233,81 €	557.630,94 €
5	Abschreibungen	44.326,66 €	45.699,15 €	43.531,17 €
6	sonstige betriebliche Aufwendungen	626.096,92 €	278.335,26 €	255.167,54 €
<b>7</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-77.612,21 €</b>	<b>136.391,16 €</b>	<b>-15.358,66 €</b>
8	Sonstige Steuern	46.039,26 €	-8.281,40 €	-11.966,19 €
<b>9</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>31.572,95 €</b>	<b>144.672,56 €</b>	<b>3.392,47 €</b>

### **Ausblick**

Die TechnologieRegion Karlsruhe setzt 2022 weiterhin auf ihre Schwerpunkthemen Energie, Mobilität und Digitalisierung sowie den weiteren Ausbau der Standortvermarktung der Region im nationalen wie internationalen Umfeld. Hinzu kommt als neuer Themenschwerpunkt die „Bioökonomie“, um eine regionale Rohstoffwende weg von fossilen Ausgangsstoffen hin zu regenerativen Rohstoffen zu ermöglichen und die Kreislaufwirtschaft weiter voran zu treiben. Zudem strebt die TRK an, bundesweite Modellregion für Bioökonomie zu werden.

Ein Schwerpunkt der TechnologieRegion Karlsruhe GmbH wird 2022 die operative Umsetzung der Leuchtturmprojekte aus dem RegioWIN 2030-Prozess sein. Als Kernpartner wird die TRK in allen drei Leuchtturmprojekten vertreten sein und damit direkten Einfluss auf deren Ausgestaltung nehmen. Insbesondere soll damit auch dem Ziel „Aufbau eines regionalweiten Netzwerks von Innovationszentren“ als Schlüsselprojekt zur weiteren europäischen Positionierung der TRK Rechnung getragen werden.

Weitere Schwerpunkte liegen in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen und französischen Partnern.

Die TRK wird ihre Aktivitäten insbesondere im Hinblick auf die Zukunftstechnologie Wasserstoff weiter intensivieren.

Geothermie als wichtiger Baustein der Wärmewende in Verbindung mit der CO<sub>2</sub>-freien Gewinnung von Lithium als unverzichtbarer Bestandteil einer regionalen Wertschöpfungskette „Elektromobilität“ wird wichtiges Thema der Positionierung der Region sein – nicht zuletzt im Hinblick auf die Transformation der regionalen Automobil- und ihrer Zuliefererindustrie.

Das Welcome Center für internationale Fachkräfte und Unternehmen soll weiter ausgebaut und dessen Aktivitäten noch stärker in die Region ausgedehnt werden.

Auch weiterhin wird der Ausbau der Finanzierungsgrundlagen (Fördermittel, Gewinnung Neugesellschafter) wichtiges Handlungsfeld sein.

#### Risiken

Die Entwicklungen der Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf die laufende Geschäftstätigkeit sind nicht abzusehen.

#### Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Mit der Verabschiedung der Regionalen Entwicklungsstrategie TechnologieRegion Karlsruhe 2030 und insbesondere der Energiestrategie der TechnologieRegion Karlsruhe „Smart Energy – TRK Mission 1.5 Grad“ wurde für die Region festgelegt, dass die klimapolitischen Ziele der Pariser Klimaschutzkonferenz 2015 auf regionaler Ebene erreicht werden sollen, die TRK durch ihr Handeln zur Erreichung dieser Ziele zum Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften und die Gestaltung von Energiesystemen wird und ihren Bürgerinnen und Bürgern eine lebenswerte und attraktive Umwelt bietet.

Mit der Umsetzung wurde begonnen, u. a. über:

- Aufbau des neuen Themenschwerpunkts „Bioökonomie (Rohstoffwende)“ (s. a. Ausblick)
- Einsetzung der Koordinierungsgruppe Geothermie
- Antragsstellung für Pilotprojekt im Bereich Wasserstoff
- Bau des CO<sub>2</sub>-freien Quartiers „Neue Mitte“ in Graben-Neudorf
- Mitwirkung im Leuchtturmprojekt regioKArgoTramTrain in Karlsruhe und der Region zur Entlastung der Innenstädte von fossil betriebenen Lieferfahrzeugen
- Mitwirkung im Leuchtturmprojekt LastMileCityLab in Bruchsal zum CO<sub>2</sub>-freien Güterverkehr auf der letzten und vorletzten Meile
- Positionierung für eine mögliche „Modellregion Industrielle Bioökonomie“ auf Bundesebene

## B 3.6 Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GdB



### Grunddaten

Unternehmensname            Regionales Rechenzentrum Karlsruhe Vermietungs GdB  
 Adresse                        Pfannkuchstraße 4, 76185 Karlsruhe

### Rechtliche Grundlage

Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 1. Dezember 2020

### Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ergibt sich aus § 3 des Gesellschaftsvertrags:

(1) Zweck der Gesellschaft ist die Vorhaltung und Vermietung eines jederzeit betriebsbereiten, im Eigentum der Gesellschaft stehenden Betriebs- und Verwaltungsgebäudes in Karlsruhe, Pfannkuchstraße 4, mit allen für den Betrieb eines Rechenzentrums erforderlichen Sondereinrichtungen. Das Gebäude und sein Inventar dienen zur Vermietung an die Komm.ONE AöR, den Zweckverband 4IT sowie deren Unternehmen und Einrichtungen. Diese Regelung gilt auch für Unternehmen und Einrichtungen, an denen die Komm.ONE AöR und der Zweckverband 4IT beteiligt sind. Eine Vermietung an Dritte ist möglich.

(2) Die Gesellschaft ist darüber hinaus zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

(3) Geschäfte, die der Komm.ONE AöR und dem Zweckverband 4IT, deren Unternehmen oder Einrichtungen oder Unternehmen und Einrichtungen, an denen Komm.ONE AöR und der Zweckverband 4IT beteiligt sind, obliegen, darf die Gesellschaft nicht übernehmen.

### Beteiligungsverhältnisse

Im Wesentlichen sind die Verbandsmitglieder des Zweckverbands 4IT aus der Region Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald an der Gesellschaft beteiligt. Keiner der Gesellschafter hält mehr als 25 %. Der aktuelle Anteil des Landkreises Rastatt beträgt 247.629,81 €, dies entspricht 3,54 %.

### Organe

Gesellschafterversammlung	Mitglieder sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschafter (§ 5 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags). Dies sind die Bürgermeister/Bürgermeisterinnen, Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterinnen und Landräte/Landrätinnen der jeweiligen Kommune/des jeweiligen Landkreises.
Vorsitzender Verwaltungsrat	Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister
Geschäftsführung	William Schmitt

### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus § 3 des Gesellschaftsvertrages. Da die Komm.ONE AöR, der Zweckverband 4IT, deren Unternehmen und Einrichtungen als Mieter des Betriebs- und Verwaltungsgebäudes vertrauliche Daten auch der Gesellschafter des RRZ verarbeiten, die neben den datenschutzrechtlichen Vorschriften, z. B. auch unter das Melde-, Steuer- und Sozialgeheimnis fallen, werden an die Gebäudesicherheit hohe Anforderungen gestellt. Diese wurden bei der Erstellung des Gebäudes mitumgesetzt.

## B 3.7 Regionalverband Mittlerer Oberrhein



### Grunddaten

Unternehmensname	Regionalverband Mittlerer Oberrhein
Adresse	Baumeisterstraße 2, 76137 Karlsruhe
Tel.	0721/35502-0
Fax	0721/35502-22
E-Mail	rvmo@region-karlsruhe.de
Homepage	www.region-karlsruhe.de

### Rechtliche Grundlage

Der Regionalverband ist Träger der Regionalplanung in der Region Mittlerer Oberrhein. Er wurde am 1. Januar 1973 gegründet und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Karlsruhe. Rechtsgrundlage ist das Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg (LplG). Für die Tätigkeit des Regionalverbands gilt die Organisationsatzung in der Fassung vom 8. Dezember 2004, zuletzt geändert im Jahr 2020.

### Gegenstand des Unternehmens

Die Aufgabe der Regionalplanung besteht in erster Linie in der Konkretisierung der Ziele der Landesplanung und -entwicklung sowie der überörtlichen Abstimmung raumbedeutsamer Planungen. Sie nimmt damit eine vermittelnde Stellung zwischen staatlicher und kommunaler Planung ein. Hauptaufgabe des Verbandes ist die Aufstellung und Fortschreibung des Regionalplans für das Verbandsgebiet. Eine weitere Pflichtaufgabe ist die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans. Weitere Aufgaben sind:

- Beratung der Träger der Bauleitplanung und anderer öffentlicher und privater Planungsträger durch Beteiligung bei der Aufstellung von Plänen
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und fachlicher Entwicklungspläne
- Mitwirkung bei Raumordnungsverfahren
- Mitwirkung bei Fachplanungen des Landes

### Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt- und Landkreise sind entsprechend ihrer Steuerkraftsumme an der Verbandsumlage beteiligt.

	<b>Umlage 2020</b>	<b>Anteil</b>	<b>Umlage 2021</b>	<b>Anteil</b>
Landkreis Rastatt	355.108,04 €	20,58597 %	333.950,59 €	18,32 %
Stadt Baden-Baden	90.072,43 €	5,22159 %	95.200,73 €	5,23 %
Stadt Karlsruhe	613.459,13 €	35,56285 %	667.937,99 €	36,65 %
Landkreis Karlsruhe	666.360,39 €	38,62959 %	725.410,69 €	39,80 %
<b>Summe</b>	<b>1.725.000,00 €</b>	<b>100 %</b>	<b>1.822.500 €</b>	<b>100 %</b>

**Organe**

		seit:	gewählt bis:
<u>Verbandsvorsitzender</u>	Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat	2019	2024
<u>Stellvertreter</u>	Bettina Lisbach, Bürgermeisterin	2019	2024
	Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister	2019	2024
	Hubert Schnurr, Oberbürgermeister	2019	2024
<u>Verbandsversammlung</u>	Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Kreisrätinnen/Kreisräten und den Landrätinnen/Landräten der Landkreise sowie von den Gemeinderätinnen/Gemeinderäten und den Oberbürgermeisterinnen/Oberbürgermeistern der Stadtkreise der Region nach jeder regelmäßigen Kommunalwahl für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Für die Wahlperiode 2019-2024 setzt sich die Verbandsversammlung aus 80 Mitgliedern aus sieben Fraktionen, einer Gruppe und einer Einzelperson zusammen. Der Landkreis Rastatt wird durch 18 Kreistagsmitglieder vertreten. Verbandsdirektor ist Prof. Dr. jur. Gerd Hager (bis 01/2022). Stellvertretender Verbandsdirektor ist Dr.-Ing. Sebastian Wilske bis Sommer 2021, seither Frau Tamara Schnurr.		

**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben kann heute nicht mehr allein von den Gemeinden oder Kreisen gelöst werden, sondern muss im größeren regionalen Zusammenhang angegangen werden. Die Regionalverbände haben sich wiederholt als Moderatoren und Koordinatoren für regionale Problemlösungen bewährt. Neben der klassischen Planungs- und Beratungstätigkeit gehören auch Managementaufgaben im regionalen Maßstab zu den Aufgaben eines Regionalverbands. Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein engagiert sich regional und überregional unter anderem in den folgenden Kooperationen, Interessengemeinschaften und Verbänden. In der Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz e. V., für die KulturRegion Karlsruhe sowie für die Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Baden-Württemberg ist er geschäftsführend tätig.

- Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz e. V.
- KulturRegion Karlsruhe
- Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Baden-Württemberg
- EURODISTRICT REGIO PAMINA
- regiomove und regiomove\_komm
- TechnologieRegion Karlsruhe GmbH
- Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen (ImeG)
- EVTZ Rhein-Alpen-Korridor
- Netzwerk Klimaschutz in der Region
- Oberrheinkonferenz
- GeoRhena
- Naturpark Schwarzwald-Mitte-Nord, Naturpark Stromberg / Heuchelberg
- Cyberforum e. V., Rheinkolleg e. V., DASL
- Magistrale für Europa
- Arbeitsgruppe „Schienengüterverkehr“

**Lage des Unternehmens**

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
Aktiva		2021	Passiva		2021
<b>A</b>	<b>Vermögen</b>	<b>1.103.238,47 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>1.091.902,76 €</b>
<b>I.</b>	<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>6.648,16 €</b>		Basiskapital	431.299,41 €
<b>II</b>	<b>Sachvermögen</b>	<b>45.332,49 €</b>		Rücklagen	660.603,35 €
	Betriebs-/Geschäftsausstatt.	45.332,49 €	<b>B</b>	<b>Sonderposten</b>	0,00 €
<b>III.</b>	<b>Finanzvermögen</b>	<b>1.051.257,82 €</b>	<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>0,00 €</b>
	Sonst. Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden/anderen komm. Zusammenschlüssen	1.200,00 €	<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>11.335,71 €</b>
	Ausleihungen	0,00 €		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.335,71 €
	Wertpapiere	360,00 €		Sonstige Verbindlichkeiten	0,00 €
	Öffentlich-rechtl. Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	754,00 €	<b>E</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
	Privatrechtl. Forderungen	0,00 €			
	Liquide Mittel	1.048.943,82 €			
<b>B</b>	<b>Abgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>1.103.238,47 €</b>		<b>Summe</b>	<b>1.103.238,47 €</b>

## B 3.8 ZV Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen



### Grunddaten

Unternehmensname	Zweckverband Gewerbepark mit Regionalflughafen Söllingen
Adresse	Victoria Boulevard A 106, 77836 Rheinmünster
Tel.	07229/1839029
Fax	07229/1839041
E-Mail	info@zv-soellingen.de
Homepage	www.zv-soellingen.de

### Rechtliche Grundlagen

Verbandssatzung vom 29. Februar 1996 in der Fassung vom 17. März 2021

### Gegenstand des Unternehmens

Ziel des Zweckverbands ist die Umnutzung der ehemals von den kanadischen Streitkräften militärisch genutzten Flächen und die Schaffung der planerischen Voraussetzungen für folgende zivile Nutzungen:

- Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben
- Einrichtung eines Regionalflughafens
- Nutzung von Freiflächen für Golf und andere Feldsportarten
- Regelung der inneren und äußeren Erschließung sowie der Ver- und Entsorgung
- Bauleitplanung für das Verbandsgebiet
- Gewährung von Investitionszuschüssen und Zinszuschüssen
- Ausbau von flächendeckender Breitbandinfrastruktur

### Beteiligungsverhältnisse

Bisher wurden zur Finanzierung der Konversion folgende Zuschüsse als Kapitalumlage geleistet:

<b>Stand 31.12.2021</b>	<b>Kapitalumlage</b>	<b>Stimmanteil</b>	<b>Anteil Ausschüttung</b>
Stadt Karlsruhe	4.601.626,93 €	35	22,39791 %
Gemeinde Rheinmünster	306.775,13 €	16	38,99319 %
Stadt Baden-Baden	1.789.521,58 €	13	8,71030 %
Gemeinde Hügelsheim	306.775,13 €	10	13,99319 %
Landkreis Rastatt	1.022.583,76 €	8	4,97731 %
Stadt Bühl	766.937,82 €	6	3,73298 %
Landkreis Karlsruhe	766.937,82 €	6	3,73298 %
Stadt Ettlingen	511.291,88 €	4	2,48866 %
Gemeinde Sinzheim	200.000,00 €	2	0,97348 %
Stadt Rastatt	255.646,00 €	-	-
IHK Karlsruhe	340.483,00 €	-	-
HWK Karlsruhe	5.900,00 €	-	-
<b>Summe</b>	<b>10.874.479,05 €</b>	<b>100</b>	<b>100 %</b>

Die Ausschüttung berechnet sich nach den tatsächlich eingezahlten Kapitalanteilen (§ 11 Abs. 2 letzter Satz der Verbandssatzung), wobei 50 % der Überschüsse je Rechnungsjahr vorab an die Anliegergemeinden Rheinmünster und Hügelsheim zugeteilt werden (Abgeltung von Pflichten und Lasten).

**Organe**

		seit:	bis:
<u>Verbandsvorsitzender</u>	Helmut Pautler, Bürgermeister	1. September 2021	29. Februar 2024
<u>Stellvertreterinnen</u>	Kerstin Cee, Bürgermeisterin	1. September 2021	29. Februar 2024
	Margret Mergen, Oberbürgermeisterin	1. September 2021	29. Februar 2024
<u>Verbandsversammlung</u>	Gesetzliche Vertreter der Verbandsmitglieder		
<u>Geschäftsführer</u>	Werner Messinger		

**Personalentwicklung**

In der Verbandsversammlung vom 6. Dezember 2017 wurde die Erhöhung des Zeitanteils der Geschäftsführerstelle von 50 % auf 100 % beschlossen. Die Erweiterung des Stellenanteils erfolgte zum 1. März 2018. Die Geschäftsstelle ist außerdem an einem Nachmittag pro Woche durch die Verbandssekretärin besetzt. Weiteres Personal ist bei der Verbandsverwaltung nicht beschäftigt.

**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Das Gewerbegebiet mit 100 ha Nettogewerbefläche bietet aktuell rund 3.000 Arbeitsplätze in 130 Firmen. Optimale technische Allwettervoraussetzungen und eine neue Infrastruktur (Gas, Wasser, Abwasser, Straßen, Breitbandinfrastruktur, Terminal sowie Start- und Landebahn) gehören zu den bisher erreichten Zielen. Das Rechnungsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss von 3.103.385,13 € (Vorjahr 576.737,81 €) ab. Der Überschuss wird nach einem Beschluss in der Verbandsversammlung entsprechend des in der Satzung festgelegten Verteilerschlüssels entweder ausgeschüttet oder der Rücklage zugeführt. Auf den Landkreis Rastatt entfallen im Jahr 2021 154.465,15 € (Vorjahr 53.5143,66 € inkl. FAG-Korrektur).

**Lage des Unternehmens**

<b>Bilanz zum 31.12.2021</b>					
	Aktiva		Passiva		
		2021		2021	
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>437.334,51 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>3.652.929,61 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00 €	<b>B</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>164.756,34 €</b>
	II. Sachanlagen	437.334,51 €	<b>C</b>	<b>Empfangene Ertragszuschüsse</b>	<b>509,67 €</b>
	III. Finanzanlagen	0,00 €	<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>44.052,59 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>3.424.913,70 €</b>	<b>E</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
	I. Vorräte	0,00 €			
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.007.401,53 €			
	III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.417.512,17 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>3.862.248,21 €</b>		<b>Summe</b>	<b>3.862.248,21 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
OZ		<b>2020</b>	<b>2021</b>
1	Umsatzerlöse	938.916,97 €	3.444.704,41 €
2	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen Erzeugnissen	0,00 €	0,00 €
3	sonst. betriebliche Erträge	33.189,61 €	43.080,36 €
4	Materialaufwand	209.876,33 €	192.620,37 €
5	Personalaufwand	14.932,36 €	13.765,06 €
6	Abschreibungen	22.327,95 €	24.408,49 €
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	157.209,67 €	161.446,67 €
8	Erträge aus Beteiligungen	0,00 €	0,00 €
9	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00 €	0,00 €
10	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.929,29	10.355,70 €
11	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.951,75 €	2.514,75 €
<b>13</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>576.737,81 €</b>	<b>3.103.385,13 €</b>
14	Sonstige Steuern	0,00 €	0,00 €
<b>15</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>576.737,81 €</b>	<b>3.103.385,13 €</b>

### B 3.9 EVTZ Eurodistrikt PAMINA



#### Grunddaten

Unternehmensname	EVTZ Eurodistrikt PAMINA
Adresse	2 rue du Général Mittelhauser, 67630 Lauterbourg, Frankreich
Tel.	0033 3 68 33 88 20
E-Mail	info@eurodistrict-pamina.eu
Homepage	www.eurodistrict-pamina.eu

#### Rechtliche Grundlage

Für den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Eurodistrikt PAMINA gelten die Vereinbarung und Satzung vom 8. Juni 2018. Im Juni 2020 wurde die Vereinbarung erneut überarbeitet, um die Regelung der Stellvertreter zu integrieren. Diese neue Fassung ist zum 31. Dezember 2021 noch nicht rechtskräftig.

#### Gegenstand des Unternehmens

Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ, Sitz Altes Zollhaus in Lauterbourg) hat das Ziel, die örtliche und regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich jener Themenfelder zu fördern, zu unterstützen, zu koordinieren und für die Umsetzung Sorge zu tragen sowie gemeinsame Projekte durchzuführen oder die Trägerschaft für solche Projekte zu übernehmen, die in den Zuständigkeitsbereich seiner Mitglieder fallen.

#### Beteiligungsverhältnisse

Der Landkreis Rastatt ist Mitglied des EVTZ und hat zwei Stimmen in der Versammlung (33 gewählte Mitglieder).

#### Organe

		seit:	bis:
<u>Verbandsvorsitzender</u>	Dr. Christoph Schnaudigel, Landrat	Mai 2021	April 2024
<u>Stellvertreter</u>	Dr. Fritz Brechtel, Landrat	Mai 2021	April 2024
	Victor Vogt, Conseiller d'Alsace	Mai 2021	April 2024
<u>Verbandsversammlung</u>			
<u>Mitglieder</u>	Rolf Spiegelhalter, Kreisrat	Mai 2019	April 2024
	Toni Huber, Landrat	Mai 2019	April 2021
	Tanja Hofmeister, Kreisrätin	November 2021	April 2022
<u>Vorstand</u>			
<u>Mitglied</u>	Toni Huber, Landrat	Mai 2019	April 2021
	Rolf Spiegelhalter, Kreisrat	November 2021	April 2022

**Personalentwicklung**

	2019	2020	2021
Vollzeitkräfte	5	5	8
Teilzeitkräfte	3	3	1
<b>Gesamtbelegschaft</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>9</b>

**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

PA steht für den französischen Begriff der Pfalz - Palatinat, MI steht für das Gebiet Mittlerer Oberrhein, NA steht für Nord Elsass. Der Jahresbeitrag der Mitglieder wird von der Versammlung festgesetzt. Er verteilt sich jeweils mit 1/3 auf die Mitglieder aus den nordelsässischen, badischen und pfälzischen Teilräumen. **Der Anteil des Landkreises Rastatt beträgt hiervon 2/33, das waren im Jahr 2021 35.361 €.**

Der EVTZ Eurodistrikt PAMINA nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erarbeitung gemeinsamer planerischer Konzepte und Empfehlungen zur Gewährleistung einer mittel- und langfristig kohärenten Entwicklung des PAMINA-Raumes
- Koordination und Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Alltag
- Informationsvermittlung und Beratung öffentlicher und privater Stellen sowie von Privatpersonen bezüglich grenzüberschreitender Fragen
- Vorbereitung und Betreuung europäischer Programme

**Lage des Unternehmens****Jahresrechnung 2021**

	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020	Ergebnis 2021
Anschaffungen und Bestandsänderung	18,74 €	0,00 €	0,00 €
Externe Dienste	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige externe Dienste	209,48 €	0,00 €	0,00 €
Erstattung Beiträge Sozialversicherung	0,00 €	0,00 €	388,63 €
Zuwendungen, Zuschüsse und Beiträge	965.888,77 €	832.089,69 €	721.836,30 €
Sonstige Erträge der laufenden Verwaltung	307,93 €	1,20 €	1,40 €
Sonstige finanzielle Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Übertrag Restmittel der Betriebskosten	70.917,49 €	317.471,48 €	315.550,95 €
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>1.037.342,41 €</b>	<b>1.149.562,37 €</b>	<b>1.037.777,28 €</b>

Allgemeine Aufwendungen	154.519,97 €	220.957,14 €	524.584,66 €
Personalkosten	418.011,11 €	516.787,15 €	342.808,95 €
Sonstige Aufwendungen der laufenden Verwaltung	93.903,75 €	70.605,60 €	17.739,11 €
Finanzaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonderaufwendungen	53.058,81 €	23.964,25 €	8.996,16 €
Abschreibungen	377,29 €	1.697,28 €	1.730,00 €
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>719.870,93 €</b>	<b>834.011,42 €</b>	<b>895.858,88 €</b>

## B 3.10 ZV Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken



### Grunddaten

Unternehmensname	Zweckverband Tierische Nebenprodukte Neckar-Franken
Adresse	Breitenau 3, 74736 Hardheim
Tel.	06283/2212-0
Fax	06283/2212-12
E-Mail	info@ztn-neckar-franken.de
Homepage	www.ztn-neckar-franken.de

### Rechtliche Grundlage

Verbandssatzung vom 5. Dezember 1984 in der Fassung vom 30. Oktober 2020

### Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband (ztn Neckar-Franken) erfüllt in seinem Verbandsgebiet unter Beachtung der Gesichtspunkte des Umweltschutzes und unter Beachtung der tiereseuchen- und hygienerechtlichen Vorschriften die Aufgaben der beseitigungspflichtigen Körperschaften im Sinne des § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes und zur Änderung lebensmittelrechtlicher Ausführungsvorschriften. Dazu gehören zwei Zwischenbehandlungsbetriebe in Karlsruhe und Schwäbisch-Hall.

### Beteiligungsverhältnisse

18 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg und ein Landkreis in Bayern sind Mitglieder des Zweckverbandes (Körperschaft des öffentlichen Rechts). Der Landkreis Rastatt hat, wie jedes Mitglied, eine Stimme in der Verbandsversammlung (Ausnahme: Neckar-Odenwald-Kreis mit 2 Stimmen). Die nicht gedeckten Kosten (Entsorgung von Vieh aus der Landwirtschaft, sog. Falltiere) müssen durch die Verbandsumlage der Mitglieder ausgeglichen werden. Von der Gesamtumlage 2021 von 4.486.232,90 € entfielen 193.444,01 € auf den Landkreis Rastatt.

### Organe

		seit:	gewählt bis:
Verbandsvorsitzender	Dr. Achim Brötel, Landrat		29.06.2022
Stellvertreter/in	Gerhard Bauer, Landrat		29.06.2022
	Dorothea Koller, Ltd. Stadtdirektorin		29.06.2022
Verbandsversammlung	Gesetzliche Vertreter der Verbandsmitglieder		
Geschäftsführer	Elmar Dumbacher	01.05.2014	30.06.2022
	Eberhard Meder	01.07.2022	

### Personalentwicklung

	2019	2020	2021
Vollzeitkräfte	74	79	77
Teilzeitkräfte	11	13	14
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>85</b>	<b>92</b>	<b>91</b>

### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Verarbeitung tierischer Nebenprodukte ist gesetzlich geregelt. Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger i. S. d. § 3 Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (TierNebG) ist der ztn Neckar-Franken verpflichtet, die in seinem Gebiet anfallenden tierischen Nebenprodukte abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten und zu beseitigen. Das im Verbandsgebiet anfallende Material der Kategorie 1 wird aus wirtschaftlichen Gründen zurzeit in Kooperation mit dem VTN Gunzenhausen (37 %) und dem ZV Tierkörperbeseitigung Nordbayern (63 %) entsorgt.

### Lage des Unternehmens

Da noch keine aktuelleren Daten vorliegen, wird auf die des Vorjahres zurückgegriffen.

<b>Bilanz zum 31.12.2020</b>					
	Aktiva		Passiva		
		2020		2020	
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>	<b>11.611.941,52 €</b>	<b>A</b>	<b>Eigenkapital</b>	<b>17.729.556,82 €</b>
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände	72.100,00 €	<b>B</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>3.379.357,53 €</b>
	II. Sachanlagen	11.537.641,52 €	<b>C</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>736.306,11 €</b>
	III. Finanzanlagen	2.200 €	<b>D</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00 €</b>
<b>B</b>	<b>Umlaufvermögen</b>	<b>10.210.924,30 €</b>			
	I. Vorräte	290.671,01 €			
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.679.411,18 €			
	III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.240.842,11 €			
<b>C</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>22.354,64 €</b>			
	<b>Summe</b>	<b>21.845.220,46 €</b>		<b>Summe</b>	<b>21.845.220,46 €</b>

<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>				
OZ		2018	2019	2020
1	Umsatzerlöse	9.750.997,66 €	10.629.127,51 €	11.250.702,46 €
2	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen Erzeugnissen	38.722,63 €	9.093,88 €	-31.697,78 €
3	sonst. betriebliche Erträge	314.872,87 €	495.976,37 €	274.867,74 €
4	Materialaufwand	4.838.442,45 €	5.474.076,73 €	5.332.749,20 €
5	Personalaufwand	4.529.999,18 €	4.945.432,58 €	5.071.925,05 €
6	Abschreibungen	1.186.888,17 €	1.156.786,35 €	1.195.342,38 €
7	sonstige betriebliche Aufwendungen	583.663,99 €	605.465,52 €	643.235,01 €
8	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.353,96 €	3.241,28 €	4.799,96 €
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,35 €	0,00 €	0,00 €
<b>10</b>	<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-1.031.047,02 €</b>	<b>-1.044.322,14 €</b>	<b>-744.579,26 €</b>
11	Sonstige Steuern	28.858,60 €	29.773,65 €	29.292,15 €
<b>12</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>-1.059.905,62 €</b>	<b>-1.074.095,79 €</b>	<b>-773.871,41 €</b>

### Ausblick

Die zukünftige Entwicklung wird hauptsächlich geprägt durch die gesetzlichen Grundlagen für die zu entsorgenden Rohstoffe (spezifiziertes Risikomaterial, SRM), der Marktfähigkeit (Umsatzerlöse) der daraus hergestellten Produkte und der Einkaufspreise für Gas, Strom und Kraftstoffe.

## B 3.11 Zweckverband 4IT



### Grunddaten

Unternehmensname           Zweckverband 4IT  
Adresse                        Pfannkuchstraße 4, 76185 Karlsruhe

### Rechtliche Grundlage

Satzung vom 16. Mai 2018

### Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband 4IT ist einer der Träger der Komm.ONE AöR, die ihren Sitz in Stuttgart hat. Er hat die Trägerschaft der Komm.ONE unter Berücksichtigung der Interessen seiner Mitglieder auszuüben, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen, über grundlegende Angelegenheiten der Komm.ONE zu beschließen, deren Ausführung und Aufgabenerfüllung zu überwachen, die Verwendung des in die Komm.ONE als Stammkapital eingebrachten Vermögens zu kontrollieren und die Vertreter des Verbandes in den Verwaltungsrat der Komm.ONE zu bestellen.

### Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Verbands sind Städte, Gemeinden, Landkreise, weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstige Mitglieder. Der Landkreis Rastatt hält zum 31. Dezember 2020 einen Anteil von 0,5169 % am Gesamtvermögen des Zweckverbandes 4IT. Die Vermögensanteile werden den Mitgliedern jährlich für das Vorvorjahr mitgeteilt, weshalb der Landkreis Rastatt über seinen Anteil zum 31. Dezember 2021 erst zum Jahresbeginn 2023 informiert wird. Im Jahr 2021 wurde seitens des Landkreises eine Umlage von 3.158,56 € bezahlt.

### Organe

Organe des Zweckverbandes 4IT sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.

### Beteiligungen

Am 1. Juli 2018 erfolgte die Gründung der Komm.ONE durch Beitritt der drei Zweckverbände Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS), Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen Ulm (KIRU) sowie Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) zu der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZBW). Die bisherigen Aufgaben der Fusionsmitglieder werden als Anstalt des öffentlichen Rechts in gemeinsamer Trägerschaft von Land und Kommunen fortgeführt. Unmittelbar darauf schlossen sich die Zweckverbände KIVBF, KDRS und KIRU zum Gesamtzweckverband 4IT mit Sitz in Karlsruhe zusammen, der zusammen mit dem Land Baden-Württemberg die Trägerschaft von Komm.ONE ausübt und hierfür mit den erforderlichen Aufsichts- und Kontrollfunktionen ausgestattet wurde. Der Zweckverband 4IT hält eine Beteiligung von 88 % an Komm.ONE (Land BW 12 %). Diese beschafft, entwickelt und betreibt Verfahren der automatisierten Datenverarbeitung und erbringt unterstützende Dienstleistungen der Personalverwaltung sowie Beratungs- und Schulungsleistungen in Angelegenheiten der automatisierten Datenverarbeitung.

## B 3.12 Landschaftserhaltungsverband Landkreis Rastatt e. V.



### Grunddaten

Unternehmensname	Landschaftserhaltungsverband Landkreis Rastatt e.V.
Adresse	Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt
Tel.	07222/381-4570/-4571
Fax	07222/381-4579
E-Mail	d.fritz-lev@landkreis-rastatt.de r.hertweck-lev@landkreis-rastatt.de

### Rechtliche Grundlage

Satzung vom 20. März 2014, Eintrag ins Vereinsregister am 19. Mai 2014

### Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Vereins ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes Baden-Württemberg sowie des Umweltschutzes, ebenso die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange der Landschaftspflege in verschiedenen Bereichen.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch fachliche Beratung, Information und Unterstützung der Kommunen, Eigentümer, Landwirte, Flächennutzer und Vereine und durch Beratung von land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen zur naturschutzfachlichen Optimierung der Bewirtschaftung. Der Landschaftserhaltungsverband (LEV) arbeitet mit anderen Landkreisen, benachbarten Städten und Gemeinden, Behörden, Verbänden, Landwirten, dem öffentlichen Handel und Gewerbe zusammen und wirkt durch Öffentlichkeitsarbeit, Information und Interaktion mit. Die Geschäftsstelle des Vereins ist im Landratsamt Rastatt angesiedelt.

### Beteiligungsverhältnisse

Alle Kommunen des Landkreises Rastatt und 18 Verbände gründeten am 20. März 2014 den Verein. Ende März wurden vier weitere Mitglieder aufgenommen, sodass die Gesamtmitgliederzahl 46 beträgt. Mit Ausnahme der kreiseigenen Städte und Gemeinden wird von den Mitgliedern (Verbänden, natürliche Personen) ein jährlicher Beitrag von 50 € erhoben, der in einer Beitragsordnung geregelt wird. Das jährliche Defizit des LEV nach Abzug der Landesförderung für die Ausgaben der 1/2 Personalstelle, die Kosten für die Nutzung der Infrastruktur (Büro, EDV, Telefon) und sonstiger Sachkosten (u. a. Versicherungen, Reisekosten) wird im Wesentlichen über den Kreishaushalt finanziert. Aus diesem Grund wird von den Kommunen bei einer Mitgliedschaft im Verband kein Jahresbeitrag erhoben. 26 Verbände, die 23 Gemeinden und eine Privatperson sind Mitglieder im Landschaftserhaltungsverband Landkreis Rastatt.

Der Landkreis Rastatt hat 2021 einen Zuschuss von insgesamt 49.500 € an den LEV ausgezahlt.

**Organe**

		seit:	gewählt bis:
Mitgliederversammlung		März 2014	unbefristet
Vorstand			
Vorsitzender	Toni Huber, Landrat Dr. Christian Dusch, Landrat	1. Mai 2019 (bis 30. Mai 2021 †) 1. Dezember 2021	November 2023
Stellvertretung	Hans-Peter Braun, Bürgermeister	21. Juli 2020	November 2023
Geschäftsführung	Diana Fritz	September 2014	unbefristet

**Personalentwicklung**

	2019	2020	2021
Vollzeitkräfte	2	2	3
Teilzeitkräfte	0	0	0
<b>Gesamtbelegschaft (Anzahl MA)</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>3</b>

**Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Am 30. September 2021 wurde die Mitgliederversammlung durchgeführt, nachdem die Sitzung im Jahr 2020 coronabedingt ausgefallen ist.

Der Jahresabschluss 2021 weist zum 31. Dezember 2021 ein Guthaben von 49.716,44 € aus. Der LEV erhielt in 2021 175.689,78 € an Zuschüssen des Landes.

**Lage des Unternehmens****Jahresrechnung 2021**

	Plan 2020	Rechnungsergebnis 2020	Plan 2021	Rechnungsergebnis 2021
Bestand zum Jahresbeginn (Übertrag Vorjahr)	0,00 €	42.956,84 €	0,00 €	42.066,96 €
Zuschüsse (Land)	101.842,00 €	97.891,96 €	185.689,00 €	175.689,78 €
Zuschüsse (Landkreise)	49.500,00 €	49.500,00 €	49.500,00 €	49.500,00 €
Mitgliedsbeiträge	1.350,00 €	1.350,00 €	1.300,00 €	1.250,00 €
Sonstige Einnahmen (Spenden und Zinsen)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Erstattungen und Gutschriften	0,00 €	885,46 €	0,00 €	866,52 €
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>152.692,00 €</b>	<b>149.627,42 €</b>	<b>236.489,00 €</b>	<b>227.306,30 €</b>
<b>Entnahme aus Rücklagen</b>	<b>6.855,00 €</b>	<b>889,88 €</b>	<b>6.450,00 €</b>	<b>0,00 €</b>
<b>Summe Einnahmen mit Entnahme aus Rücklagen</b>	<b>159.547,00 €</b>	<b>150.517,30 €</b>	<b>242.939,00 €</b>	<b>227.306,30 €</b>
Personalkosten	141.297,00 €	138.690,64 €	215.800,00 €	205.507,84 €
Ausgaben der laufenden Verwaltung	17.250,00 €	10.915,29 €	26.050,00 €	13.002,97 €
Sonstige Ausgaben	1.000,00 €	911,37 €	1.089,00 €	1.146,01 €
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>159.547,00 €</b>	<b>150.517,30 €</b>	<b>242.939,00 €</b>	<b>219.656,82 €</b>
<b>Einnahmen-Ausgaben-Saldo</b>		<b>-889,88 €</b>		<b>7.649,48 €</b>
<b>Einnahmen-Ausgaben-Saldo inkl. Übertrag aus Vorjahr</b>		<b>42.066,96 €</b>		<b>49.716,44 €</b>
<b>Jahresergebnis</b>		<b>42.066,96 €</b>		<b>49.716,44 €</b>

### B 3.13 IG Wirtschaftsregion Mittelbaden



#### Grunddaten

Unternehmensname	IG Wirtschaftsregion Mittelbaden
Adresse	Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt
Tel.	07222/381-3106
Fax	07222/381-3199
E-Mail	info@wirtschaftsregion-mittelbaden.de
Homepage	www.wirtschaftsregionmittelbaden.de

#### Rechtliche Grundlage

Geschäftsordnung der IG Wirtschaftsregion Mittelbaden

#### Gegenstand des Unternehmens

Der Fokus der Arbeit der Wirtschaftsregion Mittelbaden (WRM) liegt insbesondere auf:

- der Vernetzung der verschiedenen Akteure aus Kommunalpolitik und Wirtschaft
- der Förderung der Kommunikation und des Dialogs
- der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Wirtschaftsraumes Mittelbaden (Fachkräftesicherung und Fachkräftegewinnung, Bereitstellung von guten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Digitalisierung der Wirtschaft/Breitbandversorgung)

#### Beteiligungsverhältnisse

Gründungsmitglieder sind der Landkreis Rastatt, der Stadtkreis Baden-Baden sowie eine Vielzahl von Unternehmen mit Sitz im Landkreis Rastatt bzw. im Stadtkreis Baden-Baden. Die IG Wirtschaftsregion Mittelbaden zählt zwischenzeitlich mehr als 80 Mitglieder. **Der Landkreis Rastatt beteiligte sich 2021 pauschal mit 3.500 € an der Finanzierung der Maßnahmen.**

#### Organe

Mitgliederversammlung	
Vorsitz (alterniert jährlich)	Margret Mergen, Oberbürgermeisterin der Stadt Baden-Baden und Toni Huber, Landrat (bis 30. Mai 2021 †) / Dr. Christian Dusch (seit 1. Dezember 2021), Landrat des Landkreises Rastatt
Steuerungskreis	Der Steuerungskreis setzt sich aus 5 Vertretern aus den Bereichen Politik/Verwaltung, und 8 Vertretern aus Industrie, Mittelstand/Handwerk und Banken zusammen sowie 2 Vertretern der Geschäftsstelle
Geschäftsstelle	Geschäftsführer: Mario Mohr
Arbeitskreis der Wirtschaftsförderer	Der Arbeitskreis der Wirtschaftsförderer setzt sich zusammen aus den Wirtschaftsförderern: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Landkreis Rastatt</li> <li>- den Städten Baden-Baden, Bühl, Rastatt, Gaggenau und Gernsbach</li> <li>- Baden-Airpark</li> </ul>

**Personalentwicklung**

Die Leitung und Betreuung der Geschäftsstelle der Interessensgemeinschaft Wirtschaftsregion Mittelbaden erfolgt durch Mitarbeiter des Landkreises Rastatt (Mario Mohr und Michael Weis).

**Ausblick**

Die lange geplante Überführung der Interessensgemeinschaft Wirtschaftsregion Mittelbaden in einen eingetragenen Verein konnte im Jahr 2022 erfolgen. Der Wirtschaftsregion Mittelbaden e. V. wird künftig im Beteiligungsbericht im Kapitel B5 Sonstige Mitgliedschaft aufgeführt.

## B 4 Geschäftsanteile

### B 4.1 Volksbank Karlsruhe – Baden-Baden eG

#### Rechtliche Grundlagen

Satzung in der Fassung vom 1. Juli 2021

#### Gegenstand des Unternehmens

Gemäß § 2 der Satzung der Volksbank Karlsruhe – Baden-Baden eG ist der Zweck der Genossenschaft die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften.

#### Beteiligungsverhältnisse

Der Landkreis Rastatt hält hiervon fünf Anteile à 100 €, insgesamt 500 €. Für das Jahr 2021 wird eine Dividende von 3,0 % ausgeschüttet.

#### Organe

<u>Vorstand</u>	
Vorsitzender	Andreas Lorenz
Stellvertreter	Jürgen Faupel
	Matthias Hümpfner
	Martin Schöner
	Andreas Thorwarth
<u>Aufsichtsrat</u>	
Vorsitzender	Martin Greß

#### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Volksbank Baden-Baden Rastatt und der Volksbank Karlsruhe schlossen sich im Jahr 2021 zwei Genossenschaftsbanken zusammen, deren Geschäftsgebiete räumlich direkt aneinandergrenzen. Durch die Bündelung der Verwaltungsaufgaben ergibt sich mehr Zeit für die Beratung der Kunden, das künftig größere Dienstleistungsangebot stammt dann aus einer Hand. Die Eintragung der Verschmelzung im Genossenschaftsregister erfolgte am 1. Juli 2021.

#### Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Volksbank Karlsruhe eG (übernehmende Bank) ist mit der Volksbank Baden-Baden Rastatt eG als übertragender Bank zur Volksbank Karlsruhe Baden-Baden eG verschmolzen. Durch die Verschmelzung und das Wachstum im Geschäftsjahr 2021 erhöhte sich die Bilanzsumme der Volksbank Karlsruhe Baden-Baden eG auf über 7.000 Mio. €. Zudem nahm die Verschmelzung wesentlichen Einfluss auf die Anzahl der Mitglieder und die Anzahl der Beschäftigten der Volksbank Karlsruhe Baden-Baden eG. Der Jahresüberschuss beträgt in 2021 17,1 Mio. €.

## B 4.2 Volksbank Bühl eG

### Rechtliche Grundlagen

Satzung in der Fassung vom Januar 2022

### Gegenstand des Unternehmens

Gemäß § 2 der Satzung der Volksbank Bühl eG ist der Zweck der Genossenschaft die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften des Dienstleistungsgeschäfts.

### Beteiligungsverhältnisse

Der Landkreis Rastatt hält derzeit acht Anteile à 50 €, insgesamt 400 €. Für das Jahr 2021 wird eine Dividende von 3,0 % ausgeschüttet.

### Organe

<u>Vorstand</u>	
Mitglied	Marco Feit, Bankdirektor
Mitglied	Hans-Jörg Meier, Bankdirektor
<u>Aufsichtsrat</u>	
Vorsitzender	Claus Eckerle
Stellvertreter	Hans-Jörg Spinner

### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die erbrachten Leistungen stimmen mit dem Unternehmensgegenstand gemäß der Satzung überein.

### Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Die Investitionsbereitschaft war auch im Berichtsjahr hoch. So konnte im Bereich der bilanziellen Kundenkredite eine Steigerung von 40,5 Mio. € auf 697,1 Mio. € verzeichnet werden. Zum Jahresende belief sich das Gesamtkundenkreditvolumen auf 900,7 Mio. €. Das entspricht einem Kreditwachstum von 8,4 %. Das Volumen der gewerblichen Finanzierungen lag 2021 mit 57,4 Mio. € noch einmal 6,3 % bzw. 3,4 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Im Berichtsjahr stiegen die bilanziellen Kundeneinlagen nur leicht: um 1,7 % auf 984,2 Mio. €. Viele Kundinnen und Kunden haben sich dafür entschieden, Gelder nicht länger auf Giro- oder Tagesgeldkonten, sondern gewinnbringend anzulegen. Daraus resultierte im Jahr 2021 ein erhebliches Wachstum im Wertpapiergeschäft. Beim Verbundpartner Union Investment konnte ein Plus von 28,5 % und einen Wertpapierbestand von 399 Mio. € verzeichnet werden. Bei 50 % der im Berichtsjahr vermittelten Anlagen der Union Investment handelte es sich um nachhaltige Lösungen.

Der Jahresüberschuss beträgt in 2021 rd. 2,6 Mio. €. Die Bilanzsumme liegt bei 1.392,9 Mio. € und damit 81,9 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die Gesamtzahl der Mitglieder sank 2021 auf 41.128 (Vorjahr: 42.456). Insgesamt 624 neue Mitglieder sind im vergangenen Jahr hinzugekommen.

## B 4.3 Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband

### Rechtliche Grundlage

Satzung des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes (BGV) vom 11. Oktober 1985 in der Fassung vom 1. Januar 2022

### Gegenstand des Unternehmens

Am 27. März 1923 wurde der kommunale Feuerversicherungsverband gegründet, der kurze Zeit später zum Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband wurde. Der BGV hält für seine Mitglieder und die Versicherungsnehmer nach dem von der Fachaufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan Versicherungen in der Schadens- und Unfallversicherung vor. Mit dem Gedanken „Sicherheit aus einer Hand“ hat der BGV durch Beteiligungen an Unternehmensgründungen sowie Kooperationsverträgen seine Versicherungspalette immer wieder ergänzt.

### Beteiligungsverhältnisse

Nach der Satzung des BGV beträgt der Stammkapitalanteil 50 € je angefangene 5.000 € der Jahresprämie und ist jedes Jahr festzustellen und einzufordern. Im Jahr 2021 hat sich der Stammkapitalanteil des Landkreises Rastatt beim BGV von 4.950 € auf 5.100 € erhöht. Somit hielt der Landkreis 2021 102 Anteile à 50 €. Dies entspricht einem Anteil am Stammkapital von 0,652 %.

Der Konzern BGV/Badische Versicherungen besteht aus

- dem Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verband
- der BGV-Versicherung Aktiengesellschaft
- der Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft
- der BGV Immobilien GmbH & Co. KG und
- der BGV Immobilien Verwaltung GmbH

alle mit Sitz in Karlsruhe.

### Organe

<u>Vorstand</u>	
Vorsitzender	Prof. Edgar Bohn, Geschäftsleitender Direktor
Mitglied	Raimund Herrmann, Direktor
Mitglied	Dr. Moritz Finkelnburg
<u>Verwaltungsrat</u>	
Vorsitzender	Michael Kessler, Bürgermeister

### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Versicherungsgruppe BGV/Badische Versicherungen konnte im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 15,0 Mio. € (Vorjahr 9,7 Mio. €) erzielen. Die Zahl der Versicherungsverträge sanken leicht auf 1,76 Mio. Verträge (Vorjahr 1,8 Mio. Verträge). Die gebuchten Beiträge sanken auf 385,6 Mio. € (Vorjahr 391,3 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2021 schüttete der BGV 8,3 Mio. € als Erstattungen an die Mitglieder und Versicherungsnehmer aus.

## B 4.4 Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG

### Rechtliche Grundlage

Satzung vom 5. März 1949 in der Fassung vom November 2007, Eintrag in das Genossenschaftsregister am 25. Mai 1949

### Gegenstand des Unternehmens

Die Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG ist eine Wohnungsgesellschaft mit Bauträger- und Betreuungstätigkeit. Deren Zweck ist die Verwaltung der von der Familienheim Rastatt eG in Betreuung erstellten Objekte sowie die Verwaltung von Wohnungseigentümergeinschaften, Baulandvorrat und Baulandbeschaffung sowie die die Förderung ihrer Mitglieder durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln, veräußern und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

### Beteiligungsverhältnisse

Der Landkreis Rastatt hält 20 Anteile à 230 € = 4.600 € an der Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG.

### Organe

<u>Vorstand</u>	Thomas Burkhard (bis 7. Juni 2021 †)
	Marco Haungs
	Thomas Raub (seit 2. Juni 2021)
<u>Aufsichtsrat</u>	
Vorsitzender	Michael Schulz

### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Baugenossenschaft Familienheim Rastatt eG verwaltet einen eigenen Bestand von 824 Mietwohnungen und zwei gewerblichen Einheiten sowie 651 Garagen und Stellplätze. Die Fremd-Mietverwaltung umfasst vier Wohnungen und vier Garagen. Darüber hinaus werden 30 Wohnungseigentümergeinschaften und eine Mietwohnanlage mit insgesamt 497 Wohnungen verwaltet.

## B 5 Sonstige Mitgliedschaften

	Mitgliedsbeitrag 2021		Mitgliedsbeitrag 2021
Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V. Nördliche Hildapromenade 3 76133 Karlsruhe	45,00 €	Förderkreis Archäologie in Baden e.V. Schiffgasse 10 69117 Heidelberg	50,00 €
Arbeitskreis Heimatpflege Regierungsbezirk Karlsruhe e. V. Schlossplatz 1-3 76133 Karlsruhe	51,00 €	Förderverein Kreispflegeheim Hub e.V. Drosselweg 7 77833 Ottersweier	16,00 €
ARGE Juniorenfirmen e. V. Ullsteinstraße 156 12105 Berlin	60,00 €	Heimetsproch un Tradition 41A rue de la Paix F-68600 Volgelsheim	18,00 €
Badische Gemeindeverwaltungsschule e.V. Prinz-Eugen Straße 4 77654 Offenburg	600,00 €	Historischer Verein für Mittelbaden e.V. Postfach 1569 77605 Offenburg	36,00 €
Berufsverband der kommunalen Finanzverwaltungen in Baden-Württemberg e. V. Marktstraße 17 76593 Gernsbach	40,00 €	Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. Krankenhaus 1 Im Zollhafen 18 50678 Köln	100,00 €
Deutscher Verband für Post, Informationstechnologie und Telekommunikation e.V. (DVPT) Ludwigstraße 65 63067 Offenbach	1.773,10 €	Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ) Theresiastraße 43 50354 Hürth	90,00 €
Deutscher Bibliotheksverband e.V. Fritschestraße 27-28 10585 Berlin	265,93 €	Josef-Saier-Stiftung e.V. Feldbergstraße 24 77830 Bühlertal	125,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. Michaelkirchstraße 17/18 10179 Berlin-Mitte	1.007,78 €	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) Gereonstraße 18-32 50670 Köln	6.044,51 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrechte e.V. Poststraße 17 69115 Heidelberg	3.538,00 €	Kommunaler Arbeitgeberverband Baden-Württemberg e.V. Panoramastraße 27 70174 Stuttgart	4.288,19 €
Deutsches Jugendherbergswerk, Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e.V. 32760 Detmold	36,00 €	LAG Kontakt- und Informationsstellen in Baden-Württemberg (LAG KISS) Tübinger Straße 15 70179 Stuttgart	500,00 €
Deutsch-Finnische Gesellschaft e.V. Scherlstraße 11-13 04103 Leipzig	77,00 €	LAG der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Baden-Württemberg Kanzleistraße 15 78459 Konstanz	100,00 €
DVS - Deutscher Verband für Schweißen und verwandte Verfahren e.V. Aachener Straße 172 40223 Düsseldorf	125,00 €	LAG Mädchenpolitik e.V. Baden-Württemberg Stuttgarter Straße 61 70469 Stuttgart	65,00 €
Deutscher Verein für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.	446,00 €	Landesakademie Baden-Württemberg für Veterinär- und Lebensmittelwesen Rosenbergstraße 17 70176 Stuttgart	2.734,00 €
Fachverband der Landesbeamtinnen und Landesbeamten Baden-Württemberg e.V. Hallstr. 12 88527 Unlingen	180,00 €	Landesverein Badische Heimat e.V. Hansjakobstraße 12 79117 Freiburg	37,00 €

	Mitglieds- beitrag 2021		Mitglieds- beitrag 2021
Landkreistag Baden-Württemberg Panoramastraße 37 70174 Stuttgart	91.619,46 €	SEKIS Selbsthilfekontaktstellen Baden- Württemberg e. V. Tübinger Straße 15 70178 Stuttgart	25,00 €
Lernort Zivilcourage & Widerstand e. V. Ettlinger Straße 3a 76137 Karlsruhe	500,00 €	Special Olympics Deutschland e.V. Invalidenstraße 124 10115 Berlin	155,00 €
linuxmuster.net e.V. Tannenweg 7 79677 Schönau	90,00 €	Trägerverein Frauen- und Kinderschutz- haus Baden-Baden und Landkreis Ras- tatt e. V. Postfach 2343 76495 Baden-Baden	52,00 €
Literarische Gesellschaft Karlsruhe e.V. Karlstr. 10 76133 Karlsruhe	280,00 €	UP PAMINA VHS (Université Populaire) 2 Place des Carmes F-67160 Wissembourg	220,00 €
Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e. V. Hauptstr. 94 77830 Bühlertal	5.080,00 €	VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. Wörthstraße 3 36037 Fulda	90,00 €
PAMINA-Rheinpark / Parc Rhénan e.V. c/o Riedmuseum Am Kirchplatz 6-8 76437 Rastatt-Ottersdorf	650,00 €	Verband Sonderpädagogik Baden- Württemberg e.V. Hans-Sachs-Weg 18 97082 Würzburg	30,00 €
Pflegebündnis Mittelbaden e.V. Bismarckstraße 6 76571 Gaggenau	170,00 €	Vereinigung der Freunde des Wehrge- schichtlichen Museums Schloss Rastatt e.V. Friedrich-Ebert-Straße 27 76437 Rastatt	35,00 €
Regionalentwicklung Mittelbaden Schwarzwaldhochstraße e.V. Geroldsauer Straße 42 76534 Baden-Baden	50,00 €	Vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Fritschestraße 27/28 10585 Berlin	300,00 €
Ring der Abendgymnasien der BRD e. V. Friedrich-Ebert-Straße 17 14467 Potsdam	80,00 €	Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V. Raiffeisenstr. 14 70771 Leinfelden-Echterdingen	10.684,30 €

## B 6 Stiftungen

### B 6.1 Sozialfonds des Landkreises Rastatt

#### Rechtliche Grundlage

Satzung der unselbstständigen Stiftung „Sozialfonds des Landkreises Rastatt“ vom 30. Dezember 2009

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige (mildtätige) Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie handelt selbstlos und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

#### Beteiligungsverhältnisse

Der Landkreis Rastatt ist alleiniger Träger der rechtlich unselbstständigen Stiftung „Sozialfonds des Landkreises Rastatt“. Nach § 96 der Gemeindeordnung zählen rechtlich unselbstständige Stiftungen zum Sondervermögen einer Gemeinde. Der Landkreis Rastatt weist dies in seiner Bilanz mit einem entsprechenden „Davon-Vermerk“ aus.

#### Organe

<u>Vorstand</u>	Toni Huber, Landrat (bis 30. Mai 2021 †) Dr. Christian Dusch, Landrat (seit 1. Dezember 2021) Dr. Jörg Peter, Erster Landesbeamter (vertretungsweise)
	Sozialdezernent Stefan Biehl
	Kämmerer Burkhard Jung
<u>Beirat</u>	Kreisrat Alois Degler
	Kreisrätin Barbara Dürr
	Kreisrat Lutz Jäckel
	Kreisrätin Brigitte Schäuble
	Kreisrätin Renate Schwarz
	Kreisrat Robert Wein

#### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Stiftung ist es, Menschen in besonderen Lebenslagen oder sozialen Notlagen Unterstützung zu gewähren und die Schaffung bzw. Unterhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen oder Projekten zu fördern. Bei Zuwendungen aus Nachlässen an den örtlichen Sozialhilfeträger sind die in den letztwilligen Verfügungen erkennbaren Vorgaben der Erblasser zu beachten. Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden. Das Stiftungskapital betrug zum 31. Dezember 2021 1.097.186,39 €. Der Stiftungsvorstand und -beirat hat in seiner Sitzung am 20. November 2018 einstimmig beschlossen, den Betrag von 1.095.000 € aus dem Kapital des Stiftungsvermögens bis zum 31. Dezember 2022 mit einer Verzinsung von 1,5 % p. a. anzulegen.

# Kapitel C Kennzahlenglossar

## Kennzahlenkatalog für kommunale Beteiligungen

### Indikatoren zur Ertragslage:

#### Rohertrag

Betriebliche Erträge - Materialaufwand

#### Betriebsergebnis

Betriebliche Erträge - betriebliche Aufwendungen

#### Finanzergebnis

Erträge aus Beteiligungen

+ Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen

+ Auflösung Sonderposten

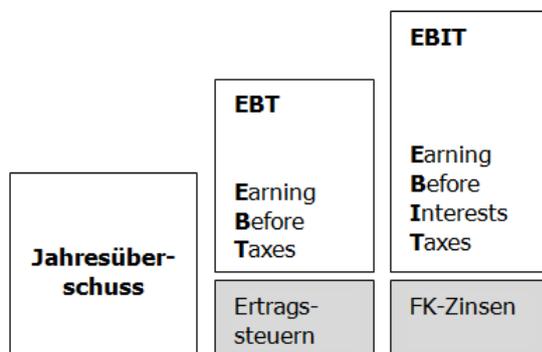
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

- Abschreibungen auf Finanzanlagen

- Zinsen und ähnliche Aufwendungen

### 1.1 Kennzahlen zur Ertragslage

#### 1.1.1 „Earnings-Before“-Kennzahlen



#### 1.1.2 Eigenkapitalrendite in %

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{EBT}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$$

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern gibt an, wie sich das von den Eigentümern des Unternehmens bereitgestellte Kapital netto (d.h. nach Abzug der Unternehmenssteuern) verzinst hat: Wie viel Cent hat 1 € Eigenkapital erwirtschaftet? Sie ist die für die Eigentümer relevante Kennzahl.

### 1.1.3 Gesamtkapitalrendite in %

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{EBIT}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Gesamtkapitalrendite nach Steuern zeigt die Verzinsung des gesamten im Unternehmen eingesetzten Kapitals (Wie viel Cent hat 1 € des Vermögens erwirtschaftet?). Die Gesamtkapitalrendite eines *erfolgreichen* Unternehmens liegt über dem für das Fremdkapital zu zahlenden, durchschnittlichen Zinssatz.

### 1.1.4 Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag pro MA

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Jahresüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern}}{\text{Anzahl MA}}$$

Der Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag pro MA zeigt, wie viel € je Mitarbeitende/r als Gewinn bzw. Verlust nach Steuern erwirtschaftet wurde.

### 1.1.5 Materialaufwandsquote in %

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Materialaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$

Die Materialaufwandsquote zeigt, wie viel Prozent der Umsatzerlöse für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen bereitgestellt werden musste. Veränderungen der Materialaufwandsquote können beispielsweise in Preisveränderungen begründet sein. Veränderungen der Fertigungstiefe oder Veränderungen der Fallstruktur (bei Abrechnung nach Fallpauschalen) bezüglich des spezifischen Materialaufwandes.

### 1.1.6 Personalaufwandsquote in %

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$

Die Personalaufwandsquote zeigt, wie viel Prozent der Umsatzerlöse für Personalaufwendungen ausgegeben wurden. Veränderungen der Personalaufwandsquote können aus der nicht-proportionalen Entwicklung von Umsatz und Personalaufwand (z. B. durch Produktivitätsveränderungen) sowie aus Veränderungen der Fertigungstiefe (Outsourcing von Leistungen) resultieren. Bei einer Veränderung der Fertigungstiefe entwickeln sich Materialaufwandsquote und Subunternehmerquote i. d. R. gegenläufig zur Personalaufwandsquote. Diese Kennzahl wird oft genutzt, um Personalabbau zu begründen. Allerdings ist hier vor allem, wenn die Quote anderer Unternehmen zum Vergleich herangezogen wird, darauf zu achten, dass diese Kennzahl allein wenig aussagt. Sie sollte vielmehr im Zusammenhang mit der Fertigungstiefe betrachtet werden. Ein Unternehmen, das viele Leistungen selbst erstellt, hat naturgemäß eine höhere Quote als ein Unternehmen, das viele Leistungen von anderen Unternehmen erledigen lässt.

### 1.1.7 Rohertrag pro MA

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Rohertrag}}{\text{Anzahl MA}}$$

Diese Kennzahl zeigt, wie viel Euro im Schnitt je Mitarbeitende/r erwirtschaftet wurde, um damit den Personalaufwand, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, Finanzaufwendungen und außerordentlichen Aufwendungen zu decken sowie einen Gewinn zu erzielen. Die Anzahl der Beschäftigten kann auf Vollzeiteinheiten umgerechnet werden oder in Form der Gesamtmitarbeiterzahl zur Berechnung herangezogen werden. Außerdem ist der Zahl der jahresdurchschnittlich Beschäftigten der Vorzug vor einer Stichlagszahl zu geben.

### 1.1.8 Umsatzerlös pro MA

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Anzahl MA}}$$

Diese Kennzahl dient zur Verdeutlichung der Umsatzstärke pro Mitarbeitende/r, d. h. wie viel Umsatz pro Mitarbeitende/r erwirtschaftet wird. Es bedarf der Umrechnung der Anzahl der Beschäftigten auf Vollzeiteinheiten, um Beeinflussungen der Kennzahl zu verhindern.

### 1.1.9 Umsatzerlös pro Bett/Heimplatz

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Anzahl Betten/Heimplätze}}$$

Anhand dieser Kennzahl erhält man Aufschluss darüber, wie viel Umsatz pro Bett/Heimplatz erwirtschaftet wird.

### 1.1.10 Umsatzrendite in %

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{EBT}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$

Die Umsatzrendite nach Steuern zeigt, wie viel Cent von einem Euro Umsatz als Ergebnis nach Steuern überbleibt. Diese Kennzahl wird oft überbewertet, da für Investitionsentscheidungen die Verzinsung des zu investierenden Kapitals die entscheidende Größe ist. Es geht beim Vergleich der Rendite verschiedener Alternativen z. B. darum, die Variante mit der höchsten Rendite zu wählen. Diese wird jedoch immer in Bezug auf das Kapital gemessen, das investiert werden muss und sich so verzinsen soll. Eine alternative Anlagemöglichkeit besteht nun mal nur für Kapital, nicht für die mit der Investition erzielten Umsätze. Insofern zeigt diese Kennzahl nur, wie viel Cent von einem Euro Umsatz als Überschuss verbleiben.

## Indikatoren zur Finanz- und Vermögenslage

### Eigenkapital

Das Eigenkapital entspricht dem Reinvermögen des Unternehmens und ist in der Bilanz auf der Passivseite ausgewiesen. Das Eigenkapital ist das von den Eigentümern dem Unternehmen zur Verfügung gestellte Kapital. Gewinne erhöhen, Verluste vermindern das bilanzielle Eigenkapital. Ist das Eigenkapital durch aufgelaufene Verluste mehr als aufgezehrt, so ist das Unternehmen buchmäßig überschuldet. Im Gegensatz zu Fremdkapital verursacht Eigenkapital keine gewinnunabhängigen Aufwendungen (wie z. B. Zinsen für Bankkredite). Es kann, soweit es das gezeichnete Kapital betrifft, nicht aus dem Unternehmen abgezogen werden und ist damit mitentscheidend für die Krisenfestigkeit des Unternehmens.

### Wirtschaftliches Eigenkapital:

Eigenkapital

- + Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG
- + Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand
- + Sonderposten aus Zuweisung Dritter

Aus unternehmerischer Sicht weicht gerade in der Krankenhausbilanz das ausgewiesene Eigenkapital erheblich vom wirtschaftlichen Eigenkapital ab. Unter wirtschaftlichem Eigenkapital verstehen sich über das bilanzielle Eigenkapital hinausgehende Kapitalbestandteile, die aus ökonomischer, nicht aber aus juristischer Sicht, wie Eigenkapital anzusehen sind. Diese Kapitalbestandteile werden auch als eigenkapitalähnliche Mittel bezeichnet. Durch die Besonderheit der erfolgsneutralen Verbuchung der öffentlichen Förderung im Jahresabschluss eines Krankenhauses und der sich daraus ergebenden Sonderposten ist das ausgewiesene Eigenkapital i. d. R. sehr niedrig. Öffentliche Mittel für Investitionen sind aber dem Eigenkapital sehr ähnlich, da bei zweckentsprechender Verwendung keine Rückzahlungspflicht besteht. Auch sind auf diese Mittel keine Zinsen zu zahlen. Dem wirtschaftlichen Eigenkapital sind daher die »Sonderposten aus der Zuwendung zur Finanzierung des Sachanlagevermögens« zuzurechnen.

### Bilanzsumme

Die Bilanzsumme zeigt die Gesamtheit des Vermögens des Unternehmens bzw. des im Unternehmen investierten Kapitals. Benötigt wird dieser Wert zur Berechnung der Eigenkapitalquote. Die Bilanzsumme zeigt allerdings nur den »buchhalterischen« Wert des Vermögens und sollte nicht mit dem Marktwert des Vermögens verwechselt werden.

## 1.2 Kennzahlen zur Finanz- und Vermögenslage

### 1.2.1 Abschreibungsquote

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Abschreibungen}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$$

Die Abschreibungsquote beschreibt das Verhältnis der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Abschreibungen eines Geschäftsjahres zu den erzielten Umsatzerlösen und zeigt, wie viel Prozent der Umsatzerlöse für die Abschreibungen bereitgestellt werden mussten.

### 1.2.2 Anlagendeckungsgrad

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{wirtschaftliches Eigenkapital} + \text{Pensionsrückstellungen}}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$$

Der Anlagendeckungsgrad zeigt, ob dem langfristig im Unternehmen gebundenen Vermögen (Anlagevermögen) auf der Passivseite auch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gegenübersteht. Als langfristiges Kapital gelten das wirtschaftliche Eigenkapital sowie die langfristigen Rückstellungen (i. d. R. Pensionsrückstellungen). Ein Wert über 150 % ist als gut einzustufen, liegt der Wert unter 100 %, so handelt es sich um eine eher schlechte Finanzierungsstruktur.

### 1.2.3 Anlagenintensität

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Anlagenvermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Anlagenintensität gibt das Verhältnis des Anlagenvermögens zum Gesamtvermögen bzw. zu der Bilanzsumme an. Sie lässt Schlüsse über die Kapitalbindung und Fixkostenbelastung (Abschreibungen) und damit über die finanzielle Flexibilität eines Unternehmens zu. Eine hohe Anlagenintensität bedeutet dabei eine hohe langfristige Kapitalbindung, hohe Fixkosten, eine hohe Kostenremanenz bzw. eine geringe Flexibilität sowie ggf. einen hohen Kapitalbedarf für Ersatzinvestitionen.

### 1.2.4 Cash-Flow

$$\begin{aligned} \text{Berechnung} = & \text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag} \\ & + \text{Abschreibungen} \\ & \quad (\text{eigenmittelfinanziertes Vermögen}) \\ & - \text{Zuschreibungen} \\ & \quad (\text{eigenmittelfinanziertes Vermögen}) \\ & +/ - \text{Veränderungen der langfristigen Rückstellungen} \end{aligned}$$

Der Cash-Flow ist die wichtigste Kennzahl zur Beurteilung der Finanzkraft des Unternehmens. Während alle Ergebnisgrößen auf die Veränderung des *Reinvermögens* des Unternehmens Bezug nehmen (Gewinn = Vermögensmehrung, Verlust = Vermögenminderung), bezieht sich der Cash-Flow auf die Ebene der *Finanzmittel* (Geld). Kurz gesagt ist der Cash-Flow die Differenz zwischen der Geldsumme, die in das Unternehmen hineingeflossen ist, und der Geldsumme, die aus dem Unternehmen hinausgeflossen ist. Aus dem Cash-Flow können Schulden getilgt, (Eigenmittel-) Investitionen finanziert und Gewinne ausgeschüttet werden. Da sich der Jahresabschluss auf der Vermögensebene befindet, lässt sich der Cash-Flow als Finanzgröße nicht einfach ablesen. Vielmehr ist der Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag so zu bereinigen, dass Vermögensänderungen, bei denen kein Geld geflossen ist, wieder herausgerechnet werden. Dies ist auf Basis der Informationen nur näherungsweise möglich. In vielen Fällen ist der Cash-Flow im Geschäftsbericht im Rahmen einer Gegenüberstellung von Mittelherkunft und Mittelverwendung (Kapitalflussrechnung) ausgewiesen. Gerade bei Krankenhausabschlüssen sollte auf die Definition geachtet werden, z. B. ob nur die Eigenmittelabschreibungen oder auch die fördermittelfinanzierten Abschreibungen verrechnet wurden. Da den fördermittelfinanzierten Abschreibungen (Aufwand) entsprechende Erträge aus der Auflösung von Sonderposten gegenüberstehen, ist das Jahresergebnis durch diese Abschreibungen nicht beeinflusst worden. Zahlungsunwirksamer Aufwand und zahlungsunwirksame Erträge gleichen sich also aus, eine Korrektur ist nicht erforderlich.

### 1.2.5 Durchschnittliche Fremdkapitalkosten

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Zinsaufwand}}{\text{Anleihen} + \text{Verb. ggü. Kreditinstituten}} \times 100$$

Die durchschnittlichen Fremdkapitalkosten sind ein Indikator für die Bonität des Unternehmens.

### 1.2.6 Dynamischer Verschuldungsgrad

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Nettofinanzverschuldung}}{\text{Cash-Flow}} \times 100$$

Der dynamische Verschuldungsgrad dient der Beurteilung der Verschuldungssituation des Unternehmens unter Berücksichtigung seiner Finanzkraft. Eine einfache Fremdkapitalquote (Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital) sagt nichts über die Fähigkeit des Unternehmens aus, seine Schulden auch tilgen zu können. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren das Unternehmen das vorhandene Fremdkapital theoretisch aus dem Cash-Flow tilgen könnte, unter der Annahme eines konstanten Cash-Flows in Höhe des Cash-Flows des Abschlussjahres. Ein Wert unter 5 ist positiv zu bewerten, über 12 eher als schlecht. Werte über 20 deuten auf ernsthafte Probleme hin.

### 1.2.7 Eigenkapitalquote in %

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Wirtschaftliches Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Eigenkapitalquote zeigt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital und ist ein Maß für die Substanz des Unternehmens. Unternehmen mit geringer Eigenkapitalquote sind in Verlustphasen stärker gefährdet als Unternehmen mit hoher Eigenkapitalquote. Bei der Berechnung der Eigenkapitalquote für ein Krankenhausunternehmen ist die Verwendung des wirtschaftlichen Eigenkapitals sinnvoll, da die Investitionen weit überwiegend durch öffentliche Mittel finanziert werden, die eigenkapitalähnlichen Charakter haben.

### 1.2.8 Forderungsintensität

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Forderungen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Forderungsintensität bezeichnet das Verhältnis des Buchwertes der Forderungen zum Gesamtvermögen (der Bilanzsumme). Sie gibt Aufschluss über die Effektivität des Debitorenmanagements und Mahnwesens und beantwortet die Frage, welchen Anteil am Gesamtvermögen die Forderungen ausmachen.

### 1.2.9 Forderungsreichweite

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Forderungen aus Lieferungen und Leistungen}}{\text{Umsatzerlöse} / 365 \text{ Tage}}$$

Die Forderungsreichweite gibt Aufschluss über das durchschnittliche Kundenzahlungsziel und damit über das „Alter“ der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

### 1.2.10 Fremdkapitalquote in %

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Fremdkapitalquote zeigt den Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme. Sie lässt somit eine Aussage über die Verschuldung des Unternehmens zu. Mit einer hohen Fremdkapitalquote nimmt das Risiko des Unternehmens zu, da mit steigender Verschuldung zum einen das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit und zum anderen das einer Überschuldung steigt. Eine hohe Fremdkapitalquote führt zu einer geringeren Kreditwürdigkeit (Bonität) und einer steigenden Abhängigkeit des Unternehmens von den Kreditgebern. Eine geringe Fremdkapitalquote dagegen spricht für eine hohe Eigenkapitalquote.

### 1.2.11 Lagerreichweite (in Tagen)

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe}}{\text{Materialaufwand} / 365 \text{ Tage}}$$

Die Kennzahl Lagerreichweite gibt den Zeitraum an, in dem der Lagerbestand bei einem durchschnittlichen Materialverbrauch vollständig aufgebraucht ist. Eine zu geringe Lagerreichweite kann zu Engpässen in der Produktion bei Lieferverzögerungen führen. Eine zu hohe Lagerreichweite dagegen führt zu höheren Lager- und Kapitalbindungskosten.

### 1.2.12 Lieferantenziel (in Tagen)

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen}}{\text{Materialaufwand} / 365 \text{ Tage}}$$

Das Lieferantenziel zeigt die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten. Ein kurzes Lieferantenziel gibt Aufschluss darüber, dass das Unternehmen Skonti durch frühzeitige Begleichung von Verbindlichkeiten nutzt. Ein langes Lieferantenziel dagegen deutet eher auf Liquiditätsschwierigkeiten hin. Jedoch ermöglicht diese Kennzahl nicht, zwischen dem Ausnutzen einer eingeräumten Zahlungsfrist und einem Zahlungsverzug zu differenzieren.

### 1.2.13 Umlaufintensität

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Umlaufintensität zeigt das Verhältnis des Umlaufvermögens zur Bilanzsumme. Die Höhe der Umlaufintensität erlaubt Rückschlüsse auf die Kapitalbindung und Kostenflexibilität des Unternehmens. Dabei deutet eine hohe Umlaufintensität auf eine kurzfristige Kapitalbindung, geringe Fixkosten, eine geringe Kostenremanenz und ggf. auf einen geringen Kapitalbedarf für Ersatzinvestitionen hin. Eine niedrige Umlaufintensität weist dagegen auf eine hohe Anlagenintensität hin.

### 1.2.14 Umschlagsdauer (in Jahren)

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Bilanzsumme}}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Die Umschlagsdauer stellt die Dauer des Wiedergeldwertungsprozesses dar, d. h. wie sich das eingesetzte Kapital über die Gesamtleistung verflüssigt bzw. wie schnell ein Unternehmen sein eingesetztes Geld wieder zurückgewinnt. Eine kürzere Umschlagsdauer bedeutet dabei einen wirtschaftlicheren Vermögens Einsatz.

**1.2.15 Vorratsintensität**

$$\text{Berechnung} = \frac{\text{Vorratsvermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Die Vorratsintensität spiegelt das Verhältnis des Buchwertes der Vorräte zur Bilanzsumme wider. Sie ist u. a. ein Maßstab für die Kapitalbindung durch Lagerhaltung und gibt Aufschluss über die Effektivität des Beschaffungsmanagements, der Logistik und Lagerung. Die Kennzahl der Vorratsintensität kann sowohl positiv als auch negativ interpretiert werden. Eine hohe Vorratsintensität kann beispielsweise auf rückläufige Umsatzerlöse mit daraus resultierendem Lageraufbau oder aber auf mehr Verkäufe und damit einhergehendem Lageraufbau zurückzuführen sein. Zur Beurteilung der Vorratsintensität müssen demzufolge deren Ursachen bekannt sein.